

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Irish Coffee

Nie hat Irish Coffee so gut geschmeckt wie im Juni 2008. Allerdings nicht allen. Einigen ist er gehörig auf den Magen geschlagen.

Kommen wir zur Sache: 54 Prozent der irischen Wähler – der einzigen in der EU, die diesmal ihre Meinung frei sagen durften – haben mit ihrem Nein zum sogenannten Lissabonner Vertrag den Bossen des Europas der Monopole kräftig in die Suppe gespuckt. So schrillten die Alarmglocken. Irland mit weniger als einem Prozent der Bevölkerung Europas gefährde den „Zusammenhalt des Kontinents“, behauptete man. Ausgerechnet die kleine grüne Insel machte den Erfindern der im Vorjahr unter führender Mitwirkung der auch hier vortreschenden Bundeskanzlerin in Portugals Hauptstadt ausgeheckten Neuauflage der gescheiterten EU-Verfassung einen Strich durch die Rechnung.

Dieses Hochrüstung und Militärinterventionen absegnende Machwerk war 2005 am klaren Votum der damals noch zu Referenden aufgerufenen Franzosen und Niederländer gescheitert. Nur Staaten wie die BRD, in denen die direkte Willensbekundung des Volkes ausdrücklich verboten ist, hatten dem imperialistischen „Verfassungs“-Komplott im Wege parlamentarischen Abnickens zugestimmt. Das bundesdeutsche Kapital will den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. Dabei ist es bereit, seine Herrschaft über Europa mit dem kernwaffenbestückten Frankreich Sarkozy, welcher nur dank der Stimmen der Faschisten Le Pens an die Präsidentschaft gelangte, vorerst zu teilen.

Übrigens hatten sich die Iren schon früher als Widerspenstige erwiesen, deren Zähmung trotz Ziehens aller Register – von süßen Versprechungen bis zu massiven Drohungen – bisher nicht gelungen ist. Bereits im Jahr 2000 war durch eine überwiegend links angesiedelte und deutlich proletarische Wählermehrheit der nicht minder üble Vertrag von Nizza – ein früheres Elaborat der EU-Einpeitscher – in Irland ausgehelt worden. Die genervte Führung der Europäischen Union versprach den Iren daraufhin, man werde die Neutralität des Inselstaates strikt garantieren. Schall und Rauch: Bis heute unterhält der NATO-Kriegspakt z. B. eine große Luftwaffenbasis nahe der irischen Stadt Shannon.

Der Umgang mit der Souveränität Irlands offenbart das ganze Maß der Verachtung tonangebender EU-Politiker für demokratische Entscheidungen. Während man inzwischen taktisch etwas geschickter vorgeht und den Eindruck zu erwecken sucht, den Iren ledig-

lich beim Lernen ihrer „demokratischen Lektion“, d. h. der von Brüssel angestrebten Aufhebung ihrer Entscheidung durch eine oder mehrere Wiederholungen des Votums, Beistand leisten zu wollen, war die ursprüngliche Reaktion der EU-Macher ganz anders gewesen: „Europa“ werde sich nicht von gut der Hälfte der Wähler einer winzigen Nation irgendwelche Vorschriften machen lassen, hieß es. So wie der Lissabonner Vertrag zur faktischen Annullierung des französisch-niederländischen Vetos gegen Variante 1 der EU-Verfassung geführt habe, werde man auch ohne die Iren die Ratifizierung der zweiten Version zu Ende bringen, obwohl Einstimmigkeit aller 27 Mitgliedsstaaten der EU geboten ist.

„Wir machen weiter wie bisher!“ verkündete die bekannte Demokratiewächterin im bundesdeutschen Kanzleramt. Dabei vergaß sie natürlich, daß das Projekt selbst in der BRD, wo bei Wahlen bisher immer Mehrheiten zugunsten reaktionärer und pseudodemokratischer Parteien herausgekommen sind, scheitern könnte, wenn eine wirkliche Volksbefragung stattfände. Angela Merkel weiß genau, warum mehr als 99 Prozent der EU-Bürger gar nicht erst gehört werden sollen.

Die Absicht, den Iren im Komplott mit ihrer eigenen rechtsgerichteten, an den Urnen geschlagenen Regierung ein Bein zu stellen, offenbart das wahre Wesen der bürgerlichen Demokratie. Sie wird nämlich nur dann und nur so lange praktiziert, wie sie die Pläne der Bourgeoisie nicht gefährdet. Sobald das Volk seine Rolle als Souverän wahrzunehmen beginnt, wird es nicht nur mit Hohn und Spott überschüttet, sondern auch alsbald mundtot gemacht oder durch Gehirnwäsche „umgestimmt“. Die Machtauslieferung an die Hitlerfaschisten hat das 1933 eindeutig bewiesen.

Gemach: Unsere Musterdemokratin mit den vielen bunten Jacken, unter denen sich übrigens auch eine braune befindet, sowie deren Freunde Sarkozy und Berlusconi werden die unbotmäßigen Iren schon an die Kandare nehmen. Aus der Reihe getanzte wird nicht.

Wie die Sache auch immer enden mag: Das Votum einer Mehrheit der Franzosen, Niederländer und Iren – der einzigen, denen der deutsche Maulkorb erspart blieb – ist ein schmerzhafter Stich in die Flanke des Europas der Monopole. Solche Blessuren stärken indes jene Kräfte, welche sich der imperialistischen „Integration“ in all ihren Facetten immer stärker widersetzen. Aus Dublin weht ein frischer Wind, der in den deutschen Mief hineinbläst. Darauf einen Irish Coffee. **Klaus Steiniger**



INHALT

Nebelschwaden	S. 2
Ein großer Staatsmann der DDR	S. 3
Gleiches und Ungleiches	S. 4
Chemnitzer Skandal	S. 5
Ausstellungsverweigerung wegen Kapitalismuskritik	S. 5
Zweite SPD nicht vonnöten	S. 6
Proletarischer Cartoonist	S. 7
„Zug der Erinnerung“	S. 8
Fritz Köhler trotzte der Folter	S. 9
Schlapphut-Romanze	S. 10
Wendehals im Birthler-Nest	S. 10
Ohne Scham	S. 10
Mal in Finnland anfragen?	S. 11
Löckchendreuen auf der Glatze?	S. 12
Der Melkofer Landarbeiterstreik	S. 13
Verfassungsbrecher obenauf	S. 14
„Wessen sollten wir uns rühmen ...?“	S. 15
Anknüpfen an Götz Dieckmann	S. 16
Trugschluß	S. 16
■ Ein linkssozialdemokratischer Politiker, der aufhorchen läßt	RF-Extra I
■ Klassik in Havanna	RF-Extra III
CDU-Lügenbolde	S. 17
Brandenburger Blamage	S. 17
Wir fühlten uns wie in der DDR	S. 18
Respekt für Stehvermögen	S. 18
Venezuelas Frauenverband trägt den Namen Clara Zetkins	S. 19
Verwirrspiele	S. 20
Enthüllungen des „Guardian“	S. 21
Indien: Mangel an Arbeitern	S. 22
Barack Obama: Hoffnungsträger oder Wasserträger?	S. 23
Italien: Kein Verzicht auf Hammer und Sichel	S. 24
Reime für den „RotFuchs“	S. 25
Effi als Aquarellist	S. 26
„Man lebt, wenn man nach vorn sieht“	S. 27
38. Schach-Olympiade in Dresden	S. 28
Leserbriefe	S. 29–31
Anzeigen / Impressum	S. 32

Nebelschwaden

Armut- und Reichtumsbericht zeigt nur die Spitze des Eisbergs

Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat lange auf sich warten lassen. Nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom Januar 2000 ist die Regierung zur regelmäßigen Vorlage eines solchen Reports verpflichtet. Die Fraktionen von SPD und Grünen sahen sich auf Drängen ihrer Mitglieder genötigt, eine amtliche Analyse zu fordern, um zu erfahren, was ihre Regierungsmitglieder tun. Mit der Vorlage eines derartigen Berichts im April 2001 wurde versichert, er werde dazu beitragen, „den deutschen Sozialstaat weiterzuentwickeln“. Der damalige Arbeitsminister erklärte, das präsentierte Material könne zur „Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Vermeidung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich beitragen“.

Wie wenig das ernst gemeint war, beweist der dritte Bericht. Dabei gehen die erarbeiteten Analysen nur verbrämt auf die tatsächlichen sozialen Verhältnisse ein. An den Tatsachen kommt man nicht völlig vorbei. Die Regierung versucht, die Armut kleiner zu reden und die wirkliche Polarisierung der Gesellschaft zu verschleiern. Auf über 360 Manuskriptseiten mogelt sie sich an den Kernfragen vorbei, zaubert angebliche soziale Verbesserungen aus dem Hut und rückt ihre Sozialpolitik ins „rechte Licht“. Allerdings widerspiegelt der Bericht auch die parteipolitischen Spannungen innerhalb der derzeitigen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Manches dürfte nur deshalb eingeflossen sein, weil es als Schießpulver im kommenden Wahlkampf gegeneinander verwertet werden könnte.

Der Bericht verzichtet völlig darauf, den jährlichen Zuwachs zum gesellschaftlichen Reichtum, nämlich das jeweils verfügbare Neuprodukt, darzustellen. Zugleich fehlen Aussagen, wie das Nationaleinkommen tatsächlich verteilt wird.

Es finden sich lediglich Angaben über Einnahmen der privaten Haushalte und deren Abstufungen, nicht aber dazu, ob es sich um Gewinne, mühelose Bezüge wie Zinsen, Dividenden oder ähnliche Erträge oder um Löhne, Gehälter, Renten und Umverteilungen aus öffentlichen Mitteln handelt. Auf diese Weise bleiben die Verteilungsprinzipien im dunkeln. Zugestanden wird lediglich, daß innerhalb der privaten Haushaltseinkommen „Verschiebungen“ stattgefunden haben. Die Angaben bestätigen zwar den Trend, daß sich immer größere Vermögen in immer weniger Händen ansammeln, sie sagen aber nichts aus über die Dimensionen und die Geschwindigkeit, mit der das geschieht. Ein Vergleich mit vorangegangenen Zeiträumen wird nicht angestellt.

Aus den Medien kann man erfahren, daß es heute in Deutschland mehr als 40 Milliarden und über 13 000 Einkommensmillionäre gibt. Diese Zahlen vermitteln eine ungefähre Vorstellung von den tatsächlichen Konzentrationsprozessen. Um selbst die zarten Hinweise auf die gesellschaftliche Realität zu kaschieren, bedienen sich die Berichtersteller zusätzlicher Tricks. Sie definieren Reichtum in erster Linie als Ergebnis verschiedener menschlicher Qualitäten wie Gesundheit, Bildung, Begaubung, Unabhängigkeit etc. Erst in zweiter Linie ist er in ihren Augen als monetäre Erscheinung zu betrachten. Als reich gilt nach dem Bericht bereits, wer im Monat 3418 Euro netto zur Verfügung hat. In der überaus großen Mehrzahl der Fälle sind das Menschen mit Arbeitseinkommen. Die wirklich Reichen, die Bezieher müheloser Einkommen, Menschen, die von ihren Kapitalerträgen leben, die auf riesige Vermögen zugreifen können, fallen in der Masse gar nicht ins Gewicht. Andererseits redigiert der Bericht die Armutsgrenze hinunter. Betrug sie nach den Angaben aus dem Jahre 2005 noch 938 Euro, so wird sie jetzt auf 781 Euro festgelegt, was natürlich statistisch zu einer geringeren Anzahl Armer führt.

Um den Einkommensverhältnissen scheinbar auf den Grund zu gehen, widmet man den Vorstandsmitgliedern von Konzernen, die wegen ihrer enormen Bezüge in die allgemeine Kritik geraten sind, eine ganze Seite. Da sich nicht leugnen läßt, daß deren Einkünfte weit über ein angemessenes Entgelt für erbrachte Arbeitsleistungen hinausgehen, findet man dazu eine eigenwillige Erklärung: Was zur Debatte stehe, sei der „sich selbst verstärkende Prozeß einer Referenzgruppenentlohnung“. Wie wahr! Aber der entscheidende Grund dafür, das Thema im Bericht überhaupt anzuschneiden, ist nicht, die Höhe der Bezüge zu rechtfertigen, sondern er ist einem Manöver geschuldet. Es geht darum, von den

eigentlichen Ausbeutungsverhältnissen abzulenken, die den Polarisierungsprozessen zugrunde liegen. Denn die kritisierten Manager sind lediglich die in der Öffentlichkeit bekannten Macher, aber beileibe nicht die einzigen Gewinner oder gar die Hauptvertreter des Finanzkapitals, welche sich in der Regel, was Namen betrifft, bedeckt halten.

Der Armuts- und Reichtumsbericht hebt hervor, daß der wirtschaftliche Aufschwung seit 2006 zu einer Anhebung der Bruttolöhne und -gehälter geführt hat, und zwar um 0,9 % im Jahre 2006 und um 1,3 % im Jahre 2007. Wegen einer Umstellung der Datenbasis könne diese positive Entwicklung in der Statistik der Einkommensverteilung jedoch nicht abgebildet werden – so die Aussage im Dokument. Da bleibt optisch verborgen, daß der Zuwachs ab 2006 den Rückgang der Löhne und Gehälter in den Jahren 2002 bis 2005 keinesfalls wettgemacht hat.

Geht man von den Zahlen des Berichts zur Einkommensverteilung und der heruntergestuften Armutsgrenze aus, dann gelten 13 % der Bundesbürger als arm. Weitere 13 % wären es ebenfalls, wenn sie nicht staatliche Zuwendungen erhalten würden. Doch die Armut hat ihre sozialen Ursachen. Deshalb bemühen sich die bürgerlichen Meinungsmacher darum, Schuldige zu entdecken. In einer ihrer Diskussionsrunden berief sich Anne Will auf themabezogene Untersuchungen einer Journalistin. Diese hatte forsch und bedenkenlos erklärt, der im Bericht der Bundesregierung verwendete Armutsbegriff sei zynisch, wenn man die Lage von Kindern und Erwachsenen anderer Länder in Betracht ziehe. In ihrer Argumentation unterstützt sie der FDP-Vorsitzende Westerwelle, der den „Mißbrauch des Sozialstaates“ für die gesellschaftliche Misere verantwortlich macht. Dieser sei da, um wirklich Bedürftigen zu helfen, zum Beispiel den Behinderten und anderen, die nie eine Chance gehabt hätten, aber nicht für die „Faulen“ und „Schmarotzer“. An anderer Stelle behauptete er, 50 % der Einkommensbezieher brächten über 90 % des Gesamteinkommens auf. Offenbar wollte er damit zum Ausdruck bringen, daß die Hälfte der Bevölkerung auf Kosten der Reichen lebe. Solche Demagogie ging selbst einem ehemals führenden CDU-Politiker zu weit. Heiner Geißler kommentierte: „Die Menschen, denen es schlecht geht, müssen wir nicht auch noch verhöhnen.“

Dr. Manfred Böttcher

Am **26. August** wird der belesene und kulturvolle, standhafte und erprobte Kommunist

Harry Machals

80 Jahre alt. Als Vorsitzender der Regionalgruppe Rostock hat er sich weit über das eigene Revier hinaus große Verdienste erworben.

Vorstand und Redaktion gratulieren dem lieben Freund mit einer herzlichen Umarmung.

Ein großer Staatsmann der DDR

Walter Ulbrichts Politik setzte Maßstäbe

Vor 35 Jahren – am 1. August 1973 – starb in Berlin der wohl bedeutendste Politiker und Staatsmann, den die DDR in ihrer vier Jahrzehnte währenden Geschichte hervorgebracht hat: der erprobte Kommunist Walter Ulbricht.

Der am 30. Juni 1893 – vor 115 Jahren – geborene Leipziger Arbeitersohn erlernte zunächst den Beruf eines Möbeltischlers.

1915 zur kaiserlichen Armee eingezogen, wurde er 1918 wegen Antikriegspropaganda inhaftiert. Die Novemberrevolution befreite ihn aus einem Militärgefängnis in Belgien. Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in seiner Heimatstadt, zählte Walter Ulbricht zu den Mitbegründern der KPD in Leipzig. Bald übernahm er wichtige Leitungsaufgaben in Mitteldeutschland, Westsachsen und Ostthüringen. 1922 sah man ihn unter den Teilnehmern am IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau.

Im Januar 1923 wählte die Partei Genossen Ulbricht in die Zentrale. Nach der Niederschlagung des Hamburger Aufstandes mußte er für einige Zeit untertauchen. 1926 berief ihn das sächsische Proletariat in den Landtag. 1928 wurde er Reichstagsabgeordneter. Seit 1929 war er Politischer Leiter des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark der KPD.

Wichtige Aufgaben versah Genosse Ulbricht auch in der Komintern, deren Exekutivkomitee (EKKI) er zunächst seit 1928 und dann erneut ab 1935 als Kandidat angehörte. Im Oktober 1933 ging er auf Beschluß der Partei in die Emigration, die ihn über Paris und Prag nach Moskau führte. In den Jahren 1938 bis 1943 war er Vertreter der KPD beim EKKI.

Nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion leistete Walter Ulbricht Aufklärungsarbeit in vorderster Frontlinie. Fotos, die ihn mit Erich Weinert in einem Schützenloch bei Stalingrad zeigen, sind davon erhalten geblieben. 1943 gehörte

Walter Ulbricht zu den Begründern des vor allem unter deutschen Kriegsgefangenen wirkenden Nationalkomitees Freies Deutschland. Am 29. April 1945 kehrte der erprobte Funktionär mit einer Gruppe deutscher Kommunisten an Bord einer sowjetischen Maschine in den Berliner Raum zurück. Er nahm sofort seine Arbeit auf. Groß war Walter Ulbrichts Einsatz für den zügigen

Wiederaufbau der KPD. An der Seite Wilhelm Piecks wirkte er für die Vereinigung der beiden damaligen Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED. Im April 1946 wurde er zu einem der Stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Ab 1949 gehörte er dem Politbüro der SED an. Mitbegründer der DDR, war er zunächst Stellvertreter und dann Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates.

Ab 1950 versah Walter Ulbricht die Aufgaben des Generalsekretärs bzw. des Ersten Sekretärs des ZK der SED. Von 1960 bis zu seinem Tode war er Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Dieses Amt war nach dem Ableben des vom Volk geliebten Präsidenten Wilhelm Pieck geschaffen worden.

Während der „Pieck-Grotewohl-Ulbricht-Ära“ herrschte in der Partei, die eng mit den Massen verbunden war, eine kritische und selbstkritische Atmosphäre des Aufbruchs. Tiefgründige Überlegungen zum ökonomischen System des Sozialismus, zum Zusammenwirken aller antifaschistisch-demokratischen und dem Sozialismus zugewandten Kräfte, zum engeren Bündnis der um die UdSSR zusammengeschlossenen Länder des Warschauer Vertrages wurden angestellt.

Bürgerliche Beobachter in den Medien bescheinigten Walter Ulbricht, der die konsequente Vertretung von DDR-Interessen mit einem hohen Maß politischer Flexibilität und großem Initiativreichtum verband, der „bedeutendste deutsche Staatsmann“ jener Jahre zu sein.

Heinz-Joachim Maaßberg



Walter Ulbricht und Otto Grotewohl in der Volkskammer



Foto: Sabine Bliesmer

Kommt zur Thälmann-Ehrung nach Ziegenhals!

Am 24. August um 11.30 Uhr findet dort, wo im Februar 1933 das ZK der KPD zum letzten Mal unter Thälmanns Vorsitz tagte, anlässlich des 64. Jahrestages der Ermordung des großen deutschen Arbeiterführers die traditionelle Kundgebung statt.

Es spricht „RotFuchs“-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger.

Es singt der Hans-Beimler-Chor.

Nicht-Autofahrer benutzen die S-Bahn bis Königs Wusterhausen, von dort den Bus nach Ziegenhals. Abfahrt: Storkower Straße um 11.07 Uhr. Bus-Rückfahrmöglichkeit: 13.58 Uhr

Freundschaftssingen

Am 31. August findet um 15 Uhr im Kulturhaus Berlin-Karlshorst ein Freundschaftssingen des dänischen „Oktoberchors“ und des Ernst-Busch-Chors Berlin e.V. statt.

Eintritt frei, kleine Spenden sind willkommen.

Berechtigte Kritik

Mehrere Leser haben zu unserer Bildunterschrift auf S. 2 der Nr. 126 richtig bemerkt, daß der Einmarsch der Roten Armee in Gera (Anfang Juli 1945) nicht im Zuge eines Gebietsaustausches, sondern aufgrund der alliierten Festlegungen von Jalta erfolgt ist. Vielen Dank.

Gleiches und Ungleiches

Zum Beitrag Dr. Fisches „Dialektik von Revolution und Konterrevolution“

Der Beitrag von Dr. Peter Fisch „Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution“ enthält neben interessanten und bedenkenswerten Überlegungen auch einen Vergleich des Revolutionszyklus vom Typ 1789 mit dem vom Typ 1917.

Zum ersten Revolutionszyklus sagt er, für den Ausgang entscheidend seien „der Sieg der bürgerlichen Revolutionen in den ehemals britischen Kolonien Nordamerika (USA) und in Frankreich“ gewesen.

Vom zweiten sagt er: „Der 1917 eingeleitete sozialistische Revolutionszyklus konnte trotz beträchtlicher Fortschrittsleistung nicht erfolgreich vollzogen werden und erlebte zumindest einen tiefen Bruch. Daß revolutionäre Prozesse anderswo ihren Fortgang finden, unterliegt keinem Zweifel, ist aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung.“

Den Sieg des ersten Zyklus erklärt Fisch interessanterweise damit, daß es die französischen Revolutionäre verstanden, zur Niederringung der Konterrevolution „die nötigen Gegenkräfte zu formieren“: „... Der Übergang zum terreur (Terror) im Zeichen der kleinbürgerlich-demokratischen Jakobinerdiktatur, unterstützt von den Volksmassen, rettete die Revolution.“

Zur Niederlage des zweiten Zyklus, bezogen auf die DDR, aber entsprechend gültig auch für die Sowjetunion, schreibt Fisch: „Die Lösung des Zusammenhalts von Partei und Volksmassen gefährdete ernsthaft den Formationswechsel, da dieser Zustand die Herausbildung des konterrevolutionären Potentials außerordentlich begünstigte und der Gegenrevolution den Boden bereitete.“

Fisches vergleichende Gegenüberstellung der beiden Revolutionszyklen enthält leider drei Konstruktionsmängel:

Erstens: Sie behandelt Ungleiches als Gleiches, nämlich beide Revolutionszyklen als solche, über die man ein abschließendes Urteil sprechen kann, obwohl der erste Zyklus längst abgeschlossen ist, der zweite sich aber noch in seinem Anfangsstadium befindet.

Zweitens: Sie behandelt Gleiches ungleich: Der erste, der bürgerliche Revolutionszyklus, wird richtig in seiner vollen, weltweiten, Europa und Amerika umfassenden Ausdehnung betrachtet und beschrieben.

Das Urteil über die Ergebnisse des zweiten – seinem Wesen nach weltrevolutionären! – Revolutionszyklus wird nur aufgrund des Untergangs der Sowjetunion und der DDR, also Europa-SU-zentristisch, gefällt.

Drittens: Die Gegenüberstellung ignoriert völlig den wesentlichsten Unterschied zwischen den beiden Revolutionszyklen: Mit der bürgerlichen Revolution wird die Herrschaft einer Ausbeuterklasse durch die einer anderen Ausbeuterklasse abgelöst, läßt also auch ein mehr oder weniger friedliches Nebeneinanderbestehen beider Ausbeuterklassen in der neuen Ordnung zu.

Die proletarische Revolution macht Schluß mit jeglichem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und mit der Herrschaft jeglicher Ausbeuterklasse. Sie ruft deshalb den verzweifelten, wütendsten, weltweit gemeinsamen Widerstand aller von ihr bedrohten Ausbeuterklassen hervor.

Eine Behandlung der „Dialektik von Revolution und Konterrevolution“, die mit solchen Konstruktionsmängeln behaftet ist, erscheint mir korrekturbedürftig.

Und noch eine letzte Bemerkung zu Dr. Fisches Satz: „Den Focus allein auf Gorbatschow zu richten oder gar Chruschtschow, erscheint mir mehr als fragwürdig.“

Damit hätte er recht, wenn er so etwas irgendwo gefunden hätte. Aber so viel ich zur Frage nach den Ursachen unserer Niederlage auch gelesen habe, nirgendwo habe ich je etwas gefunden, was einer solch unsinnigen „alleinigen Personen-Focusierung“ gleichkäme; wohl aber habe ich selbst und haben viele andere die verhängnisvolle Rolle Chruschtschows und Gorbatschows als Anführer und Aktivisten des konterrevolutionären Revisionismus geschildert, dieser Strömung in der Arbeiterbewegung, die schon die alte revolutionäre Bebelsche Sozialdemokratie zerstört hat und deren moderne Variante der kommunistischen Bewegung und damit dem Fortschritt der ganzen Menschheit ein noch viel schlimmeres Schicksal bereitete.

Ebensowenig, wie man über Bernstein und Kautsky schweigen kann, wenn man über den Revisionismus in der alten Sozialdemokratie spricht und schreibt, kann man die Tito, Chruschtschow und Gorbatschow unerwähnt lassen, wenn man über die Katastrophe der kommunistischen Weltbewegung spricht, in die sie durch den modernen Revisionismus gestürzt wurde.

Dr. Kurt Gossweiler

Botschafter a.D. Rolf Berthold zum 70. Geburtstag Ein profilierter Diplomat der DDR

Am 4. August begeht Genosse Rolf Berthold in Berlin seinen 70. Geburtstag. Das ist nicht nur ein Grund für seine vielen Freunde im In- und Ausland, ihm von ganzem Herzen zu gratulieren und für den nächsten Lebensabschnitt Glück und Erfolg zu wünschen. Es ist auch Anlaß, einen der profiliertesten und fähigsten Diplomaten der DDR zu würdigen. In einer kampfbewährten antifaschistischen Familie aufgewachsen, hat Rolf nach seinem Studium der Außenpolitik in der damals jungen Volksrepublik China wichtige Aufgaben im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und in verschiedenen diplomatischen Missionen übertragen bekommen. So war er als Botschaftsrat in Vietnam und viele Jahre als Diplomat in China, dem er sich besonders eng verbunden fühlt, tätig. Von 1982 bis 1990 vertrat er die DDR als deren letzter Botschafter in Beijing. In vielen Sätteln geritten, hat sich Rolf stets als standhafter, von unserer wissenschaftlichen Weltanschauung zutiefst überzeugter Kommunist erwiesen und das Vertrauen des sozialistischen deutschen Staates gerechtfertigt.

Seit dem Sieg der Konterrevolution wirkt Rolf Berthold vor allem an der innenpolitischen Front. Auch dort wurde ihm nicht wenig abgefordert. Seit langem ist er Vorsitzender der Volkssolidarität im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain.

Seit mehr als vier Jahren steht Rolf nun schon an der Spitze des inzwischen etwa 1400 Mitglieder zählenden „RotFuchs“-Fördervereins e.V. Er genießt im weitgefächerten Vorstand, bei den unterdessen 28 Regionalgruppen, von denen er die meisten an Ort und Stelle kennengelernt hat, und in der vielschichtigen linken, demokratischen Öffentlichkeit des Landes hohes Ansehen. Rolf und dem durch ihn geleiteten Kollektiv ist es zu verdanken, daß sich der „RotFuchs“ mit seinen für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten tätigen Strukturen und seiner Zehntausende ständige Leser Monat für Monat inspirierenden Zeitschrift zu einer einflußreichen und im linken politischen Spektrum geachteten marxistischen Kraft entwickelt hat.

Zu seinem 70. Geburtstag grüßen wir unseren Freund und Genossen Rolf, der sich besonders auch für die Verbreitung der Wahrheit über die auf dem Weg des Sozialismus voranschreitende Volksrepublik China einsetzt, in solidarischer, revolutionärer und freundschaftlicher Verbundenheit.

Prof. Dr. Götz Dieckmann
Stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins

Dr. Klaus Steiniger
Chefredakteur des RF



Ein Chemnitzer Skandal

Furcht vor Marx: Die „Einhausung“

Karl Marx – eine Verhüllungsgeschichte“ war ein Artikel in der sächsischen „Freien Presse“ überschrieben. Am 5. Juni wurde der Öffentlichkeit darin mitgeteilt, daß man ab dem 17. des Monats (man beachte das Datum) Karl Marx Auge in Auge gegenüberstehen könne.

Es handelt sich also weniger um eine Verhüllungsgeschichte, sondern eher um eine Verhöhnungsgeschichte.

Marx hat in Karl-Marx-Stadt ein imposantes Denkmal erhalten, mit dem seine wissenschaftlichen Leistungen sowie sein unermüdliches revolutionäres Handeln für die Sache der Ausgebeuteten und Unterdrückten gewürdigt worden ist.

In der Zeit des Faschismus unterlagen in Deutschland seine Werke der Vernichtung und seine Anschauungen der Verfolgung. Die Bücher von Marx und Engels wurden auf dem Berliner Opernplatz öffentlich verbrannt. Die Anhänger der marxistischen Weltanschauung wurden verfolgt, verhaftet, gefoltert und umgebracht. Auch nach 1945 ging die Staatsmacht der BRD besonders gegen Marxisten brutal vor, was das Verbot der KPD, die massenhafte Einkerkierung von Kommunisten und die Berufsverbote bewiesen. Nach der Annexion der DDR verschwanden marxistische Bücher 1990 aus öffentlichen Bibliotheken und Buchhandlungen, viele von ihnen landeten in Müllcontainern.

Seit seiner Einweihung im Jahre 1971 wurde das Marx-Monument zu einem Ort der Würdigung des großen Denkers, zu einem Symbol von Karl-Marx-Stadt. Auch später – nach

der Rückbenennung der Stadt – erwies es sich als Besucherattraktion. Einer Umfrage des mdr zufolge nimmt es jetzt den 2. Platz unter den „Top-ten“-Denkmälern, wie es auf neudeutsch heißt, ein.



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Oft konnte ich erleben, wie Busreisegruppen oder Einzelpersonen ihren Aufenthalt in unserer Stadt mit einem Foto – im Hintergrund das Karl-Marx-Monument – „dokumentierten“. Nun wird ein großer weißer

Leinwandkubus das Chemnitzer Stadtbild prägen. Für Aufnahmen solcher Art dürfte er kaum geeignet sein.

Ich stelle mir vor, in Koblenz kämen Leute auf die Idee, das dortige Kaiser-Wilhelm-Denkmal „einzuhausen“, um Gäste aus Sedan, Paris oder Versailles das sich über Rhein und Mosel erhebende Monument unter einer Verhüllung besichtigen zu lassen. Niemand hätte wohl einen solchen Gedanken. Da auch österreichische Kunststudenten aus Linz an der Chemnitzer „Einhausung“ beteiligt sind, frage ich mich, was sie sagen würden, wenn man das im Zentrum von Wien befindliche Mozart-Denkmal derart mißhandeln würde. Sicher wäre das eine unvorstellbare Verhöhnung des großen Komponisten.

Aber so wenig man die Musik Mozarts versteht, wenn man ihm so Auge in Auge gegenüberstehen könnte, so wenig vermag man die Philosophie und das revolutionäre Handeln von Karl Marx zu begreifen, wenn man fortan die Möglichkeit hat, seinen weiß verhüllten Riesenschädel zu „besteigen“. Zu Ehren großer Persönlichkeiten errichtete Monumente „einzuhausen“ ist nur im unterworfenen und zwangsangeschlossenen Osten Deutschlands möglich. Für solche Ungeheuerlichkeiten fehlt es dem sonst klammen Staatssäckel nicht an Geld.

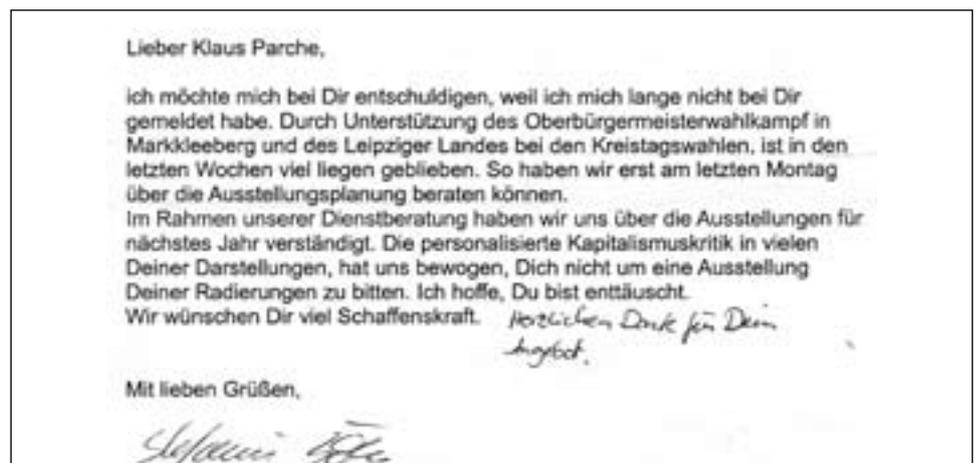
Bloß gut, daß uns die hinter dem zugehängten Karl-Marx-Denkmal angebrachte Aufforderung der Klassiker „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ vorerst noch erhalten bleibt.

Gerhard Miska, Chemnitz

Ausstattungsverweigerung wegen Kapitalismuskritik

Brief aus einem Leipziger PDL-Wahlkreisbüro

Der namhafte, seit vielen Jahren auch für den RF tätige Grafiker Klaus Parche hatte sich um eine Ausstellung einiger seiner Werke in Räumlichkeiten des Leipziger Wahlkreisbüros der sächsischen PDL-Landtagsabgeordneten Heike Werner und Sebastian Scheel beworben. An diesem ist auch das PDL-Mitglied des Europaparlaments Sylvia-Yvonne Kaufmann beteiligt. Nach einem sehr aufgeschlossenen und ihn deshalb ermutigenden Gespräch mit zwei Mitarbeiterinnen der Einrichtung erhielt Genosse Parche eine – offenbar von höherer Stelle angeordnete – Absage, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Hier das Faksimile des Schreibens von Stefanie Götze:



Zweite SPD nicht vonnöten

Brief eines besorgten PDL-Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern

Nun ist der 1. Bundesparteitag bereits Geschichte, und Linke im In- und Ausland ziehen ihre Schlüsse. Eine Wertung anderer Art nehmen natürlich bürgerliche Kräfte einschließlich ihrer Parteien und Medien vor. Das soll in meiner Betrachtung aber keine Rolle spielen, da ich der Meinung bin, daß es innerhalb der PDL noch genügend „Baustellen“ gibt, auf denen man sich betätigen kann.

Meine Überlegungen stützen sich nicht nur auf die Ergebnisse von Cottbus, sondern resultieren auch aus eigenen Beobachtungen und im Landesverband Meck-Pom selbst Erlebtem.

Vor fast einem Jahr vereinigten sich WASG und PDS zur Partei „Die Linke“. Damit entstand die Möglichkeit, einen größeren Teil des linken Spektrum zusammenzuführen. Ich hoffte, daß es in Zukunft gelingen könnte, weitere linke Kräfte im Land einander näher zu bringen, um jenes Lager zu stärken, welches sich für einen gesellschaftlichen Wandel einzusetzen bereit ist. Mit solchen Gedanken wurde und wird man allerdings, wenn man sie öffentlich bekundet, rasch zum Träumer erklärt.

Doch was wäre der Mensch ohne seine Träume und Visionen? Allerdings muß man für deren Verwirklichung auch etwas zu tun bereit sein. Da ich an der Basis auf verschiedene Weise politisch aktiv bin, weiß ich, daß sich das Zusammenwachsen beider damals vereinigter Parteien nach wie vor schwierig gestaltet. Und dabei bin ich froh, nicht alle internen Äußerungen zu kennen, da das, was einem zur Kenntnis gelangt, bereits genügt, um zu sehen, daß die Gräben zwischen dem sozialdemokratischen Flügel und den tatsächlich Linken wesentlich tiefer sind, als allgemein angenommen wird. Einige Beispiele zur Illustration:

Die gesammelten Äußerungen von André Brie, die man getrost der SPD zuordnen kann, stoßen auf keinen Widerstand seitens der Parteispitze.

Gregor Gysi und andere haben die Dinge im Zusammenhang mit den Äußerungen von und um Christel Wegner unredlich dargestellt.

Andererseits richten sich heftige Angriffe auf Oskar Lafontaine, der aus meiner Sicht zu Recht Gedanken des kommunistischen Manifests als Grundlage für Überlegungen einer linken Partei betrachtet.

Lothar Bisky legte noch eins drauf und wollte – wie Gysi – mit aller Macht Sahra Wagenknechts Kandidatur für die Funktion einer stellvertretenden Parteivorsitzenden verhindern.

Ich könnte mich jetzt in die Niederungen der Landespolitik von M-V begeben, wo die innerparteiliche Demokratie teilweise außer Kraft gesetzt wird und sich

Genossen an die Schiedskommission wenden müssen, um den innerparteilichen demokratischen Umgang miteinander einzuklagen.

Solche und ähnliche Beispiele kennt derzeit wohl jeder politisch Aktive aus seinem unmittelbaren Umfeld. Gregor Gysi beschrieb die Situation auf dem PDL-Bundesparteitag folgendermaßen: „... wir haben nicht nur Ost und West, wir haben auch Strömungen. Ich finde es gut, daß wir Strömungen und Arbeitsgemeinschaften haben, auch daß sie unterschiedliche politische Ansätze haben.“ Und weiter: „Wir dürfen keine Kämpfe um Siege und Niederlagen führen, sondern immer nur um eine politische Ausrichtung der Partei.“

Für mich stellt sich die Frage: Wie weiter? Von allen Parteimitgliedern und Sympathisanten muß akzeptiert werden, daß es in der PDL verschiedene Flügel gibt: Jenen, welchen man als sozialdemokratisch bewerten sollte, und den anderen, den man als antikapitalistisch mit kommunistischen Zügen bezeichnen könnte. Zugleich stehen nicht wenige Genossinnen und Genossen dazwischen. Sie neigen in dieser oder jener Frage der einen oder anderen Grundhaltung zu.

Aus meiner Sicht wurde schon im Vorfeld des 1. Bundesparteitages versucht, kontroverse Diskussionen möglichst zu vermeiden, um die Beratung als große Harmoniebekundung der jungen PDL erscheinen zu lassen. Diese Haltung ist angesichts der massiven Hetze gegen alle Linkskräfte zwar nachvollziehbar, aber richtig war sie deshalb nicht. Vielleicht hat man die Generaldebatte aus diesem Grunde zeitlich so eng bemessen, ganz zu schweigen von den vielen aus Zeiterwägungen an Leitungsinstanzen verwiesenen Anträgen.

Wäre es aber nicht gerade ein Zeichen innerparteilicher Demokratie gewesen, ein hohes Maß an Meinungsvielfalt zu so wichtigen gesellschaftlichen Problemen zuzulassen? Sind es nicht die basisdemokratischen und praxisnahen Erfahrungen vor Ort, die eine solche Diskussion so wertvoll machen?

Wenn wir uns nicht den entscheidenden Problemen stellen und aus Angst vor kontroversen Meinungen oder aus Rücksicht auf die Berichterstattung der Medien einknicken, dann verstoßen wir gegen unseren eigenen Anspruch, eine Partei sein zu wollen, in der jeder offen, sachlich und ehrlich seine Meinung sagen kann. Wir sollten nicht einerseits zum Mitmachen, Mitgestalten aufrufen, andererseits aber Mitwirkung unterbinden.

Nach meiner Ansicht ist es nur möglich, einem weiteren Auseinanderdriften der Partei entgegenzuwirken, wenn kurzfristig satzungsmäßige Regularien geschaf-

fen werden, die einen gleichberechtigten Umgang miteinander festschreiben. So müßten z. B. bei der Besetzung von Funktionen innerhalb der Partei, ähnlich wie bei der Frauenquote, die Vertreter der Flügel generell berücksichtigt werden. Und zwar auf allen Ebenen. Das ist sicher schwierig, weil sich alle Mitglieder der PDL dann eindeutig bekennen müßten. Genauso wichtig ist es, Karrieristen und Pöstchensucher überall zu entlarven.

Weiterhin sollten eindeutig Zeichen gesetzt werden, daß die Mitbestimmung der Basis über die Besetzung von Ämtern, eventuellen Regierungsbeteiligungen und anderen richtungweisenden Entscheidungen gesichert ist.

Oskar Lafontaine sagte dazu: „Wir haben nicht umsonst den Mitgliederentscheid bei Richtungsentscheidungen zur Grundlage unserer Parteiarbeit gemacht.“ Und genau dieser muß fortan von der kleinsten Struktur aufwärts praktiziert werden. Wir müssen begreifen, daß der Kapitalismus nicht sozial reformierbar ist. Wenn schon Regierungsbeteiligungen angestrebt werden, dann konsequenterweise nur dort, wo die PDL die stärkste Kraft ist und sich nicht als möglicher Bittsteller häppchenweise „neoliberalisieren“ muß.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung Sahra Wagenknechts zu unterstützen: „Wir müssen uns von niemandem mehr einreden lassen, nur in der Regierung würden wir ‚Verantwortung‘ übernehmen und das Land verändern. Die Linke beweist, daß konsequente Oppositionspolitik sehr viel verantwortungsvoller sein und letztlich auch mehr bewegen kann als eine Regierungseinbindung, bei der man allzu leicht das eigene Gesicht verliert, gerade wenn die möglichen Partner so aussehen, wie sie aussehen.“

Wenn Sahra Wagenknecht sagt: „Gegenwehr tut not ...“, dann möchte ich ergänzen: Gegenwehr ist rot und darf kein blaues Rosa sein.

Nicht die DKP oder andere linke Organisationen sind unsere Konkurrenten, sondern allein die bürgerlichen Parteien – von der CDU/CSU, der FDP und den Grünen bis zur SPD. Und noch eines sollte feststehen: Die PDL darf niemals eine vom Kapital gesteuerte antikommunistische Partei sein.

Das, was wir uns vorgenommen haben, geht nur mit vereinten Kräften. Die Parteiführung sollte sich dessen bewußt sein, daß sie ohne Basis genauso überflüssig ist wie eine zweite Partei mit sozialdemokratischen Zügen.

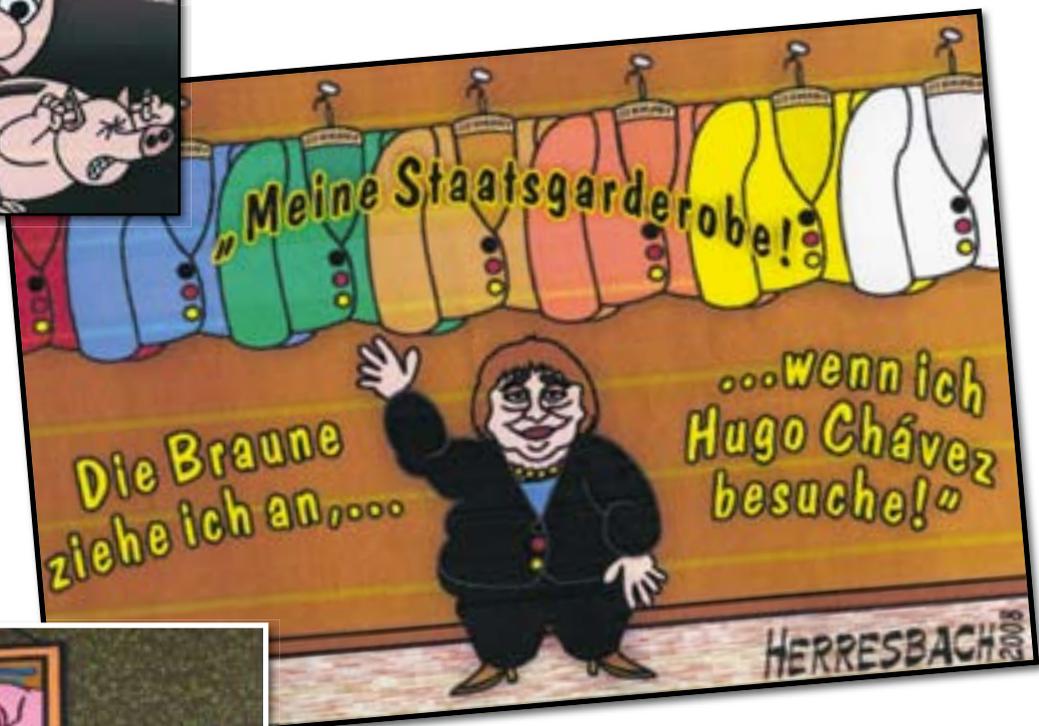
Carsten Hanke, Lambrechtshagen

Ein proletarischer Cartoonist



Seit vielen Jahren veröffentlichen wir im RF die Arbeiten des in seinem Schaffen originellen Cartoonisten Heinz Herresbach aus Treuenbrietzen. Der künstlerische Autodidakt bringt eine reiche Welt- und Menschenkenntnis ein. In der DDR war er Arbeiter. Auch unter den neuen Machtverhältnissen hat er sein Klassenbewußtsein nicht eingebüßt. Angriffslustig bürstet er den „Zeitgeist“ gegen den Strich. Seine Karikaturen werden vor allem von linken Medien aufgegriffen.

Heinz Herresbach geht der Bourgeoisie ans Leder, schenkt ihr nichts, nennt die Dinge beim Namen und legt den Finger auf die Wunden der kapitalistischen Gesellschaft. Mit dieser farbigen Cartoon-Seite grüßen wir den guten Weggefährten und Freund, der trotz chronischer Behinderung durch ein schweres Rückenleiden unermüdlich wirbelt, werkelt und wirkt.



„Zug der Erinnerung“

Von deutschen Bahnhöfen in die Vernichtungslager der Faschisten

Der „Zug der Erinnerung“ stand vom 28. April bis zum 1. Mai im Dresdner Hauptbahnhof. Der Veranstalter hatte den Aufenthalt auf Gleis 6 infolge des großen Besucherandranges um einen Tag verlängert. Man mußte bis zu zwei Stunden warten, um die Ausstellung sehen zu können. Mir war es ein Bedürfnis, dort hin zu gehen.

Es ist eine bodenlose politische Infamie, daß Bahnchef Mehdorn und Verkehrsminister Tiefensee (SPD) ständig versucht haben, den Zug der Mahnung an die Deportation unzähliger jüdischer Kinder über deutsche Bahnhöfe in die Vernichtungslager zu verhindern oder zumindest auf Nebengleise abzuschieben. Aber schließlich wurde ja bereits unter Adenauer festgestellt, die BRD sei der Rechtsnachfolger des Dritten Reiches.

1924 geboren, gehöre ich jener Generation an, deren Mehrheit bis heute noch von sich behauptet, sie habe von Konzentrationslagern, Judenverfolgung und anderen Verbrechen der Nazis nichts gewußt. In meiner Arbeiterfamilie wurde allerdings anders gedacht. Durch enge Kontakte zu jüdischen Mitbürgern hatten wir von dem grausigen Geschehen erfahren. So möchte ich den Lesern des RF einige persönliche Erlebnisse schildern, die der „Zug der Erinnerung“ in mein Gedächtnis zurückrief.

Das Jahr 1938 war für viele deutsche Juden eine schicksalhafte Zäsur. Mediziner mußten endgültig ihre Praxen schließen. Das traf auch auf unseren Hausarzt Dr. Günter zu. Als Kind hatte ich des öfteren mit Hautschäden zu tun. Zu Dr. Günters Heilmethoden gehörte die Ausnutzung der Sonnenkraft. 15 Minuten Sonnenschein betrachtete er als eine gute Medizin. Er war eine im Wohngebiet seiner Patienten bekannte Gestalt. Dr. Günter spazierte nämlich am Sonntagvormittag mit Zylinder und Gehrock, an dem das Eiserne Kreuz I. Klasse angeheftet war, in gestreifter Hose, Lackstiefeln und mit Spazierstock durch das Revier. Das waren die Arbeiterviertel Pieschen, Trachenberge und Mickten im Dresdner Norden. Hier und dort unterhielt er sich mit den Leuten und war sich auch nicht zu schade, wenn Kinder Straßenfußball spielten, mal an das Leder zu treten. Wo er abgeblieben ist, wissen wir nicht.

Am Trachenberger Platz betrieb das jüdische Ehepaar Walter und Rosa Steinhard ein Geschäft für Spiel- und Haushaltswaren. Die beiden schon älteren Leute kamen regelmäßig in den Milchladen, in dem meine Mutter Verkäuferin war. Das ging so lange, bis ihnen eines Tages durch aufgetriebene Bürger, die den Hitler-Gruß brüllten, der Zutritt verweigert wurde. Meine Mutter brachte den Steinhards fortan heimlich Milchprodukte in ihre Wohnung. Eines

Tages war das Ehepaar nicht mehr da und sein Geschäft geschlossen.

Die Steinhards mußten den bitteren Weg über das „Judenhaus“ in der Bautzener Straße und das Lager an den Hellerbergen gehen. Sie wurden im November 1942 nach Auschwitz deportiert. Aus einem in den letzten Jahren von der Dresdner Jüdischen Gemeinde veröffentlichten



Buch habe ich erfahren, daß beide dort ermordet wurden.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 inszenierten die Faschisten die sogenannte Reichskristallnacht, die man heute zu Recht als Reichspogromnacht bezeichnet. Auf meinem Weg mit dem Fahrrad zur „Horst-Wessel“-Berufsschule kam ich am Morgen des 10. November an der brennenden Dresdner Synagoge – einem Semperbau – vorbei. SA-Männer untersagten den Feuerwehrleuten das Löschen, was gegen deren Ehre verstieß. Die braunen Sturmtruppler „erklärten“ uns Zuschauern ununterbrochen, daß die Feuersbrunst zur Vernichtung aller Juden notwendig sei. Mit einer Stunde Verspätung kam ich zum Unterricht. Der Lehrer, ein Nazi, nutzte die Gelegenheit und kommentierte in hetzerischer Weise das Geschehen. Mein Zuschauen beim Brand erkannte er als Entschuldigung an.

Im Sommer 1942 war ich als Angehöriger der Kriegsmarine im lettischen Liepaja (Liebau) stationiert. Des öfteren kamen im Hafen Güterzüge an. Sie entluden Juden in Kaftankleidung. Diese mußten LKWs besteigen, welche sofort das Gelände des Kriegshafens verließen. Leer kamen sie zurück. Wir wurden angehalten, den Mund über das Gesehene zu halten. Die Ankömmlinge wurden in den Wäldern zwischen Liebau und Riga ermordet. Während meines kriegsbedingten Aufenthalts 1943 in den besetzten Niederlanden konnte ich mehrfach zu Kurzurlauben nach Amsterdam fahren. Um zum dortigen Wehrmachtsheim „Erika“ zu gelangen,

mußte man von der Centraalstation – dem Hauptbahnhof – die Tram durch das jüdische Ghetto nehmen. Dieses Viertel war von Stacheldrahtzäunen umgeben. Die Straßenbahn hielt, sämtliche Zivilisten hatten auszusteigen. Nur Wehrmachtsangehörige durften in dem Wagen verbleiben. Schwerebewaffnete SS-Männer verschlossen die Türen und fuhren mit. Am Straßenrand standen jüdische Kinder, Frauen und Männer. Der äußere Anblick wirkte auf mich deprimierend: Sie waren zerlumpt und augenscheinlich vom Hunger geplagt. Bis heute sind mir diese Bilder im Gedächtnis geblieben. Was konnte man an den Gesichtern und Blicken ablesen? Hoffnung? Eher das Gegenteil, außerdem Wut, Scham und den Wunsch nach normalem menschlichen Kontakt. Vor allem aber die Sehnsucht, dieser furchtbaren Situation zu entrinnen. Im Herbst 1943 gab es das Amsterdamer Ghetto nicht mehr.

In der DDR wurde das erschütternde „Tagebuch der Anne Frank“ in vielen Auflagen gedruckt. Ihr Versteck befand sich außerhalb des Ghettos in der Prinzengracht und wurde aufgrund von Verrat entdeckt.

Der „Zug der Erinnerung“ beendete seine Reise im Mai 2008 in Auschwitz.

Werner Fritzsche, Dresden

Unsere langjährige Wegbegleiterin

Genossin Ilse Geisler

Direktor für Kader und Qualifizierung der früheren Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, ist am 4. Juni kurz vor ihrem 79. Geburtstag gestorben.

Wir kondolieren ihrem Mann, unserem treuen RF-Freund Generalmajor der VP a. D. Dr. Gerhard Geisler, zu dem schweren Verlust.

Der frühere Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA,

Generaloberst a. D. Horst Brüner

der sich in der Uckermark für den RF engagiert hat, ist am 19. Juni im Alter von 79 Jahren plötzlich verstorben.

Wir sprechen seinen Angehörigen unser Mitgefühl aus.

Fritz Köhler trotzte der Folter

„Stolperstein“ für einen tapferen Suhler Kommunisten

Beim Blättern im jüngsten Buch des Historikers und Publizisten Gerd Kaiser – es erschien 2007 unter dem Titel „Auf Leben und Tod“ – begegnet dem Leser ein kaum bekanntes Foto. 1929 auf dem Suhler Domberg aufgenommen, zeigt es den damals 34 Jahre alten Schweißer Fritz Köhler in einem Quintett von Kommunisten, dem die Herausgabe der proletarischen Zeitung; „Arbeiterwille“ zu verdanken gewesen ist.

In unseren Tagen, 79 Jahre danach, zählt es zu den Verdiensten geschichtsbewußter Suhler Persönlichkeiten, daß auch Fritz Köhler einer der Steine des Erinerns zugeordnet wurde, die als „Stolpersteine“ auf jüdische Bürger aufmerksam machen sollen, die die Faschisten verfolgten, vertrieben und ermordeten, und auf jene Männer und Frauen, die sich todesmutig gegen Hitler und den Krieg erhoben. Der Platz des am 5. Mai verlegten Steines wurde sorgsam ausgewählt. Er befindet sich dort, wo eine belebte Kreuzung auf ein bescheidenes, bezeichnenderweise „Hoffnung“ genanntes Straßenstück hinweist, in dem die Köhlers nicht weniger bescheiden lebten und wohnten.

Was hat dieser Stein jedem, der vor ihm den Schritt verhält, zu erzählen ?

Nur wenige Zeitzeugen wissen noch, daß Fritz Köhler zu den stillen Helden im antifaschistischen Widerstand zählte. Lesestoff über ihn und seine Genossen ist in Bibliotheken inzwischen kaum mehr zu finden. Wer nicht wahrhaben will, daß die Kommunisten an der inneren Front gegen Faschismus und Krieg den höchsten Blutzoll entrichteten, der muß auch diesen Namen verschweigen. Lediglich eine Gedenktafel im historischen Rathaus zu Suhl vermerkt, daß es Fritz Köhler gegeben hat.

Um so mehr ist auf Gerd Kaisers Widerstandsbuch zu verweisen, das auf mehreren Seiten dem einfachen Arbeiter, standhaften Kommunisten und in seiner Heimatstadt führenden antifaschistischen Widerstandskämpfer den ihm gebührenden Platz einräumt.

1895 geboren, wächst Fritz Köhler in einer proletarischen Suhler Familie auf die, wie viele andere zwischen Dom- und Döllberg, mit Reichtümern nicht gesegnet ist. Die Schule träufelt dem Köhler-Buben ihr „Heil dir im Siegerkranz ...“ und ähnliche Gesänge in die Ohren. Daheim aber gibt die Internationale den Ton an.

Wie eine saubere Schweißnaht zu ziehen ist, wird ihm in der Lehrzeit beigebracht. Als 25jähriger schließt sich Fritz Köhler der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands an. Im gleichen Jahr 1920, am 15. März, wird er Zeuge, wie sein Bruder Kurt den Ottilienfelsen am Domberg erklimmt und mit seinem Simson-Maschinengewehr das in Suhl eingedrungene Meininger Kapp-Putsch-Militär unter Feuer nimmt.



Dann, in den Jahren bis 1928, sieht er sich mehr noch als zuvor herausgefordert: Für die Suhler Arbeiter gibt es den sprichwörtlichen grünen Zweig, „auf den man kommen will“, nur im Wald. Selbst Menschen aus dem Mittelstand spüren die Faust der großen Unternehmer im Genick. Die Suhler Arbeiterbewegung, vom Oberland bis nach Heinrichs hinab, wird von Wirren geschüttelt. Und was sich zur tödlichen Gefahr auswächst: Von München, Berlin und Weimar aus „marschieren“ Hitlers SA-Leute, brüllen sie „die Straße frei den braunen Bataillonen“.

1928 überträgt die KPD Fritz Köhler die Leitung ihres Unterbezirks Suhl. Als Mitglied des Betriebsrates in der Haenelschen Waffenfabrik tritt er energisch für die Belange der Arbeiter ein. Sein Name wird für Freund und Feind zum Begriff. Grund genug für die Nazis, den „unbelehrbaren“ Kommunisten schon im März 1933 in ihr Zuchthaus Sonnenburg zu verschleppen, das im entfernten Westpreußen gelegen ist.

Im September 1933 wieder in Suhl und mehr schlecht als recht im Simson-Rüstungswerk untergekommen, wird er von den Anhängern der Nazi-Häuptlinge in der Firma drangsaliert und durch die faschistische Betriebs„führung“ gefeuert.

Statt sich wie manch anderer nun zurückziehen, organisiert Fritz Köhler den Suhler Anteil am kommunistischen Widerstand. An seiner Seite so standhafte Genossen wie Adolf Werner, Adolf Anschütz, Erich und Minna Recknagel, Richard und Fanny Becher, verbündet er sich mit aktiven Hitlergegnern in Zella-Mehlis, Benshausen, Albrechts, Goldlauter, Schwarzta und Schmiedefeld. Er schlägt Brücken zu einflußreichen Sozialdemokraten, unterstützt die Suhler antifaschistische Friedberg-Widerstandsgruppe und ist mit jenen Arbeitern fest verbunden, die in „kriegswichtigen“ Fabriken

dafür sorgen, daß zeitweilig der Produktionsablauf stockt.

Nach ihrer Massenverhaftungsaktion im September 1943 schlägt die Gestapo im Juni 1944 ein zweites Mal zu. Hinter nahezu 150 Antifaschisten aus Suhl und dem Umland fallen die Zuchthäustore ins Schloß. Nach schlimmen Torturen in der Suhler Gendarmerieschule findet sich Fritz Köhler am 8. Juni in einer Einzelzelle der Strafanstalt Ichttershausen wieder. Gleich ihm sitzen dort seine Brüder Willy und Kurt als Politische ein.

Gestapoleute foltern den Eingekehrten bis an den Rand des Wahnsinns. Stählerne Fesseln, als „automatische Handschellen“ berüchtigt, zerschneiden seine Handgelenke. Seine gellenden Schmerzensschreie durchdringen bis in die Nächte das alte Gemäuer. Doch trotz unsäglich Qualen – der so Gepeinigten gibt weder Namen noch Verbindungen preis.

Dann unheilvolle, lähmende Stille ...

Für die Nachwelt bringt der Zella-Mehliser Ichttershausen-Häftling Nikolaus Pfaff zu Papier: „Am 18. Oktober 1944 durcheilte früh nach dem Aufstehen die überraschende Nachricht den Bau, Fritz Köhler sei tot. Er mußte eines unnatürlichen Todes gestorben sein ...“

Seit dem 8. Juni hatte außer der Gestapo und ihren Vollzugsbeamten kein anderer die Zelle betreten. Um nichts und niemand zu verraten, mutmaßen die einen, habe sich der Suhler Kommunist erhängt. Die Gestapo sei ihm bei seinem Freitod „zur Hand gegangen“, folgern andere. Einhellig urteilen alle Ichttershäuser Politischen: Die Gestapo hat Fritz Köhler auf dem Gewissen.

Wir Gegenwärtigen behalten diesen thüringischen Helden des antifaschistischen Kampfes in ehrender Erinnerung. Der jetzt verlegte „Stolperstein“ zeugt davon.

Gerhard Kummer

Unser Autor ist Mitglied des Vorstandes der VVN/BdA-Basisgruppe Suhl/Zella-Mehlis.



Schlapput-Romanze

Fiktives Interview mit Innenminister Schäuble zum Verfassungsschutzbericht 2008

Reporter: Herr Innenminister. Der Verfassungsschutzbericht 2008 liegt seit einiger Zeit vor. Worin besteht sein besonderer Wert?

Schäuble: Wie jedes Jahr informiert der Bericht die Öffentlichkeit über den Umfang verfassungsfeindlicher Bestrebungen und Aktivitäten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland. Er liefert eine solide Grundlage, um in der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte die tatsächlichen Bedrohungen unserer Gesellschaft zuverlässig einzuschätzen. Bei der Aufklärung rechtsextremistischer Einrichtungen und Aktivitäten sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die NPD als offizielle Spielwiese des Verfassungsschutzes ist dank des engen Zusammenwirkens mit unseren Freunden in Köln jetzt bereits hundertprozentig unter staatlicher Kontrolle. Wir können gewährleisten, daß ihre Aktivitäten in keiner Weise mit unseren nationalen Interessen und Vorstellungen kollidieren.

Reporter: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage: Könnte es dabei nicht zu Interessenkonflikten mit unseren freiheitlichen Traditionen und den sie verkörpernden Parteien kommen?

Schäuble: Eher ist das Gegenteil der Fall! Ich kenne keine Partei, die jemals im Maßstab der Bundesrepublik Verantwortung trug und die sich nicht den Gründervätern unserer sicherheitspolitischen Konzeption verpflichtet gefühlt hätte. Wir stehen zu unseren Wegbereitern, unter denen ich die Herren Gehlen, Globke und Oberländer hervorheben möchte, nicht zu vergessen natürlich unseren leider viel zu früh verschiedenen Altministerpräsidenten Filbiner. Notorischen Querulanten allerdings die Auslegung des Grundgesetzes durch unsere tonangebenden Politiker begreiflich zu machen, ist schier unmöglich.

Reporter: Herr Minister, wie steht es fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung um die Bekämpfung der „Stasi“?

Schäuble: Ich bin bestimmt kein Neidhammel, aber das ewige Gerede von der so erfolgreichen „Stasi“ ist für einen Innenminister als den Chef all unserer tüchtigen Geheimdienstexperten schon recht beleidigend! Manchmal frage ich mich, ob uns denn trotz intensivster Durchdringung aller wichtigen Strukturen dieses Landes und flächendeckender Beschattung seiner Bürger – von den vielen herrlichen neuen Gesetzen zur Observation einmal abgesehen – tatsächlich niemand zur Kenntnis nehmen will.

Reporter: Vielen Dank, Herr Minister, für dieses erfreulich offene Gespräch. Ich wünsche Ihnen und Ihren Herren, daß Sie genauso große Erfolge erzielen mögen wie die „Stasi“, und daß Ihre Leute stets so ernst genommen und geliebt werden, wie sie es verdienen!

Wolfgang Klages

Wendehals im Birthler-Nest

Der zum antikommunistischen Berufshetzer konvertierte Günter Schabowski – hier bei der Indoktrination eines 18jährigen Schülers am evangelischen Gymnasium Johanneum in Hoyerswerda – hat sich von einem DDR-Karrieristen zu einem BRD-Aufsteiger „qualifiziert“. Pauschal verkaufte er sich an den Klassenfeind. Diese uns von Klaus Horn aus Großdobritzsch eingesandte Aufnahme wurde durch die gleichfalls gewendete „Sächsische Zeitung“ – heute ein übliches Konzernblatt – als bestes Pressefoto 2007 ausgezeichnet. Eines Kommentars bedarf es wohl nicht.

R. F.

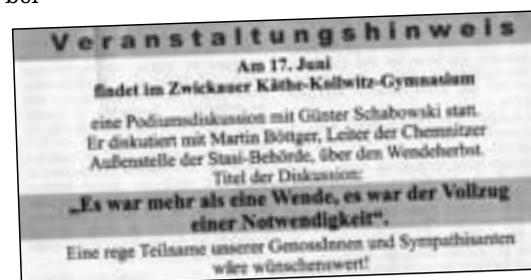


Ohne Scham

Ein Brief des PDL-Genossen Manfred Wulf aus Glauchau

Dummheit, Frechheit und Verrat an der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse – der DDR –, so möchte ich, vorsichtig ausgedrückt, den Inhalt der beigefügten Einladung der PDL zur Podiumsdiskussion mit Günter Schabowski und Birthlers Mann in Chemnitz bezeichnen. Sie hat am 17. Juni (!) in Zwickau stattgefunden. Zu dem mich beleidigenden Papier muß ich sagen: Wer die Konterrevolution als den „Vollzug einer Notwendigkeit“ in der PDL propagiert und dabei sogar noch Sympathisanten überzeugen will, dient dem Klassenfeind, ist ein verachtenswerter Verräter. Diese Parteiführung macht es uns alten Genossen immer schwerer, die Bindung zur PDL aufrechtzuerhalten. In Stellungnahmen von Spitzenfunktionären zum 13. August 1961, zum Schutz der DDR, zur Entwicklung in Kuba – um nur einige ihrer „Bekanntnisse“ anzusprechen – offenbart sich ihre unverhohlene Feindschaft zur revolutionären Arbeiterbewegung. Bestimmte Leute besorgen das Geschäft der Bourgeoisie und rechter Sozialdemokraten, wodurch sie die vielen Opfer des deutschen und internationalen proletarischen Kampfes entehren.

Sie haben sich in der Partei eingenistet und unternehmen alles, um sie von innen zu zersetzen. Wir müssen, so weh es auch



tut, den Finger auf die Wunde legen und die Wahrheit sagen. Ich schäme mich für die Zwickauer Veranstaltung.

Anmerkung der Redaktion
Über die Verfaßtheit von Mitgliedern des Zwickauer PDL-Vorstandes berichtete unlängst Genossin Sandra Ludwig im RF. Einige Leser meldeten daraufhin Skepsis an. Können sie diese angesichts der hier wiedergegebenen Einladung aufrecht erhalten?

Mal in Finnland anfragen?

Ein BRD-Arbeitsgesetzbuch – Vorstellungen, Chancen und Alternativen

Das Arbeitsgesetzbuch (AGB) der DDR, vor mehr als 30 Jahren von der Volkskammer verabschiedet und am 1. Januar 1978 in Kraft getreten, ist vielen seinerzeit Berufstätigen sicher noch in Erinnerung. An der Aussprache über den Entwurf beteiligten sich 5,8 Millionen Bürger. 39 533 Änderungsvorschläge gingen bei der gemeinsamen Kommission des Ministerrats der DDR und des FDGB zur Ausarbeitung des AGB ein. Abschließend wurde der überarbeitete Entwurf auf dem 9. FDGB-Kongreß im Mai 1977 beraten. 90 inhaltliche und 144 redaktionelle Änderungen erfolgten.

Der Kongreß der DDR-Gewerkschaftszentrale stimmte dem so überarbeiteten Entwurf des Gesetzes zu und übergab ihn an die FDGB-Fraktion in der Volkskammer. Diese brachte ihn in Ausübung ihres Rechts auf Gesetzesinitiative ein. Nach Erörterung in den Fraktionen und Ausschüssen wurde das AGB am 16. Juni 1977 einmütig angenommen.

Das AGB bewegt sich hinsichtlich seiner demokratischen Vorbereitung, der öffentlichen Diskussion und gesellschaftlichen Akzeptanz auf einer Linie mit dem DDR-Familiengesetzbuch (1966) und dem Zivilgesetzbuch/Zivilprozeßordnung (1976). Man kann ohne Übertreibung sagen, daß diese Rechtsetzung und Rechtsgestaltung zu den erfolgreichsten Jahren der DDR gehört.

Wenn jetzt das Thema Arbeitsgesetzbuch mit meiner Wortmeldung aus linker Sicht in die politische Debatte gerät, dann hat das mit „Nostalgie“ nichts zu tun. Erstaunlicherweise wurde nämlich von Politikern seit geraumer Zeit das Bedürfnis nach einem Arbeitsgesetzbuch der BRD signalisiert. Unter ihnen befindet sich die CDU-Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auf ihrem Parteitag in Hannover das Thema ansprach. (In Niedersachsen standen gerade Wahlen an.) In seinem Weihnachtsbrief vom 20. Dezember 2007 schrieb Merkmals Generalsekretär Pofalla von 10 Punkten für Deutschland. Punkt 5: das Erfordernis eines Arbeitsgesetzbuches. Der CDU-Parteivorstand übernahm ihn in seine Wiesbadener Erklärung vom 5. Januar 2008 wortgleich. (Auch in Hessen standen damals Wahlen bevor.) In der Hamburger Erklärung des CDU-Präsidiums vom 11. Februar 2008 (in der Hansestadt wurde ebenfalls gewählt) stimmt man Sirenenklänge an: „Jeder Beschäftigte muß auf den ersten Blick erkennen können, welche Rechte und welche Pflichten er hat. Jeder Unternehmer – vor allem im Mittelstand – muß wissen, was bei einer Neueinstellung auf ihn zukommt.“ Da von einem AGB inzwischen nichts mehr zu

hören ist, fragt sich, ob das Ganze nicht nur Wahlkampfretorik war.

Was besagt Punkt 5 des 10-Punkte-Plans der CDU?

„Wir brauchen ein verständliches Arbeitsgesetzbuch, das insbesondere in kleinen und mittelständischen Betrieben Beschäftigung sichert und fördert und das Arbeitsrecht handhabbarer macht. Dabei geht es um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden.“

Widerspruch gibt es nicht in bezug auf ein verständliches Arbeitsgesetzbuch. Das Wort „insbesondere“ hinsichtlich der kleinen und mittelständischen Betriebe soll offenbar den Eindruck erwecken, daß es mit der Handhabung und Verständlichkeit des Arbeitsrechts in Großbetrieben und großen Handelsketten besser bestellt sei. Weit gefehlt, wie die Praxis zeigt.

Was hat aber der „faire Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen“ der Arbeitenden und „den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden“ mit einem Arbeitsgesetzbuch zu tun? Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit sind doch nicht auf Beziehungen zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu reduzieren. Das Anliegen im 10-Punkte-Plan der CDU ist nicht zufällig so formuliert. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die arbeitsrechtlichen Schutzmechanismen per Gesetz weiter abzubauen. Vorgeblich, um Arbeitsplätze schaffen zu können. Auch hier lehrt die Praxis das Gegenteil.

Von diesem Plan, würde er ohne Widerstand vor allem der Gewerkschaften in die Tat umgesetzt, ist nichts Gutes zu erwarten. So traurig es klingt: Lieber mit dem unbefriedigenden, weitgehend vom Richterspruch geprägten Arbeitsrecht weitermachen als unter dem Deckmantel eines neuen Arbeitsgesetzbuches die letzten Reste eines Rechts aufgeben, das dem Namen und der Tradition nach ein Schutzrecht für die Arbeitenden war und ist.

Der Staatssekretär im SPD-geführten Bundesministerium für Arbeit und Soziales Rudolf Anzinger befürwortet das Anliegen einer Kodifikation in einem einheitlichen Gesetz. Allerdings meint er, daß „Arbeitgeber und Gewerkschaften“ die strittigen Punkte zunächst „im sozialen Dialog lösen“ müßten, bevor das Parlament tätig werden könne. Einleuchtend ist indes nicht, warum sich die Regierenden aus ihrer Verantwortung für „ein verständliches Arbeitsgesetzbuch“, das „das Arbeitsrecht handhabbarer macht“, wie es die CDU formulierte, wegstellen wollen. Hat das mit der zuvor geäußerten Vermutung über den restlosen Abbau von Schutzrechten zu tun? Agenda 2010 läßt auch hier grüßen.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen fordert in einem aktuellen Positionspapier: „Das unübersichtliche, durch Richterrecht geprägte deutsche Arbeitsrecht muß durch die Vorlage eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuchs vereinfacht werden, ohne die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzuschränken.“ Allerdings ist anzumerken, daß die rot-grüne Koalition sieben Jahre ungenutzt verstreichen ließ, obwohl die jetzt beklagten Mängel damals schon bestanden. Auch da ging dieser Partei die Agenda 2010 vor.

Die CDU bezieht sich bei ihren Überlegungen auf Arbeiten unter dem Dach der Bertelsmann-Stiftung. Wissenschaftler haben den von ihnen schon 2007 vorgelegten und diskutierten Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes weiterentwickelt, so daß der Schritt zur Verwirklichung des Projekts möglich erscheint. Sie meinen, das sei immerhin ein Anstoß für den Gesetzgeber wie für die „Sozialpartner“, Regelungen zu finden, die eine „Ausgewogenheit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen sicherstellen“. Eine gute Rechtsetzung werde einen erheblichen Einfluß auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung haben.

Angesichts der Bundestagswahlen 2009 ist mit einem Erfolg dieser Initiative in der laufenden Wahlperiode nicht mehr zu rechnen. Nur begonnen werden müßte, auch unter Tätigwerden der Gewerkschaften und im Interesse der Linken, mit zum Ziel führenden Schritten.

Es gibt keinen Zweifel, daß es sich bei der Ausarbeitung eines BRD-Arbeitsgesetzbuches, sollte es überhaupt dazu kommen, durchaus lohnen könnte, einen Blick auf die Art und Weise der Ausarbeitung des AGB der DDR und die Vertiefung in dieses selbst zu wagen. Würde ein für die Erfordernisse der Bundesrepublik wegweisendes Arbeitsgesetzbuch z. B. in Finnland existieren, stünden Studien dortiger Materialien, auch wenn das finnische AGB aus DDR-Erfahrungen Nutzen gezogen haben sollte, nichts im Wege. Das haben wir ja auf dem Gebiet der Schulbildung erlebt.

So steht vorerst in den Sternen, ob es überhaupt zu einem Arbeitsgesetzbuch für die BRD kommen wird. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis dürfen wir nicht die Hoffnung hegen, daß sich die arbeitsrechtliche Situation für die Beschäftigten derzeit auf gesetzlichem Wege zum Besseren wenden läßt. Das muß aber nicht so bleiben. Ein weites Kampffeld für linke Alternativen tut sich auf.

Walter Rudelt

Unser Autor war Vorsitzender des Senats für Arbeitsrechtsfragen des Obersten Gerichts der DDR.

Löckchendreher auf der Glatze

Thorsten Engels Untersuchungen zum „gnostischen Kern“

Ein junger, wenig bekannter Autor sandte mir vor einiger Zeit seinen „Versuch einer Untersuchung zum Totalitarismus“. Ich nenne ihn hier Thorsten Engel.

Er greift auf den Gnostizismus zurück, dessen Lehren vor allem auf einem strengen Dualismus von Gott und Materie, dem Gedanken der Emanation (Sendungsbewußtsein) und einem ausgeprägten Erlösungsglauben beruhen. „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“, ein Grundgedanke der „Internationale“ von Eugène Pottier, ist vor allem zutiefst demokratisch, dabei weit entfernt von jeglichem Gnostizismus.

In den vorliegenden Texten wird das zur „Erlösungsbedürftigkeit der Menschen“; im Marxismus-Leninismus würde lediglich der Begriff „Erlösung“ durch den Begriff „Befreiung“ ersetzt, wodurch das ermittelte „Erlösungsbedürfnis“ scheinbar keinen Schaden nimmt.

Unserem angehenden Politologen ist die Entstehung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung völlig entgangen. Die Aufstände der schlesischen Weber können wohl kaum einer „Erlösungsbewegung“, eher dem Hunger zugeordnet werden. Die treibende Kraft zur Schaffung von Arbeiterbildungs- und -gesangsvereinen hat keinen „gnostischen Kern“, ist nicht von einer „Erlösung“ beseelt. Die Entstehung der Gewerkschaften ist nicht „gnostischen“ Ursprungs, sondern verbunden mit der industriellen Entwicklung, dem enormen Druck auf das Industrieproletariat Mitte des 19. Jahrhunderts. Selbst ein Blutsonntag in St. Petersburg (9. Januar 1905) begann mit großen Zarenbildern auf dem Schloßplatz, ein „Erlösungsbedürfnis“ (vom Zaren) ist hier nicht zu erkennen.

Leider geht Engel seiner unikalen Begriffsschöpfung, die DDR sei eine „souveräne Diktatur“ gewesen, nicht weiter nach; erst mit den Jahren, der „neuen Erfahrung“ wird unsereinem bewußt, was dieser Staat seinen Bürgern „so alles vom Leibe gehalten“ hat: ohne Sextourismus vielleicht etwas trist, ohne AIDS schon besser, keine Telefonwerbung, keine Versicherungsfallen bis hin zum Gammelfleisch, alles, wie sich erweist, entbehrlich. Zwangsläufig erscheint der Begriff „souveräne Diktatur“ da in einem etwas anderen Licht. So gab es deren wirksame Maßnahmen gegen „Kameradschaften“ und diesen, noch in Buchenwald initiierten „verordneten Antifaschismus“. Einem Rentner fällt ein: Auch Arbeit schlechthin war „verordnet“.

Engel ergibt sich vorsichtig den stillen Reizen des von ihm ausdrücklich abgelehnten historischen Materialismus. So entdeckt er „Expansionen“ und Industrieproletariat, unterstreicht unsere Ankunft im Atomzeitalter mit den Worten: „Das gemeinsame Interesse an der Entspannung bestand in der Vermeidung einer direkten militärischen Auseinandersetzung, die den Einsatz von Atomwaffen wahrscheinlich machte.“

Von den zwei Komponenten des „Totalitarismus“ widmet Engel der „roten“ Variante nicht nur mehr Aufmerksamkeit, hier ist er auch kenntnisreicher (Rivalitäten Stalin-Trotzki, Ermordung S. M. Kirows). Zweimal wurde, noch unter Stalin, der Versuch unternommen, diese sogenannten totalen Herrschaftsformen zu überwinden. Einmal am 5. Dezember 1936 mit der Annahme der neuen Verfassung, der eine sechsmonatige öffentliche (gewiß auch gesteuerte) Diskussion über den Entwurf vorausgegangen war. Sie enthält bemerkenswerte Veränderungen, unter ihr wird jedem Sowjetbürger eine Stimme gegeben. Bis dahin hatten alle „Ehemaligen“ (Gutsherren, Generäle, Popen, Kulaken, Fabrikbesitzer u.a.) kein Stimmrecht besessen. Ironischerweise legte diese neue Verfassung exakt die Grenzen der Unionsrepubliken fest, in denen diese 55 Jahre später von ihrem „Selbstbestimmungsrecht“, aus der Union auszuschneiden, Gebrauch machten. Einen zweiten Ansatz gab es drei Monate vor Stalins Tod – eine Art Vermächtnis. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU am 5. Dezember 1952 wird von Stalin persönlich verlangt, unter der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ für Bürgerrechte zu kämpfen. Es wäre oberflächlich, diese Ansätze als „Launen des Tyrannen“ oder bloße Propagandatricks abzutun. Unser junger Forscher geht diesen Marksteinen jedenfalls nicht nach.

Für die braune Komponente des „Totalitarismus“ vermischen wir gründliche Erkenntnisse (etwa die Ermordung Schleichers und Röhm, Strassers und Dollfuss, den Reichstagsbrand, den Leipziger Prozeß gegen Dimitroff, Popoff, Taneff, Torgler und van der Lubbe). Völlig offen bleibt, wie Hitler nach den nicht endenwollenden Beteuerungen seiner Friedensliebe das deutsche Volk in kürzester Zeit auf den Krieg einstimme, vor den Augen der ganzen Welt fieberhaft ausrüstete, als Belohnung dafür noch das Münchener Abkommen über die Vernichtung der Tschechoslowakei einheimste. Statt Hitlers vertrauliche Annäherung an die Militärs, die Großbanken und die bourgeoisen Parteien bloßzulegen, weiß Engel nur vom „Haß der Braunen auf das Bürgertum“ zu berichten; ohne „das Bürgertum“ kein Krieg, keine Welt-herrschaft – das wußten natürlich auch die Hitler und Goebbels. Einfache Tatsachen, die der Autor hätte würdigen müssen.

Die „Expansionsbestrebungen“ (T. E.) des Dritten Reiches und Italiens besaßen nichts Originelles (Erscheinungen, die uns aus Rom, Persien, Spanien, Portugal geläufig sind). Für den Politologen müßte sich hier eigentlich die Frage stellen: Wo ist das Besondere? Die Welt war nach dem I. Weltkrieg aufgeteilt, es konnte also nur eine (gewaltsame) Neuaufteilung – treffend auch Revanche genannt – geben; das wiederum betraf vorrangig Deutschland und Italien, wie der Autor immerhin vermerkt – dies wurde zum Markenzeichen der Achse Rom/Berlin, nicht die mystische

Gnostik. Dem Leser erscheint dieser „braune“ Block des Totalitarismus starr, unbeweglich, monolithisch, ohne innere Dynamik, gar Widersprüche. Dafür wird an Allgemeinplätzen nicht gespart („Gnostischer Kern“, „um die Archonten zu ärgern“, „apokalyptische Sicht“ „objektiver Geist“). Hier liegt das Dilemma: Soll die „Totalitarismus“-Theorie Bestand haben, sind echte Untersuchungen, die den unterschiedlichen Charakter und die innere Dialektik beider Systeme erläutern, zu vermeiden. Als Geburtsurkunde des deutschen Faschismus könnte Hitlers 1923 in der Festung Landsberg verfaßtes Buch „Mein Kampf“ angesehen werden; als Geburtsurkunde des Kommunismus gilt immer noch das 1848/49 in London geschriebene kommunistische Manifest. Der Autor versucht nicht, diesen konträren Dokumenten irgendwelche „gnostischen“ Analogien abzugewinnen, er ignoriert, diesmal total.

Die Kontinuität von der Gründung des Deutschen Kaiserreichs und der Krönung Wilhelm I. im Jahre 1871 zum deutschen Kaiser bis zu dem eingedeutschten „Führer“ Adolf Hitler – der schwarz-weiß-rote Faden deutscher „Eliten“ verfliegt für den Autor hinter den Nebelschaden des „Gnostizismus“. Ihm ist nicht aufgefallen, daß die Hohenzollernprinzen stramme NSDAP-Gefolgsleute wurden, der nach Holland geflüchtete Wilhelm II. dem Führer – seinem einstigen Gefreiten – nach der Kapitulation Frankreichs 1940 ein Glückwunschtelegramm schickte. Bei den mannigfaltigen „gnostischen Erscheinungen“ sind solche ausschlaggebenden Details zum Verständnis des deutschen Faschismus für den Autor unerheblich.

Beflissen wird auch übersehen: Nach Hitlers Ende ist aus der Asche der Reichskanzlei die „deutsche Wirtschaft“ völlig unbeschadet, mit deutschem Fleiß auf die Bildfläche zurückgekehrt. Wenn dennoch irgendwelche „Wirtschaftsführer“ einsaßen, wurden sie umgehend als „Fachkräfte“ für den Wiederaufbau „angefordert“. Nach Stalins Herrschaft war das nicht möglich, unter ihr blieb alles Volksvermögen. Erst der gefeierte „Reformer“ und „Demokrat“ Boris Jelzin schuf, einem Gott gleich, (nicht aus Lehm, sondern aus großen Teilen der „Nomenklatura“) die neue russische Kapitalistenklasse, als diese Herren in Deutschland zeitgleich unversehrt geblieben waren und nach der „Wende“ lediglich ihren „Geschäftsbereich“ – gegen eine kleine Trennungspauschale – ostwärts verlegten.

Ich gestehe, Agnostizist zu sein, weil für mich nicht erkennbar ist, wie Engel ausgerechnet Kandidat der Partei „Die Linke“ zu den Potsdamer Kommunalwahlen werden konnte. Der Agnostizismus ist die Lehre von der Unerkennbarkeit der objektiven Realität. Diagnostik ist die Fähigkeit, Krankheiten zu erkennen, was im Prinzip das Vermögen, Absurdes wahrzunehmen, nicht ausschließt.

Walter Ruge

Der Melkofer Landarbeiterstreik

Eine Klassenschlacht, die dem Gutspächter Angst einjagte

Die im Hochsommer 1921 ausbrechende Streikbewegung im Land Mecklenburg nahm ihren Anfang in Melkof, Altkreis Hagenow. Die Vorgeschichte: Am 21. Juli beriet die Landeslohnkommission in Güstrow, dem Sitz des junkerlichen Landbundes, über Anträge der Landarbeiter. Die Gewerkschaftsbürokratie, an ihrer Spitze der Gauleiter Heinrich Schmidt (SPD), stimmte einem faulen Kompromiß zu, wonach ein Schlichtungsausschuß in Berlin endgültig entscheiden sollte. Dieser verwarf die Anträge der Landarbeiter. Als das bekannt wurde, begann der Streik.

Am 27. Juli traten zunächst dreißig Landarbeiterinnen in den Ausstand, wie gesagt, in Melkof. Und in wenigen Tagen erfaßte der Streik 49 Güter in dem damaligen Amtsbezirk Hagenow. Bis zum 11. August befanden sich dann – nach unvollständigen Meldungen – die Landarbeiter von mindestens 135 Gütern des Freistaates Mecklenburg-Schwerin im Ausstand.

Bald hetzte die zunächst zögernde Landesregierung, vom Landbund stark unter Druck gesetzt, Polizei auf die streikenden Landarbeiter, wenig später rückte

sogar Reichswehr in Mecklenburg ein. Auch nach Melkof kamen die Büttel der Reaktion. Gutspächter Wetzels hatte bereits am 1. und am 3. August von der Regierung telegrafisch „energische Maßnahmen“ gefordert.

Nach dem Eintreffen der Polizei hagelte es Verhaftungen und Kündigungen. Anschließend begannen die Mühlen der Klassenjustiz zu mahlen. In Pritzier verhandelte ein improvisiertes Schnellgericht. Wer Streikbrecher verjagt hatte, mußte 40 Mark Strafe zahlen, wer dabei mit der Faust argumentierte, flog für ein Jahr „ins Loch“. Viele Melkofer wurden gemäßregelt.

Obwohl im Herbst 1923 die revolutionäre Nachkriegskrise zu Ende gegangen war, fanden die Melkofer Landarbeiter und ihre Frauen im Sommer 1924 die Kraft, dem Gutspächter Wetzels in einem vier Monate dauernden Streik Widerstand zu leisten.

Die „Lübtheener Nachrichten“ berichteten am 18. August barmend, mit Verzicht auf

die Schilderung des Ablaufs der Ereignisse: „Melkof. Der Landarbeiterstreik ist auch hier endgültig beendet. Sämtliche Arbeiter sind, trotzdem der Streik schon seit dem 1. Mai bestand, wieder von der Guts-herrschaft angenommen worden. Die Roggenernte ist hier noch nicht unter Dach und Fach; mehrere Fuder Roggen sind durch das anhaltende Regenwetter dem Auswachsen ausgesetzt. Die Folgen des Streiks machen sich in der Landwirtschaft immer mehr fühlbar, was in der jetzigen Zeit sehr bedauerlich

Erziehung der Kinder, sondern vor allem bei der Mühe um die Zusatznahrung aus unseren Hausgärten.

Als Wetzels sah, daß die Streikenden unerschrocken hinter ihren Kollegen standen, nahm er einigen die zwei Morgen Land und die Wiese weg. Bei der Versteigerung fanden sich aber „Stroh-männer“ der Landarbeiter, die den Zuschlag erhielten.

Nun versuchte es Wetzels mit Korruption. Vereinzelt hatte er Glück, aber die Masse blieb fest, zumal nun Zuschüsse in die Streikkasse flossen. Sogar in Ham-

burg hatten Arbeiter gespendet.

Schließlich blieb Wetzels nichts anderes übrig, als Streikbrecher anzufordern. Und bald wirtschafteten auf dem Hof Typen, die die Technische Nothilfe geschickt hatte – zum großen Schaden für Wetzels. Es wurde gestohlen und verkauft, was nicht niet- und nagelfest war, sogar Riemenzeug der Pferdegeschirre.

Mitte August begann der Streik langsam abzubreckeln, weil dessen Leitung nicht mehr die nötige Kraft aufbrachte, Uneinigkeit durch unkorrekte Verteilung der Streikgelder entstand, Herbst und Winter

näher rückten, und weil vor allem der Ausstand von der reaktionären Führung des Deutschen Landarbeiterverbandes als „illegal“ bezeichnet wurde. Nur Kreisleiter Buhr aus Hagenow hatte immer aktiv auf der Seite der Streikenden gestanden, wie auch Dorfschulmeister Becker.

Im September sagte Wetzels beiläufig zu dem Landarbeiter Paul Meyer: „Wenn die Leute ausgehalten hätten, wäre ich kaputtgegangen.“ Das war natürlich nicht das Ziel der Melkofer Landarbeiter gewesen. Und Wetzels wußte, auch im nächsten Jahr wird es wieder Streik geben. Auf jeden Fall sagte er im Herbst dem Paul Duncker, der aus Hamburg kam und um Arbeit nachsuchte: „Machen sie keinen Streik mit den anderen, sonst nehme ich sie gar nicht erst an.“

Doch niemand wußte in jener kapitalistischen Welt, was im nächsten Jahr auf ihn zukommen würde. Wissen wir das heute? Kapitalismus herrscht wieder bei uns, und dessen Kriege drohen ständig.



Landarbeiterbehausung für zwei Familien in Melkof

ist, da jedes gewachsene Körnchen für die Volksernährung dringend benötigt wird.“ Ja, ja – das ewig alte Lied, freilich der bürgerlichen Presse: Die Arbeiter sind schuld.

Was war geschehen?

Auch Gutspächter Wetzels wußte, kommt die Ernte, kommt der alljährliche Ausstand. Also heißt es vorbeugen, weg mit den Organisatoren des Streiks. Und so entließ er Ende April sechs Landarbeiter. Das machte die Melkofer Gutsarbeiter nicht verlegen: Am Kampftag der Werktätigen, am 1. Mai, wurde der Ausstand beschlossen.

Wetzels ließ nun die Öffentlichkeit wissen, er habe deshalb den sechs gekündigt, weil sie nicht bereit gewesen seien, ihre Frauen zu Hofe zu schicken, immer dann, wenn er es anordne. Dem hatten die Landarbeiter entgegenzuhalten: Erstens, der Tarifvertrag umfaßt keine derartige Verpflichtung. Zweitens, unsere Lebenslage ist derart, daß wir auf die Arbeit der Frauen im Haushalt angewiesen sind, nicht nur bei der

Verfassungsbrecher obenauf

Hat Lothar de Maizière 1990 Hochverrat begangen?

In der FAZ vom 16. März fand ich ein Interview mit Lothar de Maizière. Der wollte den 18. März zum „Tag der Demokratie“ erklären, da an ihm 1990 die „ersten und einzigen freien Wahlen“ in der DDR stattgefunden hätten. Mit „Demokratie“ meint er natürlich die Diktatur der Großbourgeoisie.

Die „freien Wahlen“ waren von westdeutschen Politikern, deren Verlautbarungen durch die weitgehend umgedrehten Medien der DDR und westliche Stationen sofort verbreitet wurden, bei Duldung der damals in Berlin Regierenden manipuliert worden. Das war leicht, weil in der DDR des Winters 1989/90 niemand mehr ein Konzept besaß. De Maizière bezeichnete die März-Wahlen als „ein Plebiszit für die Einheit, für den Rechtsstaat und für eine föderale Republik“. Damit versuchte er über seinen eigenen Rechtsbruch hinwegzutäuschen, der DDR-Bevölkerung den in ihrer sozialistischen Verfassung ausdrücklich vorgesehenen Volksentscheid über diese Frage vorzuenthalten. Mit dem „Beitritt“ der DDR zur BRD unterwarf die rechtsgerichtete und kohlhörige Regierung de Maizière, die mit der DDR nur noch formal zu tun hatte, das Volk des zweiten deutschen Staates und dessen gesamtes Vermögen ohne jede Entschädigung der Herrschaftsclique des westdeutschen Großkapitals. Bei einer tatsächlichen Vereinigung beider Seiten hätte Wesentliches aus der DDR übernommen oder gemeinsam etwas Neues geschaffen werden müssen. De Maizière und sein Kumpan Krause haben uns durch Rechtsbruch dem bundesdeutschen „Rechtsstaat“ in den Rachen geworfen. Sie nahmen uns die aus der DDR gewohnte Rechtssicherheit. Das durch Bruch der Verfassung zu tun war ein Staatsstreich, war im strafrechtlichen Sinne Hochverrat.

Der Föderalismus ist sachlich durch nichts gerechtfertigt; er dient lediglich der Verschleierung der ungeteilten Herrschaft der Oligarchie des Großkapitals, indem er es ermöglicht, die Kompetenz für Entscheidungen hin- und herzuschieben, um diese hinauszuzögern. Adenauer hatte das Prinzip bei der Spaltung Deutschlands damit begründet, er könne das Kräfteverhältnis in den Westzonen noch nicht einschätzen und wolle sich mit der zwischen Bund und Ländern „konkurrierenden“ Gesetzgebungskompetenz die Möglichkeit offenhalten, die eine oder andere Variante für die Durchsetzung seiner Politik zu nutzen. Ein jüngstes Beispiel: Bei der Kampagne für das Rauchverbot fiel Frau Merkel, als es nicht mehr zu umgehen und die Interessen der Tabakindustrie nicht mehr wie bisher zu schützen waren, ziemlich spät ein, daß ja diese Frage in die Kompetenz der Länder falle. Der Föderalismus ist also ein Fluchtweg.

Mit seinem Staatsstreich hat de Maizière das Volk der DDR entschädigungslos enteignet. Damit brach er Art. 16 der DDR-Verfassung, der Enteignungen nur auf Grund von Gesetzen und gegen Entschädigung erlaubte. Allein westdeutsche Ökonomen haben sich damals im Fernsehen den Kopf darüber zerbrochen, wie die DDR-Bürger wohl entschädigt werden könnten, nicht aber die angeblich so demokratische Regierung der Kohl-Kollaborateure.

Die Stimmung war 1990 so, daß am Ja einer Mehrheit zur „Vereinigung“ kein Zweifel bestehen konnte, selbst wenn die „letzte DDR-Regierung“ uns schon zu jener Zeit einiges von dem verraten hätte, was den DDR-Bürgern mit dem Anschluß blühte. Warum also dennoch kein Referendum? Offenbar aus Rücksicht auf Befehle aus Bonn. Wie hätte es auf die Weltöffentlichkeit gewirkt, wenn sich zwei deutsche Staaten vereinigen, von denen der eine – als angeblicher Unrechtsstaat verschrien – sein Volk darüber durch Plebiszit entscheiden ließe, während der andere – als Hort der Demokratie apostrophiert – gerade dieses Recht seiner Bevölkerung vorenthielt?

Auch das Bonner Grundgesetz wurde eklatant gebrochen: Es sah für den Fall einer Vereinigung Deutschlands ausdrücklich die Annahme einer Verfassung durch das deutsche Volk vor! „Die Leute interessierte viel mehr, ob sie Arbeit, eine Wohnung und etwas zu essen hätten“, meint de Maizière dazu. Das aber war ja in der DDR garantiert. Die Grund- oder Menschenrechte auf Arbeit, Wohnung usw. gehörten zu den verbrieften Ansprüchen der sozialistischen Verfassung. Niemand mußte hungern oder betteln. Aber gerade die sozialen Menschenrechte werden durch die BRD nicht anerkannt, obwohl sie von der UNO beschlossen worden sind!

De Maizière bezeichnet den Bonner Verfassungsersatz als „hochmodernes, kluges Gesetz“. Interessant ist, daß er das Grundgesetz dem Urteil der Mode unterwirft. „Klug“ ist es offenbar deshalb, weil „es“ aus der Weimarer Verfassung gelernt hat, die dem Volk unter dem Eindruck der Revolution wichtige demokratische Rechte gewährt hatte. Es wurde bei hermetischer Abschirmung durch US-Bajonette von einer kleinen Expertengruppe unter Federführung des Nazioffiziers Schmid ausgearbeitet. Über die 1949 in Kraft getretene erste Verfassung der DDR hingegen diskutierte man bereits zwei Jahre vor ihrem Wirksamwerden in aller Öffentlichkeit. So hatte Justizminister Kinkel allen Grund, die Delegitimierung der DDR zu fordern, besitzt doch die BRD bis heute keine demokratische Legitimation!

An einen solchen „Rechtsstaat“ hat uns de Maizière verkauft!

Dazu waren zahlreiche Kabinettsvorlagen, Verordnungen und Gesetze in verdächtig kurzer Zeit zu verfassen. Diese konnten nicht demokratisch erarbeitet, geprüft und entschieden worden sein. Sie alle basierten auf den jahrzehntelangen Vorbereitungen für den „Tag X“, bei der genügend Erfahrungen für notwendige Schritte zur konterrevolutionären Vernichtung der DDR gesammelt worden waren. Die Regierung de Maizière handelte im Auftrag einer ausländischen Macht, was ebenfalls als Hochverrat zu werten ist.

Damals verunglimpfte der Regierungschef von Kohls Gnaden die DDR, indem er behauptete, deren Schulden beliefen sich auf Hunderte Milliarden Mark. Tatsächlich handelte es sich ganz überwiegend um Umlaufmittelkredite, die den Betrieben statt eigener Finanzen zur Verfügung gestellt worden waren. Sie verwandelten sich erst in Schulden, als die Bonner Regierung sie nach der „Vereinigung“ verselbständigt an Geschäftsbanken verkaufen ließ, die nach weiteren Maßnahmen wie der Kündigung sämtlicher Außenwirtschaftsverträge, besonders der Verrechnungsabkommen mit anderen Staaten, die zuvor volkseigenen Betriebe damit auf einen Schlag ruinieren konnten. Sie wurden dann durch die berüchtigte „Treuhand“ unter Oberaufsicht von Finanz-Staatssekretär Horst Köhler zu symbolischen „Preisen“ verschleudert. Dabei führte man immer der „Privatisierung von Volkseigentum der DDR“ das Wort, obwohl es ja inzwischen weder die DDR noch ihr Volkseigentum gab. Das geschah vermutlich mit Rücksicht auf Westdeutsche, die wohl nicht so ruhig geblieben wären, hätte man das Eigentum ihres Staates auf solche Weise veruntreut. So wurde die Konterrevolution auch ökonomisch vollendet.

Übrigens: Der der BRD durch die Wegwerfpolitik der „Treuhand“ entstandene Schaden beläuft sich auf fast zwei Billionen DM, etwa den Betrag, der heute in Finanzminister Steinbrücks Kasse fehlt und für den die Steuerzahler nun auch noch Kreditzinsen zahlen müssen. Und da behaupten manche, Bundes-Deutschland müsse nun die „faulen Osis“ miternähren. Ausgerechnet Herr de Maizière hat die DDR mit den Worten verabschiedet: „Sie nannte sich demokratisch, ohne es zu sein.“ Das liefert die Begründung für einen sogenannten Tag der Demokratie, den die ärgsten Feinde der Demokratie gerne durchboxen möchten.

Gerhard Wenzel

„Wessen sollten wir uns rühmen ...?“

Das Bestreiten der Verdienste der NVA gilt als modisch

Wie verhielt es sich mit der NVA ab Ende 1989?“ wurde in der „RotFuchs“-Ausgabe Nr. 123 gefragt. Dieter Meusel erhielt die Möglichkeit, auf einen kritischen Leserbrief zu antworten. Seine Erwiderung war ausführlich, belegt mit Zahlen und anderen Fakten. Bringe ich seine Argumente auf einen Nenner, fällt mir Brecht ein: „Sie gaben uns Zettel zum Wählen, wir gaben die Waffen her; sie gaben uns ein Versprechen, und wir gaben unser Gewehr.“ Diese Zeilen stammen aus dem „Lied vom Klassenkampf“. Brecht schrieb es vor 75 Jahren.

Nach meiner Auffassung führt eine Diskussion um „Überläufer“ an den eigentlichen Problemen vorbei. Dazu zähle ich vor allem die Frage nach der Konterrevolution in der NVA! Lesen wir, wie Gesellschaftswissenschaftler, die vor zwei Jahrzehnten noch Uniform trugen, das letzte Jahr der NVA beschreiben. Es habe sich ein „innerer Wandlungsprozess“, eine „Revolution“, eine „demokratische Erneuerung“ vollzogen. Das wäre vor allem deshalb möglich geworden, weil sich die NVA „von der SED löste“, die Politorgane liquidierte und die SED-Parteioorganisationen eliminierte. „Reformorientierte, basisdemokratische Kräfte“ an wissenschaftlichen Einrichtungen der Armee, auch in Truppenteilen, hätten mächtig „Druck ausgeübt“. „Konservative Führungskräfte“ seien isoliert worden. Ein neues Verhältnis Armee – Volk sei entstanden. Schließlich wären „überkommene Feindbilder abgelegt“ und Voraussetzungen für eine „gewisse Kooperation mit der Bundeswehr“ geschaffen worden. Am Ende habe sich die NVA „geordnet und demokratisch orientiert in die Vereinigung Deutschlands eingebracht“.

Militärhistoriker, die 1987 die Geschichte der NVA „Armee für Frieden und Sozialismus“ in zweiter Auflage besorgten, fordern, „die Geschichte der NVA von Grund auf neu zu erforschen und darzustellen“. Zum modischen Abschwören gehört, der Bundeswehr-Geschichtsschreibung über die NVA „unangefochtene Kompetenz“ zu bescheinigen. Zur Erinnerung, das ist jene Feindbild-Produktion, die, wie erst jüngst wieder zu lesen, die NVA als eine „tragende Säule des SED-Unrechtsstaates“, als „totale Institution“, als „Treibhaus, in dem der Charakter des Menschen verändert werden sollte“, verteufelt.

In einer Zeit, in der ein Kriegerdenkmal für gefallene Bundeswehrsoldaten geplant wird, ist die Erinnerung an eine deutsche Friedensarmee, an eine Alternative, eine Gefahr. Deshalb muß das Bild der NVA entstellt, verfälscht, geschwärzt werden. Die Darstellung des letzten Jahres der NVA scheint dafür besonders geeignet. Es werden Nebelgranaten verschossen, um Entscheidendes zu verbergen. Ereignisse und Akteure werden verklärt.

Offensichtliche konterrevolutionäre Einflüsse werden unter den Teppich gekehrt oder als „basisdemokratisch“ deklariert. Man denke

nur an die Aktivitäten der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“ im Zusammenhang mit der Standort-Meuterei in Beelitz am Neujahrstag 1990. Die politische Signalwirkung war verheerend, da sich die Armeeführung inzwischen als erpreßbar erwies. Noch steht eine Analyse der abgebrochenen Militärreform sowie des widersprüchlichen Charakters der Soldatenunruhen im Januar und Februar 1990 aus. Tatsache ist und bleibt jedoch, daß sich die NVA in ihrem letzten Jahr in einer ausweglosen Situation befand. Das entsprach der tiefen Krise der DDR und der europäischen sozialistischen Staaten. Eine Armee, die nie einen Krieg führte, aber Krieg verhindern half, mußte bedingungslos kapitulieren. Das ist historisch ohne Beispiel. Nichts wurde in die „deutsche Einheit eingebracht“. Die Mitsieger im kalten Krieg verfuhrten mit der NVA, wie es die großbürgerliche FAZ am 25. Juli 1990 formulierte: „Auflösen – ohne Rest“.

Ein stellvertretender DDR-Verteidigungsminister stellte 1997 in einem Zeitungsinterview rückblickend fest: „Wir hätten nicht so naiv sein dürfen, unsere Waffen, ohne Bedingungen zu stellen, abzugeben.“ Das Adjektiv „naiv“ verdeutlicht ein Ergebnis der jahrelangen geistigen Entwaffnung, die der materiellen Entwaffnung vorausging. Die Konterrevolution bedurfte des Revisionismus, um erfolgreich zu sein. Dazu gehörte der Verlust der Erkenntnis, daß friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Kampf um Abrüstung erbitterter Klassenkampf sind. Gorbatschows Verrat und das SPD-SED-Papier, das dem Imperialismus Friedensfähigkeit bescheinigte, hatten verheerende Auswirkungen. Ein Verfechter dieses „neuen Denkens“ in der NVA schreibt, daß das Papier „wesentlich dazu beitrug, die Machtstrukturen aufzuweichen und zu destabilisieren“. Wir erfahren, daß „das Denken in Feindbildern immer mehr in Widerspruch (geriet) zu dem sachlichen und freundlichen Umgang mit dem Friedensdenken, das aus dem Westen und von anderen weltanschaulichen Positionen kam“.

Mit dem Revisionismus in militärpolitischen Grundfragen wurden der Konterrevolution in der NVA weitere „Schneisen geschlagen“. Im revisionistischen Selbstverständnis heißt es: „Die sogenannte marxistisch-leninistische Auffassung von Krieg und von den Streitkräften wurde ersetzt durch zeitgemäße Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte.“ „Zeitgemäß“ war, den Zusammenhang von Sozialismus und Frieden sowie Imperialismus und Krieg in Abrede zu stellen. Aus der Systemauseinandersetzung wurde ein Kampf zwischen Kräften des Friedens und des Krieges, zwischen „Tauben“ und „Falken“ in beiden Systemen. Daraus abgeleitete Überlegungen für eine Strategie der gemeinsamen Sicherheit trafen sich mit Brandts und Bahrs „Konterrevolution in Filzlatzchen“. Der Voll-

ständigkeit halber sei erwähnt, daß dieser Revisionismus anlässlich des 40. Jahrestages der DDR mit der Verleihung des Nationalpreises an drei Wissenschaftler der NVA gewürdigt wurde.

Eine paradoxe Situation war entstanden. Die Desorientierung wurde ebenso kräftig genährt wie illusionäre Vorstellungen vom Erhalt einer „reformierten“ NVA. Man möchte meinen, daß spätestens seit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, mit der die lange Friedensperiode in Europa ihr Ende fand, die Verfechter der These von der Friedensfähigkeit des Imperialismus ihre damaligen Illusionen als solche anerkennen. Das Gegenteil ist der Fall. Variantenreich wird dieser Revisionismus für den Antistalinismus genutzt, dem Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung. Zwei Beispiele. Es wird behauptet, daß die Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen keine marxistische Auffassung, sondern eine „stalinistische Schöpfung“ sei, die eine „Rechtfertigungsfunktion für die sowjetische Militärpolitik“ erfüllte. Geht es noch tiefer in den Sumpf? Ja, es ist möglich! Anlässlich des 50. Jahrestages der NVA war von einem General a. D. der NVA zu hören, daß wir einer Militärkoalition angehörten, „in der das Friedensstreben aller Beteiligten zugleich von den Machtinteressen der Sowjetunion beschnitten war“.

Die hier nur angedeuteten Probleme im letzten Jahr der NVA sind Bestandteil der sich weiter verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung um die historische Leistung der DDR und ihrer Streitkräfte. Alle, die keine geistige Fahnenflucht begingen, oder dem „Zeitgeist“, dem Geist auf Zeit, erlagen, haben gute Gründe, sich selbstbewußt zur NVA-Geschichte zu bekennen und damit auch der Auseinandersetzung zu stellen. Vor Jahren war im „RotFuchs“ das klassische Bekenntnis von Peter Hacks zu lesen: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?!“ Fügen wir hinzu: ... und ihrer Nationalen Volksarmee!

Oberst a. D. Dr. Dieter Hillebrenner

Die Ortsgruppe Prora der Volkssolidarität und die Mitglieder der RF-Regionalgruppe Nördliches Vorpommern auf Rügen führen am **2. September um 15 Uhr** gemeinsam die Veranstaltung

„Bernhardt Quandt – ein Urgestein“ durch.

Es spricht Dr. Norbert Podewin im Club der Volkssolidarität Prora, Poststraße.

Anknüpfen an Götz Dieckmann

Über Schrumpfen und Wachstum der Arbeiterklasse

In seinem Artikel „Verschwindet die Arbeiterklasse?“ (RF-Aprilausgabe) beschäftigt sich Götz Dieckmann mit einer der zentralen Fragen unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Dieser Beitrag regt zur Debatte an.

Blättern wir in antisozialistischen Verlautbarungen der Kapitaleigner, ihrer Verbände und Medien, dann stoßen wir auf die stereotype Behauptung, die Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf sei eine antiquierte Ideologie von Ewiggestrigen, da die angeblich soziale Marktwirtschaft zur gesellschaftlichen Harmonie und zum Aufschwung für alle führe.

Ging es, wie Götz Dieckmann schreibt, der Treuhandanstalt und ihren Auftraggebern im Prozeß der Konterrevolution zur Liquidierung der DDR auch darum, der deutschen Arbeiterklasse möglichst für immer das Rückgrat zu brechen, so wird diese Zielsetzung gegenwärtig in neuen Dimensionen und variantenreich fortgesetzt. Nach dem Motto „Teile und herrsche!“ werden kämpferische Gewerkschaften wie die der Lokführer systematisch an den Pranger gestellt und die Struktur der Lohnabhängigen gezielt zersplittert. In ein und demselben Betrieb trifft man auf Beschäftigte mit unbefristeten oder mit stark eingeschränkten Arbeitsverträgen, Leiharbeiter mit geringeren Löhnen, Mini-Jobber und „Aufstocker“, Ein-Euro-Jobber und Arbeitslose in Qualifikationslehrgängen gelten nicht als arbeitslos, obwohl sie es de facto sind. Mit den verschiedensten Tricks wird die nach wie vor existente Massenarbeitslosigkeit wegetuschelt, damit möglichst viele von ihr Betroffene aus der Sta-

tistik verschwinden. Das Kalkül: Je mehr Aufspaltung es gibt, desto wirksamer wird die Kampfkraft der Arbeitenden untergraben, desto stärker sprudeln die Profite durch den „Klassenkampf von oben“. Dazu gehört auch die von Medien im Dienste des Kapitals in großem Stil betriebene moralische Diffamierung der Arbeiterklasse. So ist von Prolis, vom Prekariat, von Unterschichten und ab und an, besonders bei Hartz-IV-Empfängern, auch von Sozialschmarotzern die Rede, obwohl diese in Wahrheit unter hochdotierten Profitspekulanten der Banken und Eignern wie Managern der Konzerne zu suchen sind. Bankrotte Geldinstitute werden aus Steuergeldern künstlich über Wasser gehalten.

Das Zusammenstehen der Arbeiter und ihrer Verbündeten im Kampf für existenzsichernde Löhne ist unter diesen Bedingungen aktuell und perspektivisch oberstes Gebot.

Götz Dieckmann konstatiert, daß die Industriearbeiterschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern zahlenmäßig schrumpft. Natürlich spielt dabei vor allem die rasante Automatisierung, die ganze Wirtschaftszweige erfaßt, eine Rolle. Andererseits aber tragen gerade auch die „digitale Revolution“ und mit ihr verbundene wissenschaftliche, technologische und soziale Umwälzungen zum Anwachsen der Zahl der Lohn- und Gehaltsabhängigen in völlig neuen Bereichen bei. So nimmt die Zahl von Informatik- und Kommunikationsarbeitern stark zu. Call-Center haben Konjunktur, industriemäßige Methoden steigern die Produktivität in der Landwirtschaft und im Transportwesen auf früher unvorstellbare Weise. Zudem stehen erhebliche Teile der sogenannten Mittelschichten-

im Unterschied zu Konzernen und Kartellen – vor sie erdrückenden ökonomischen Schwierigkeiten, die häufig zur Proletarisierung der Betroffenen führen. In jüngster Zeit soll sich diese Bevölkerungsgruppe nach statistischen Angaben um etwa 8 Prozent verringert haben. Unsicherheit greift um sich. Ein selbständiger Handwerksmeister, dessen Rechnungen nur schleppend oder gar nicht beglichen werden, muß nicht nur seine Gesellen entlassen, sondern sich auch selbst nach seiner Insolvenz um einen Arbeitsplatz bemühen.

Ein Aspekt der Analyse der Arbeiterklasse unserer Zeit ist aber von besonderer Bedeutung: die Notwendigkeit ihres stärkeren internationalen Zusammenwirkens, um den negativen Auswirkungen der massiven Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer begegnen zu können. Die Ausbeuterklasse ist länderübergreifend in der kapitalistischen Welt bestens organisiert. Ihre Institutionen setzen dabei differenziert zugeschnittene militärische, ökonomische und soziale Strategien um. Wird der ständig wachsenden Verflechtung trans- und multinationaler Konzerne und sie abschirmender Regierungseinrichtungen nicht die solidarische internationale Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bedeutend wirksamer als bisher entgegengesetzt, dann ist eine humanitäre Katastrophe unabwendbar. Allein die Klimakrise verlangt den Einsatz aller gesellschaftlichen Ressourcen. Die Arbeiterklasse bleibt auch unter den veränderten Bedingungen weiterhin die gesellschaftliche Haupttriebkraft. Mehr denn je gilt die Losung des kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Prof. Dr. Harry Milke

Ein Trugschluß

Auch vergegenständlichte Arbeit ist ein Ergebnis der Ausbeutung

Auch ich möchte ein paar Bemerkungen zu Götz Dieckmanns „RotFuchs“-Artikel (April-Ausgabe) machen.

Der in Europa gängige Begriff Arbeiterklasse ist weitgehend mit Industrieproletariat identisch. Darauf beruht auch die irri-ge Vorstellung, durch die technologische Entwicklung neuer Produktionsformen habe sich der Begriff der Arbeiterklasse überholt.

Ja, neue Technologien verdrängen scheinbar die menschliche Arbeitskraft und schaffen ein Heer unter kapitalistischen Bedingungen „Unnötiger“. Doch dabei wird übersehen, daß die neuen automatisierten Produktionsanlagen ebenfalls das Produkt menschlicher Arbeit in ihren physischen und geistigen Dimensionen sind.

Marx sprach von dem Beitrag „toter Arbeit“ – Verschleiß – zur Gesamtheit des geschaffenen

Wertes, des Produkts. Heutige Erfahrungen – 160 Jahre später – lassen den Schluß zu, daß dieser Anteil der Vergangenheit weit gewichtiger ist als häufig angenommen, handelt es sich doch um das schöpferische Element des menschlichen Genius.

Wenn der Überwert – der Profit – allein das Ergebnis durch den Kapitalisten angeeigneter Arbeitskraft wäre, dann hätte es für ihn keinen Sinn, Arbeit einsparende Maschinen zu installieren. Er tut es nur, weil er begreift, daß Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsvorgangs seinen Profit erhöhen – nicht nur, weil mehr (und billiger) produziert wird, was seine Konkurrenzfähigkeit steigert.

In Wirklichkeit ist der erhöhte Profit nur möglich, weil der Kapitalist mit dem konstanten Teil seines Kapitals ebenfalls einen

Arbeitsbeitrag ersteht, der in der Vergangenheit erbracht wurde. Es handelt sich daher um einen sozio-historischen Anteil an der Produktion. Wer zahlte z. B. Renditen an Sir Isaac Newton, an René Descartes, an Leibniz oder Lavoisier, deren Erfindungen die Industrialisierung überhaupt erst ermöglichten? Die unbezahlte Ausbeutung des Wissensarsenals der menschlichen Gesellschaft, die zur Grundlage der Industrialisierung wurde, hat unvorstellbare Ausmaße angenommen und ist weiterhin eine Hauptbasis kapitalistischer Profite.

Schöpferische menschliche Arbeitskraft ist im 21. Jahrhundert nicht überholt – sie ist mehr denn je die Voraussetzung für die Expansion und Profitabilität des uneingeschränkten Kapitalismus.

Dr. Vera Butler, Melbourne

CDU-Lügenbolde

Wo verlief die Grenze zwischen DDR und BRD auf der Elbe?

Auf der 87. Kabinettsitzung, die am 6. November 1974 in Bonn stattfand, wurde außerhalb der Tagesordnung über die Verhandlungen der Grenzkommission, die mit dem Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten gebildet worden war, zum „Problembereich Elbe“ vom damaligen Bundesinnenminister Maihofer berichtet. An der Erörterung nahmen außer ihm die Bundesminister Franke, Bahr und Ravens sowie Staatssekretär Jung teil. Es wurde Übereinstimmung erzielt, den Oppositionsführer im Bundestag, die Koalitionsfraktionen im Bundestag und im niedersächsischen Landtag sowie die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates „nunmehr über die Problematik und den Verhandlungsstand“ zu unterrichten, hieß es im Protokoll. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt stellte u.a. fest, daß „hierfür die dringend notwendige Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit“ unter Federführung des Bundesministers des Innern vorzunehmen ist.

Worum ging es? Die Bundesminister Maihofer und Franke legten zu den „Verhandlungen der Grenzkommission über den Verlauf der Grenze zur DDR im Elbabschnitt von Schnakenburg bis Lauenburg“ einen Bericht vor. Darin wurde von beiden die tatsächliche Rechtslage erläutert, die darin bestand, daß die britische Besatzungsmacht im Jahre 1945 „das ostwärts der Elbe gelegene Gebiet des Amtes Neuhaus an die Sowjets abgetreten“ hatte. Im Jahre 1953 wurden dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer die Kartenunterlagen „zum britischen Memorandum übergeben ..., in denen die Grenze

durchgehend in der Mitte des Stromes eingezeichnet war“. Die britische Besatzungsmacht hielt auch in den 60er Jahren trotz der „damaligen uneingeschränkten Konfrontation mit der DDR“ am Grenzverlauf in der Mitte der Elbe fest.

Seitens der Bundesregierung sei versucht worden, „eine rechtliche Untermauerung für die in der Bevölkerung weitverbreitete Auffassung vom Grenzverlauf am Ostufer der Elbe oder doch an der Streichlinie der östlichen Bühnenköpfe zu erreichen“. „Da die Feststellung eines anderen Grenzverlaufs rechtlich nicht vertretbar“ sei, müsse einem entsprechenden Protokollvermerk der Grenzkommission über einen Grenzverlauf in der Mitte des Stromes zugestimmt werden.

Es komme nun darauf an, die Bundestagsabgeordneten, die Korrespondenten, die ortsansässige Bevölkerung, den Bundesgrenzschutz, den Zoll und die Hamburgische Wasserschutzpolizei darüber zu informieren, daß die Staatsgrenze BRD/DDR tatsächlich und rechtlich gestützt in der Mitte der Elbe verläuft! Daraus folgt u.a., daß sich „die Hoheitsfahrzeuge der DDR auf der Elbe nicht ohne Rechtsgrundlage bewegen“.

Am 13. November 1974 fand ein Gespräch des Bundesministers Maihofer und des Staatssekretärs Schmude sowie weiterer Beamter mit den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Carstens, Stücklen, Marx und Schröder (Lüneburg) statt. Nach Meinung von Ministerialdirigent Pagel herrschte dabei „eine ausgesprochen unangenehme Atmosphäre“. In einer Mitteilung Pagels vom 14. November hieß es: „In Unkenntnis der tatsächlichen Rechtslage sei die Oppositi-

onsführung kaum für Argumente zugänglich gewesen und habe abschließend zum Ausdruck gebracht, daß sie ‚mit oder ohne Einsichtnahme in die alliierten Dokumente‘ das Thema im Bundestag aufzugreifen gedenke.“

Wenn man in Betracht zieht, daß bis zu dem als Beitritt deklarierten Anschluß der DDR an die BRD und auch noch heute davon ausgegangen wird (z. B. in den berüchtigten „Grenzmuseen“), daß die Staatsgrenze BRD/DDR in der Elbe am DDR-seitigen Ufer bzw. der Streichlinie verlief, dann bestätigt das oben zitierte Dokument nachträglich die Korrektheit des Rechtsstandpunkts der DDR.

„Der Spiegel“ vom 25. März 1985 veröffentlichte unter dem nichtssagenden Titel „Malerische Versuche“ eine Stellungnahme zum Gutachten Prof. Dieter Schröders, welches auf den britischen Originaldokumenten beruhte. Von einem Journalisten der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wurde Schröder bescheinigt, daß er „möglicherweise juristisch zutreffend“ argumentiere, es ihm aber an „Patriotismus“ fehle.

Was wurde denn damals in Bonn unter mangelndem Patriotismus verstanden? Wie konnte bloß ein namhafter bundesdeutscher Jurist den Rechtsstandpunkt der DDR unterstützen! Die Hiebe gegen Schröder waren sicherlich eine Vorwegnahme der Kinkelschen Delegitimierungsstrategie. In alter Form nannte sich das „uneingeschränkte Konfrontation mit der DDR“!

Dr. Klaus Emmerich, Kassel

Brandenburger Blamage

Wie Rechtsaußen Schönbohm ein Selbsttor schoß

Am 23. Juni veröffentlichte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm – einer der Rambos des rechtsextremen CDU-Flügels – in der „Märkischen Oder-Zeitung“ einen von antikommunistischem Haß triefenden Artikel unter der Überschrift „Noch immer zwei Gesellschaften“. Darin konstatierte der ehemalige Bundeswehrgeneral, im Osten bestünden noch immer zwei Gesellschaften, viele Eltern übermittelten ihren Kindern nur die guten Seiten der DDR und lehnten die Marktwirtschaft ab; Straßen und Plätze seien bis heute nach Kommunisten benannt, und 40 Jahre Indoktrination wirkten nach wie vor, zumal „bürgerliche Eliten“ in der DDR gefehlt hätten. Der Minister, der eine „Änderung“ für notwendig hält, hatte mit Beifall und öffentlicher Zustimmung gerechnet. Das Gegenteil

war der Fall. In ihrer Ausgabe vom 28./29. Juni sah sich die MOZ gezwungen, gleich 14 Zuschriften empörter Leser über Schönbohms Ergüsse zu drucken – ohne eine einzige zustimmende Äußerung vorweisen zu können:

„Ich erlaube Innenminister Schönbohm nicht, so einfach über mein Leben und das meiner Familie anhand angelesener, aber nicht erlebter DDR-Wirklichkeit zu urteilen. ... Bis zur Wende hatten wir ein gutes, erfülltes Arbeits- und Familienleben, und das lasse ich mir nicht schlechtreden“, schrieb Helga Pickart aus Alt Golm.

Sabine Fuchs aus Frankfurt (Oder) stellte fest: „Die DDR war zwar ein ‚armes Land‘, aber für die Bildung der Kinder hat sie bis zuletzt sehr viel mehr getan, als sie sich eigentlich leisten konnte, und zwar von Geburt an.“



„Herr Schönbohm beklagt das Fehlen bürgerlicher Eliten im Osten – meint er damit solche Eliten wie Herrn Ackermann, Herrn Zumwinkel und andere, die nur danach trachteten, ihr eigenes Ränzchen zu füllen?“, fragte Christine Skehr aus Landin.

„Aber eines erwähnt dieser Innenminister nicht. Die Menschen in Ostdeutschland werden wie Bürger zweiter Klasse behandelt“, hieß es im Brief Peter Klaproths aus Schwedt. Und Gerhard van de Sand aus Werneuchen faßte zusammen: „Mit großer Genugtuung und völlig unverklärt sei daran erinnert, daß bei allen kritikwürdigen Unzulänglichkeiten in der DDR den einfachen Leuten eine ‚bürgerliche Elite‘ vom Schlege des Herrn Schönbohm erspart geblieben war.“ B.W. / R.F.

Wir fühlten uns wie in der DDR

Dänische Antifaschisten zu Besuch im VVN-Ferienheim Heideruh

Wenn man sich in der Lüneburger Nordheide befindet, gelangt man unweit des Städtchens Buchholz nach Seppersen, wo das „Wohn- und Ferienheim Heideruh“ liegt. Es ist keine gewöhnliche Einrichtung dieser Art. Schon das Motto des Hauses „Daß niemals geschehe, was gestern geschah“ sagt aus, daß hier gestandene Antifaschisten ihr Zuhause haben. Der unter Linken bekannte Fritz Bringmann ist einer der Gründer von Heideruh. Er wurde 1945 aus dem KZ Neuengamme befreit. Anliegen der Heim-Initiatoren war die Schaffung einer Erholungsstätte für ehemalige KZ-Häftlinge und elternlose Kinder von Antifaschisten. Seit der Zerschlagung der DDR ist Heideruh wohl die einzige Einrichtung ihrer Art in Deutschland.

Horslerod-Stutthof Foreningen in Dänemark ist ein Teil der internationalen Widerstandskämpferorganisation FIR. Im September 2007 war ich mit einer ihrer Gruppen fünf Tage in Heideruh. Bei dieser Gelegenheit habe ich die Genossen dort kennengelernt. Als Vorsitzender meines Rentnerklubs (unser Hobby ist die Politik) schlug ich vor, im Frühjahr 2008 eine Fahrt dorthin zu unternehmen. So verbrachten 26 unserer Mitglieder eine Woche in Heideruh und erlebten ein abgestimmtes Programm. Es sah vor, daß wir am 1. Mai einer DGB-Veranstaltung in Hamburg beiwohnen würden. Wir fuhren also mit dem Bus nach St. Pauli, was am 1. Mai durchaus kein normaler Treffpunkt war.

Die Tatsache, daß der DGB der Hansestadt die Sache nach St. Pauli hatte verlegen müssen, ergab sich daraus, daß Neonazis eine Demonstration in Barmbeck angemeldet hatten. Das war natürlich eine Provokation, ist doch dieser Bezirk sonst der Ort für entsprechende Kundgebungen der Gewerkschaften. Der DGB wollte aber keine Konfrontation mit den Faschisten riskieren. Statt dessen faßte er den Beschluß, gemeinsam mit Christen etwas zu organisieren.

Wir wunderten uns sehr, daß ein Naziaufmarsch unter Polizeischutz von eben diesem Stadtteil ausgehen durfte. Da war es nur verständlich, wenn sich junge DGB-Mitglieder zu einer Gegendemonstration herausgefordert sahen. Im Fernsehen konnte man dann die Polizisten beim „energischen Eingreifen“ beobachten. Sie sicherten den angemeldeten und erlaubten Nazi-Umzug nach allen Regeln der Kunst ab. Sowohl Antifas als auch Faschisten wurden von den Beamten wegen „Teilnahme an einer Schlägerei“ festgenommen.

In St. Pauli nahmen wir eine Reihe von Gewerkschaftsfahnen, viele Hamburger Wimpel und ebenso viele Tücher mit christlichen Symbolen wahr. Auf den 1. Mai fiel ja diesmal auch Himmelfahrt. Das hätten wir im voraus bedenken sollen. Kein einziges Arbeiterlied wurde gespielt oder gesungen. Man hörte statt dessen klassische Werke,

sogar ein kirchlicher Kanon wurde eingeübt. Daß die Gewerkschaften in Dänemark ausgerechnet den 1. Mai in solcher Weise begehen würden, ist völlig undenkbar.

Eine Fahrt führte uns in das faschistische KZ Neuengamme. Leider war der ehemalige Insasse Fritz Bringmann außerstande, wegen Krankheit in der Familie dorthin zu kommen. Aber das Personal der Gedenkstätte gab uns bereitwillig alle von uns erbetenen Auskünfte über das Lager und dessen Geschichte. Einzelschicksale von Häftlingen wurden exakt beschrieben. Am anderen Tag waren wir in der Hamburger Ernst-Thälmann-Gedenkstätte zu Gast. Dort haben wir vieles über den großen deutschen Arbeiterführer erfahren können, was uns bislang unbekannt war.

Während unseres Aufenthalts sahen wir uns schöne Gegenden der Lüneburger Heide an. Wir unternahmen eine Kutschfahrt, vor allem aber führten wir überall viele politische Gespräche. Natürlich auch mit Genossen.

Das Fazit dieser interessanten Reise: Wir stellten fest, daß die Entwicklung in den

sogenannten demokratischen Ländern überall ähnlich verläuft. Die Armen werden ärmer, und die Reichen werden reicher. Die Aushöhlung des Sozial- und Gesundheitswesens schreitet in beiden Staaten voran. Schulen und medizinische Einrichtungen verfallen, die Privatisierung wird immer umfassender.

Die Mitglieder unseres Rentnerklubs sind Sozialisten oder Kommunisten. Alle waren im Laufe der Jahre mehrmals in der DDR. Dort begegnete uns eine antifaschistische Haltung und ein großes Maß an Freundlichkeit. Insbesondere kamen wir oft in die Rostocker Gegend. Viele dänische Klubs hatten enge Beziehungen zu entsprechenden Gremien in der DDR. Ich selbst war langjährig als Dolmetscher beim dänischen Komitee der Arbeiterkonferenzen tätig.

Der Geist von damals begegnete uns jetzt in Heideruh. Als Vorsitzender des „Pensionisternes Hobbyklub af 1965“ grüße ich die dortigen Freunde und alle standhaft gebliebenen Kampfgefährten in der einstigen DDR.

Ove John Nielsen, Solrod Strand, Dänemark

Respekt für Stehvermögen

Als ehemaliger Leiter eines Volkspolizeikreisamtes (VPKA) fühle ich mich – vielleicht als einer der wenigen, die noch dazu bereit sind, in solcher Weise an die Öffentlichkeit zu treten – autorisiert, einige Bemerkungen zur Person des Generalmajors der VP a.D. und „RotFuchs“-Autors Dieter Winderlich zu machen.

Der als RF-Extra in der Juli-Ausgabe veröffentlichte Beitrag „Beweisführung ohne Beweise“ veranlaßt mich, auf die besondere Standhaftigkeit dieses Genossen aufmerksam zu machen.

Am 23. Mai 2005 wandte sich Genosse Winderlich im ND gegen das auch ihn damals noch betreffende Rentenstrafrecht. Er fragte: „Was habe ich eigentlich verbrochen?“ Als Mitglied der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH) publizierte er überdies im Dezember 2006 ein sehr detailliertes Material für deren Mitglieder und Sympathisanten. Er zerriß das in der BRD gesponnene Lügengewebe zum DDR-Strafvollzug.

Im Zuge der sich abzeichnenden Einverleibung der DDR in die BRD war Dieter Winderlich schon frühzeitig in das Visier machteiler Abgeordneter der „letzten DDR-Volkskammer“, besonders eines gewissen Dr. Opitz vom Bündnis 90/Grüne, geraten, der ihn öffentlich verleumdete, für Hinrichtungen und Folterhaft in DDR-Strafvollzugsanstalten verantwortlich gewesen zu sein. Dabei wurde Genosse Winderlich natürlich „ganz in die Nähe der Staatssicherheit“ gerückt. Im RF-Extra Mai

2007 legte der Generalmajor a.D. in einem beeindruckenden Artikel Tatsachen über die SVA Waldheim dar.

In den Chor der professionellen Verleumder reihte sich auch der sattsam bekannte CDU-„Politiker“ Günter Nooke, sogenannter Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, ein. Am 8. Oktober 2007 äußerte er sich in einer vom Deutschlandfunk übertragenen „Gedenkveranstaltung“ in der seit etlichen Jahren geschlossenen und seitdem von Vandalen verwüsteten SVA Cottbus, also vor der Kulisse besudelter Wände und demolierten Mobiliars, über die „Willkür“, die angeblich in dieser DDR-Haftanstalt geherrscht habe. Aussagebeflissene „Zeitzeugen“ standen wie immer zur Verfügung.

Je näher wir dem 20. Jahrestag der Vereinigung der DDR durch die BRD kommen, um so mehr werden Leute dieses Schlages Gift und Galle gegen alles speien, was auch nur nach DDR riecht.

Als ehemaliger Stellvertreter des DDR-Innenministers und letzter Chef der Deutschen Volkspolizei steht Dieter Winderlich, dessen publizistisches Wirken und würdiges Auftreten hohe Anerkennung verdienen, für Wahrheit und Gerechtigkeit unbeirrt an der Seite seiner der Sache treu gebliebenen ehemals Unterstellten. Diese moralische und politische Haltung fehlt leider so manchen anderen, die früher hohe Offiziere des MdI waren.

Manfred Holfert, Löbau

Chávez hat die Frauen nicht vergessen

Elena Linares führt Venezuelas Bewegung „Clara Zetkin“

Unlängst veröffentlichte die in Brüssel erscheinende Zeitung „Solidaire“ – das Wochenblatt der marxistischen Partei der Arbeit Belgiens (PTB) – ein aufschlußreiches Interview mit Elena Linares, der Vorsitzenden des venezolanischen Frauenverbandes „Clara Zetkin“. Die kommunistische Politikerin schilderte sehr detailliert, warum Venezuelas linksgerichteter, für weitreichende

zinnischen Versorgung und Betreuung in den Armenvierteln geführt. Den Löwenanteil der Arbeit leisten hier Frauen.

Im Mittelpunkt der Mission „Madre del Barrio“ steht die Durchsetzung des von der neuen Bolivarianischen Verfassung verbrieften Rechts der Frauen auf bezahlte Hausarbeit, die – besonders bei kinderreichen Familien – als produktive Tätigkeit gewertet wird.

Alleinstehenden Müttern vermittelt man notwendige Kenntnisse zur Kindererziehung. Zugleich kümmern sich die Komitees in den Barrios darum, daß gerade sie eine den Lebensunterhalt sichernde Arbeit finden.

Der revolutionäre Prozeß in Venezuela habe dem in Lateinamerika noch immer weit verbreiteten Phänomen des Machotums vieler Männer einen Schlag versetzt, unterstrich Elena Linares. Immer mehr Frauen trügen jetzt im Landesmaßstab

Verantwortung. Die Nationalversammlung – das Parlament –, die Nationale Wahlbehörde und das Oberste Gericht Venezuelas würden inzwischen durch Frauen geleitet. Es sei Normalität, daß dem Chávez-Kabinett mehrere weibliche Minister angehören. In sämtlichen offiziellen Dokumenten ist stets von „Männern und Frauen“ die Rede. Es habe sich also eine beachtliche „Entwicklung der Mentalitäten“ vollzogen.

Die Bolivarianische Verfassung gehe vom Paritätsgrundsatz aus. Auf den Wahllisten stünden 50 % Männer und 50 % Frauen. Durch die erwähnten Missionen sei die Eingliederung der weiblichen Bürger auf eine reale Grundlage gestellt worden, da erst eine entsprechende Bildung politisches Engagement

wirklich ermögliche. Aus all den genannten Gründen genieße Chávez die besondere Sympathie eines erheblichen Teils der Venezolanerinnen, stellte Elena Linares fest.

Auf die von ihr geleitete Bewegung „Clara Zetkin“ eingehend, betonte die Politikerin, daß diese die weiblichen Mitglieder der KP Venezuelas mit vielen anderen Frauen linker Orientierung zusammenführe. Der Verband



Teilnehmerinnen eines Sprachkurses im Rahmen der Mission „Ribas“

soziale Veränderungen und einen ausgeprägt antiimperialistischen Kurs stehender Staatspräsident Hugo Chávez bei den Frauen seines Landes einen besonderen Stein im Brett hat.

Seit seiner 1999 erfolgten Wahl hat der enge politische und persönliche Freund von Fidel und Raúl Castro mit Hilfe hochmotivierter kubanischer Fachleute eine Reihe von als Missionen bezeichneten Umgestaltungsprogrammen auf den Weg gebracht, durch die besonders Frauen eine Chance geboten wird, ihre traditionelle und sozial bedingte Benachteiligung im gesellschaftlichen Leben allmählich zu überwinden. Im Rahmen der Mission „Ribas“ erhalten z. B. fünf Millionen Landesbürger, die ihre Oberschulbildung nicht haben abschließen können, innerhalb von zwei Jahren das notwendige Rüstzeug, um Zugang zu Hochschulen und Universitäten zu erlangen. Die Mehrzahl davon sind Frauen. Durch die Missionen „Robinson 1 und 2“ waren bereits Millionen Menschen in unzähligen Zirkeln Elementarkenntnisse im Lesen und Schreiben vermittelt worden. Von Analphabetismus waren und sind auch heute noch in Venezuelas Frauen weit stärker betroffen als Männer.

Elena Linares, die in dem Interview solche enormen Leistungen des als Bolivarianische Revolution bezeichneten Umgestaltungsprozesses hervorhob, verwies auch auf die von den Stadtteilkomitees im Zuge der Mission „Barrio Adentro“ herbeigeführten Fortschritte. Diese Aktion hat – ebenfalls mit umfangreicher kubanischer Hilfe – zu einer nachhaltigen Verbesserung der medi-



Elena Linares

sehe seine Aufgabe vor allem im Bewußtmachen politischer Zusammenhänge. Er wirke besonders aktiv in den örtlichen Räten, die sich als Komitees der jeweiligen Wohnbezirke verstünden. Während Diskussionen über den Sozialismus vielerorts noch ein Tabu darstellten, debattierten die Frauen von „Clara Zetkin“ lebhaft und inhaltsreich über die gesellschaftliche Zukunft Venezuelas, die nur im Sozialismus liegen könne.

Der Verband stelle drei Ziele in den Vordergrund seines Handelns: die schrittweise Zusammenführung aller Frauenorganisationen des Landes – in Venezuela gibt es derzeit 36 örtliche und drei nationale Verbände dieser Art – sowie die Vertiefung und die Verteidigung des Prozesses der Bolivarianischen Revolution.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Verwirrspiele

Fundamentalismus ist nicht nur ein Problem des Islam

Böser Palästinenser, guter Tibeter! Wie sich darauf komme? Am 6. März stürmte ein Bewaffneter die Jeschiva (Talmudschule) „Mercas Harav“ in Westjerusalem und erschoss acht der Anwesenden, zumeist Studenten, die sich in jüdische religiöse Schriften vertieften, bevor er selber durch eine Kugel starb. Elf Menschen wurden verletzt. Für eine vom westlichen Medienkonsum geprägte Öffentlichkeit mußte klar sein, daß dieses Verbrechen eine Ausgeburt des palästinensisch-fundamentalistisch-islamistischen Terrors war – unbegründet, fanatisiert und brutal. Der „gut informierte Bürger“ stimmte folglich zu, wenn der UN-Generalsekretär den „grausamen Angriff“ verurteilte, die USA-Außenministerin von einem „Akt des Terrors und der Verderbtheit“ sprach und auch Herr Steinmeier aus der BRD den Anschlag mit markigen Worten geißelte. Jede Frage, etwa nach den Ursachen dieser Gewalt, erübrigte sich.

Im Kontrast dazu war und ist der Terror tibetischer Gangs in Lhasa nach westlicher Deutungshoheit ganz selbstverständlich berechtigter Widerstand gegen chinesische Unterdrückung und Besetzung. Also böser Palästinenser, guter Tibeter, soll gedacht werden.

Das ist Grund genug, einige Gedanken zu äußern, die in die Bewertung des Anschlags von Jerusalem und dessen Ursachen einfließen sollten, ohne diesen deshalb etwa rechtfertigen zu wollen:

1. Offensichtlich ist, daß hier Terror mit Terror vergolten wurde. Immerhin hatte das israelische Militär in staatsterroristischer Gewalttätigkeit kurz zuvor mindestens 130 Palästinenser im Gazastreifen getötet. Übrigens blieb dazu ein adäquat massiver Aufschrei der „westlichen Wertegemeinschaft“ aus. Will man aber Terror verurteilen, dann hat das für jeden zu gelten, auch für den Staatsterror Israels!

2. Eine Jeschiva ist eine religiöse jüdische Lehranstalt, in der ausschließlich junge Männer studieren. Jeschiva ist hebräisch und bedeutet etwa Sitz oder Sitzung, wohl auch Seminar als Bezeichnung einer jüdischen Schule, in der die gesamte rabbinische Tradition, vorwiegend der Talmud, gelehrt wird. Zudem werden in Talmudschulen weltliche Kurse angeboten. Dies ist die eine Seite der Medaille. Und die andere? Die Jeschiva „Mercas Harav“ war und ist die ideologisch-religiöse Zentrale der Siedler. Diese aber sind in der Sicht vieler Palästinenser jene, welche ihnen ihr Land, ihre Heimat gewaltsam raubten und rauben.

Die israelische Zeitung „Haaretz“ ließ wissen, daß die angegriffene Jeschiva das „Flaggschiff der Talmudhochschulen-Flotte“ sei. Dort würden seit dem Ende des sogenannten Sechstagekrieges (1967) durch die Bewegung Gush Emunim die Grundlagen

für die „religiöse Besiedlung“ des Westjordanlandes geschaffen. Gush-Emunim (Block der Gläubigen) vertritt den göttlichen Anspruch der Juden auf Eretz Israel, das heilige Land. Ganz in diesem Sinne forciert sie auf außerparlamentarischem Wege die weitere Besiedlung, richtiger den weiteren Landraub.

Palästinensische Interessen? Unwichtig! Wenn überhaupt, sollen den Palästinensern lediglich Rechte als Individuen, auf keinen Fall aber als Gruppe oder Volk zugestanden werden. Ist diese Anmaßung Ausdruck der Forderung nach einem mehr oder weniger „reinen“ jüdischen Staat? Wenn ja, wäre dieser Anspruch nicht fatal demjenigen islamischer Fundamentalisten nach einem „Gottesstaat“ ähnlich? Man mag es wahrhaben wollen oder nicht, auch im Judentum gibt es fundamentalistische Richtungen, gemeinhin als ultra-orthodox bezeichnet. Sie betrachten andere religiöse Anschauungen als minderwertig und sich selbst als auserwählt. Ihre feindliche Einstellung gegenüber den Palästinensern ist nicht selten mit der Bereitschaft gepaart, mit Gewalt das biblische Israel zu schaffen. Dieser Fanatismus läßt weder Platz für Palästinenser noch für liberale Juden. Der Anschlag auf den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin am 4. November 1995 demonstrierte dies anschaulich.

3. Jedem Fundamentalismus, ob im Islam, Judentum, Christentum, Hinduismus oder Buddhismus, ist eines gemeinsam: das Festhalten an bzw. das Streben nach Rückkehr zu althergebrachten, überlieferten, frühzeitlichen religiösen Dogmen. Damit paart sich die Ablehnung von Neuem, insbesondere in seinem Bezug auf gesellschaftliche Vielgestaltigkeit und Toleranz aller Art. Eine wesentliche Methode zur Erreichung seiner Ziele sieht der Fundamentalismus in der Instrumentalisierung von Politik. Widerspruch wird, wenn nötig, mit Gewalt gebrochen. Eine seiner Angriffsweisen ist deshalb der Terror, basierend auf einer Militanz, für die alle auf nur einen Gott orientierten Religionen (Christentum, Judentum und Islam) empfänglicher sind als Hinduismus und Buddhismus.

Fundamentalismus muß nicht zwangsläufig Terror heißen. Fundamentalisten, auch Islamisten sind nicht generell Terroristen. Fanatische Aggressivität und Militanz mithin nur dem Islam oder etwa dem Islamismus in seiner Gesamtheit anzulasten, ist durchsichtige Propaganda. Dennoch wurde damit in der öffentlichen Wahrnehmung ein Feindbild geschaffen, bei dem einseitig islamischer Fundamentalismus und Terrorismus wahrheitswidrig verwoben wurden.

So, wie also dem Islam nicht die Rolle des alleinigen Trägers von Fundamentalis-

mus und schon gar nicht von Terrorismus zugewiesen werden kann, so auch nicht die Rolle des Pioniers der fundamentalistischen Bewegung überhaupt. Bahnbrecher dieser Bewegung war der nordamerikanische Protestantismus, der vor allem dem Darwinismus gnadenlosen Kampf angesagt hatte. Und es blieb wiederum dem christlichen Fundamentalismus vorbehalten, den kriegslüsternten Vertreter dieser Tendenz hervorzubringen: USA-Präsident George W. Bush. In seinem pseudoreligiösen Wahn ließ und läßt er in vielen Regionen der Welt einen Vorgeschmack von Apokalypse aufkommen. Das vermochte bislang kein islamistischer Terrorist.

4. Wie Christentum, Judentum und Islamismus blieben auch Hinduismus und Buddhismus nicht vom Fundamentalismus terroristischer Prägung verschont. Im Dezember 1992 zerstörten Zehntausende fanatisierte Hindus die Babri-Moschee im indischen Ayodhya und errichteten auf deren Ruinen einen Hindu-Schrein. Im Verlaufe allein dieser Geschehnisse wurden mehr als 2000 Menschen, überwiegend Muslime, getötet.

Selbst im Buddhismus, dem eigentlich jede Form von Fundamentalismus widerspricht, finden sich in neuerer Zeit stärkere Tendenzen zu fundamentalistisch-terroristischen Haltungen. Am bekanntesten wurde die japanische buddhistische Aum-Shinrikyo-Sekte (Erhabene Wahrheit) durch ihren Giftgasanschlag auf die Tokioter Metro am 20. März 1995 mit zwölf Toten und über fünftausend Verletzten. Geplant war ein Massenmord an Millionen.

Und hier schließt sich der Kreis zur Propagandalüge: böser Palästinenser, guter Tibeter. Eben jenes Oberhaupt der „guten“ Tibeter, der dem Fundamentalismus zutiefst verhaftete Dalai Lama, unterhielt enge Kontakte zu dem japanischen Sekten-Chef, Terroristen und Hitler-Verehrer Shoko Asahara.

Dr. Udo Stegemann

Am 30. August um 10 Uhr findet in der **Drogenmühle Heidenau**, Dresdner Straße 26, eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Dresden statt.

Der DDR-Diplomat **Klaus Kukuk**, Berlin, spricht über das Thema

„Hintergründe, Zusammenhänge und Langzeitwirkungen der Krise von 1968 in der CSSR“.

Enthüllungen des Londoner „Guardian“

USA-Kriegsschiffe dienen als Gefängnisse für „Terroristen“

Die USA benutzen schwimmende Gefängnisse, in denen „Terrorismus-Verdächtige“ monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten und mißhandelt werden.

Informationen über solche Gefängnisschiffe stammen aus verschiedenen Quellen: Ihnen liegen Erklärungen von amerikanischen Militärpersonen, Materialien des Europarates und parlamentarischer Institutionen sowie Zeugenaussagen früherer Gefangener zugrunde. Nach einem Bericht, der noch dieses Jahr von der Menschenrechtsorganisation REPRIEVE veröffentlicht werden soll, wurden mehr als 200 neue Fälle bekannt, nachdem Präsident George W. Bush im Jahr 2006 behauptet hatte, die Praxis des Transports Gefangener in andere Länder zu Verhören und Haft sei beendet worden.

Einzelheiten über Schiffe und Orte, in denen Festgenommene weltweit gefangen gehalten werden, sind jetzt zusammengestellt, und von der USA-Regierung wird gefordert, ihre Namen und ihren Verbleib bekanntzugeben.

Der Einsatz von Kriegsschiffen zur Inhaftierung Verdächtiger ist in England wie in den USA Anlaß zu neuer Besorgnis. Nachforschungen von REPRIEVE ergaben, daß seit 2001 vermutlich 17 Schiffe als „schwimmende Gefängnisse“ dienen. Angeblich werden Festgenommene zuerst an Bord verhört und dann nach anderen, oft geheimen Orten überstellt. „Bataan“ und „Peleliu“ hielten Gefangene an Bord. Weitere 15 US-Schiffe stehen im Verdacht, im Bereich der britischen Inselgruppe Diego Garcia im Indischen Ozean, die den USA-Streitkräften als Militärbasis dient, zu operieren.

REPRIEVE ist besonders besorgt über das Engagement der „Ashland“, die Anfang 2007 vor der Küste Somalias kreuzte. Angeblich ging es um die Festnahme von Al-Qaida-Terroristen. Zu dem Zeitpunkt wurden viele Menschen systematisch aus Somalia, Kenia und Äthiopien entführt und ständigen Verhören im Beisein von vermutlichem FBI- und CIA-Personal unterworfen. Schließlich verschwanden mehr als 100 Personen in Gefängnissen Kenias, Somalias, Äthiopiens, Djiboutis sowie in Guantánamo.

REPRIEVE nimmt an, daß sich zu der Zeit auch Gefangene an Bord der „Ashland“ im Golf von Aden befunden haben.

Die Studie enthält den Bericht eines aus Guantánamo Entlassenen: „Einer meiner Mitgefangenen war auf einem Schiff mit 50 anderen, bevor sie nach Guantánamo kamen. ... Er befand sich im Käfig neben mir. Er sagte mir, man habe alle im Kielraum untergebracht. Er fügte hinzu, es sei so etwas gewesen, das man sonst nur im Fernsehen vorgesetzt bekommt. Die Gefangenen wurden mißhandelt, schlimmer noch als in Guantánamo selbst.“

Clive Stafford Smith, Rechtsberater und Direktor von REPRIEVE, meint: „Sie wählen Schiffe, um ihre Untaten soweit wie möglich vor den Späheraugen der Presse und der Justiz zu verbergen. Nach eigenen Angaben halten die Vereinigten Staaten heute mindestens 26 000 Personen ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen fest. Seit 2001 wurden etwa 80 000 Menschen durch das System „geschleust“. Die USA-Regierung muß sich als humanitärer Rechtsstaat beweisen und sofort bekanntgeben, wer die Betroffenen sind, wo sie sich

befinden und was mit ihnen geschehen ist.“ Andrew Tyrie, konservatives Mitglied des britischen Unterhauses und Vorsitzender einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die sich mit der Frage der „außerordentlichen Übergabe-Transporte“



Afghanistan bedroht die Welt!
Aus: „Solidaire“, Brüssel

befaßt, versuchte in Erfahrung zu bringen, ob London in die Vorgänge auf Diego Garcia verwickelt sei. Er erklärte: „Außenminister Milliband hat zugeben müssen, daß zwei beteiligte Transportflüge auf Diego Garcia tankten, obschon die USA-Regierung versichert hatte, solche Flüge fänden nicht statt.“ Tyries Schlußfolgerung: „Derartige Versicherungen sind wertlos.“ Vom Londoner Foreign Office wird jetzt verlangt, die Namen dieser auf britischem Territorium ausgelieferten Personen bekanntzugeben.

Ein Sprecher der U. S. Navy, Commander Jeffrey Gordon, teilte dem „Guardian“ mit: „Schiffe der USA-Kriegsmarine besitzen keine Gefängnis-Vorrichtungen.“ Er fügte hinzu, es sei allgemein bekannt, daß man „einige Personen“ kurzfristig auf den Schiffen „untergebracht“ habe. Gordon sprach von „Tagen unmittelbar nach der Festnahme“. Als er gefragt wurde, ob USA-Kriegsschiffe, die auf Diego Garcia vor Anker lägen, als „Gefängnis-Schiffe“ benutzt würden, lehnte er einen Kommentar dazu ab.

(Nach „Guardian“)

Übersetzt und zusammengefaßt von
Dr. Vera Butler, Melbourne



Ich bin bereit, beide auf einmal zu stemmen!

Aus: „Proletären“, Göteborg

Zu wenig Ausbeutungsobjekte

Indiens Proletariat wächst nicht schnell genug

In der jetzt zur Murdoch-Gruppe gehörenden großbürgerlichen New Yorker Tageszeitung „The Wall Street Journal“ lesen wir unter der Überschrift „Nicht genug Inder: Mangel an Arbeitskräften verlangsamt Entwicklung“ folgende interessante Information:

Indien – eine Nation von 1,1 Milliarden Menschen – leidet an chronischem Arbeitermangel. Der schnelle Übergang von einem

schätzungsweise mehr als 60 Milliarden Dollar betragen. Sie werden 92 Millionen menschliche Arbeitsjahre benötigen. Nach Angaben des indischen Instituts für die Entwicklung der Bauindustrie ist das etwa ein Drittel mehr, als der Markt an Arbeitskräften derzeit aufbringen kann.

Ein Minus an Facharbeitern ist auch in anderen Wachstumsländern zu verzeichnen, so z. B. in China, aber ebenfalls in Ost-

um zugewanderte Arbeitskräfte, besonders aus Pakistan und Indien, die von den höheren Löhnen angezogen werden.

In Indien beschäftigt die Bauindustrie derzeit 33 Millionen Menschen, aber mehr als 80 % davon sind ungelernete Arbeiter, die aus der Landwirtschaft stammen, meist Analphabeten. Baufirmen sind abhängig von Männern und oftmals auch Frauen, die schwere Ziegellasten auf ihren Köpfen tragen, Gruben und Kanäle mit Schaufeln ausheben und Rohre mit Hämmern biegen.

Indiens Bildungssystem bietet nur begrenzte Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Arbeiter lernen auf den Baustellen. Vor kurzem haben Unternehmer ihre eigenen Massen-Ausbildungsprogramme eingerichtet.

Als eines von Indiens größten Privatunternehmen im Bauwesen – Reliance Industries – vor zwei Jahren mit der Errichtung einer riesigen Öl-Raffinerie begann, wurden 70 000 Arbeiter benötigt, aber es fehlten 20 000. Seither hat die Firma fast 10 000 Menschen in den verschiedenen Bauberufen angeleitet, um ihre Termine einhalten zu können.



Aus: „The Australian“, Sydney

Agrarland zur Urbanisierung erfordert den Bau von Tausenden neuer Wohnkomplexe, Büros, Einkaufszentren, Flughäfen, Straßen, Elektrizitätswerken, Häfen und Industrieparks. Der Mangel an gelernten Handwerkern im Baugewerbe hemmt den Fortschritt des Wirtschaftswachstums.

Investitionen für Infrastrukturprojekte werden – bezogen auf die nächsten sechs Jahre –

europa, wo besonders Polen und die Slowakei von der Auswanderung gelernter Fachkräfte nach dem Westen betroffen sind. In den Golf-Staaten haben die hohen Weltmarktpreise für Öl einen Bauboom ohnegleichen ausgelöst, und international bekannte Baufirmen, die dort aktiv sind, reißen sich buchstäblich um gelernte und ungelernete Arbeiter. Hier geht es meistens



Grafik von SHAHAR

Im Zeichen von Hammer und Sichel

Wer sich beim **32. Avante!-Fest** der 500 000 an roten Fahnen sattsehen will, kommt vom **5. bis 9. September** mit nach Seixal bei Lissabon.

Flugreise nach Portugal mit IBERIA, Mittelklassehotel mit Frühstück, Eintrittskarte zum Fest
Preis: 655 € (Doppelzimmer),
EZ-Zuschlag 132 €

Buchung bei tuk

Danziger Straße 168, 10407 Berlin
Tel. (030) 4 23 33-30

In der Absicht, ein anderes Projekt voranzubringen, das auf einem Gelände von 15 Hektar einen vielstöckigen Bürokomplex umfassen soll, errichtete man Wohnbaracken für 5500 Arbeiter – mit Waschanlagen, Toiletten und 24stündiger Elektrizitätsversorgung, was mehr ist, als in manchen Wohnvierteln Delhis zur Verfügung steht. Es gibt sogar eine Erste-Hilfe-Station. Auch haben sich die Löhne für Facharbeiter in den letzten zwei Jahren auf mehr als 10 Dollar täglich verdoppelt, während sie für Ungelernte nur 2,50 Dollar betragen. Verzögerungen aus Mangel an Fachkräften, besonders im Hoch- und Tiefbau, können sich drei bis zehn Jahre hinziehen.

Übersetzung und Bearbeitung:
Dr. Vera Butler, Melbourne

Hoffnungsträger oder Wasserträger?

Barack Obama: Der „Linkeste“ rückt nach rechts

Am 4. November wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Christen mögen sagen: Gott sei Dank! Wir fügen hinzu: Endlich! Anfang nächsten Jahres findet dann die unsäglichste Amtszeit des sicher dümmsten, wohl aber auch gefährlichsten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten ihren Abschluß. Die Bilanz des politischen und militärischen Amokläufers George W. Bush verdient – vor allem wegen Irak und Afghanistan – nur ein Urteil: das 1946 in Nürnberg auch durch amerikanische Richter gefällt. Gedient hat dieser Mann in erster Linie dem militärisch-industriellen Komplex und der Ölmafia. Ein pseudoreligiöser Eiferer, war er das offizielle Mundstück der konservativsten und aggressivsten Kreise der Republikanischen Partei (GOP), die im Wechselbad mit der zweiten großbürgerlichen Formation des Landes – den Demokraten – traditionell den rechtesten Part übernommen hat.

Für die GOP wird diesmal John McCain ins Rennen geschickt, der sich von Bush lediglich durch einen höheren Intelligenzquotienten unterscheidet.

Die gemäßigte amerikanische „Linke“ – eine auch die Gewerkschaften dominierende Sozialdemokratie gibt es in den USA nicht, weshalb der liberale Flügel der Demokratischen Partei diese Funktion mit übernommen hat – tritt fast geschlossen für Barack Obama ein. Dem „Hoffnungsträger“ und Verkünder eines wie auch immer gearteten

„Wandels“ dürfte vom Parteikonvent vermutlich Hillary Clinton als Gegengewicht zur Seite gestellt werden. Mehrheitlich rechnen politische Beobachter damit, daß Obama die vielfache Millionärin als „Running Mate“ (Vizepräsidentenskandidatin) verordnet bekommen wird.

Die Tatsache, daß erstmals ein Schwarzer und eine Frau das derzeit aussichtsreichste Tandem bilden könnten, wird von fortschrittlichen Persönlichkeiten der USA-Wahlzene a priori positiv gewertet. Auch Fidel Castro, der Obamas jüngste Ausfälle gegen Kuba nachdrücklich zurückwies, bezeichnete den Senator aus Illinois desensungeachtet in einer „Granma“-Kolumne als den zweifellos „linkesten“ unter den diesjährigen Präsidentschaftsaspiranten. Das ist natürlich relativ zu betrachten. Die KP der USA, deren Einfluß unter den obwaltenden Umständen gewiß begrenzt ist, unterstützt nicht ohne Bedenken die

Bewerbung des afroamerikanischen Politikers und richtet ihr gesamtes Feuer auf den faschistoiden Ex-Bomberpiloten und GOP-Kandidaten McCain.

Man darf jedoch nicht der verlockenden Illusion erliegen, Barack Obama könne ohne den Segen derer, die in den Vereinigten Staaten wirklich das Sagen haben, ins Weiße Haus einziehen. Sie führen auch bei dieser Wahl – wie einst bei John F. Kennedy – offen oder verdeckt Regie. Wachs in ihren Händen, driftet der nach seiner Biographie und bisherigen Haltung zweifellos Liberalste



Im Doppelpack: Hillary und Barack

unter den drei ursprünglichen Präsidentschaftsanwärtern mit Gewicht immer eindeutiger in Richtung „Mainstream“. Mit anderen Worten: nach rechts.

Die den großbürgerlichen Flügel der Demokraten repräsentierende Ex-Präsidentengattin Hillary Clinton hat inzwischen ihren Anspruch auf den Job Nr. 1 aufgeben müssen und ist Obama wie ihr Mann Bill für den weiteren Wahlkampf „an die Seite gestellt“ worden, um den plakativen Erneuerungseifer des „Heißsporns“ zu dämpfen.

Hinzu kommen Geschehnisse, die man als Indizien betrachten kann. So die Tatsache, daß Obama schon seit Monaten absoluter Spitzenreiter bei den Kampagnezuwendungen großzügiger Spender aus den Reihen der Kapitalelite ist. Diese gibt aber kein Geld aus, wenn sie sich ihrer Sache nicht sicher ist. Die aufwendige Finanzierung des Wahlkampfes Obamas signalisiert,

daß die tatsächlichen Machthaber in den USA sich inzwischen davon überzeugt haben, den „Hoffnungsträger“ einer breiten Volkskoalition wie alle Präsidenten der letzten Jahrzehnte zu ihrem Wasserträger machen zu können. Und nicht nur der rekordverdächtige Dollarregen ergießt sich über Obama: Auch an plötzlich vom Himmel fallenden neuen „Beratern“ aus den Konzernzentralen, imperialistischen Denkfabriken und militärischen Planungsstäben fehlt es nicht. Besonders spektakulär: das Auftauchen des berüchtigten

Ex-Chiefsicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, der jetzt sein Wissen für Obama ausbreitet. Eine Folge dieser Entwicklung ist u.a. das Abrücken des eingekreisten Favoriten von einstigen Freunden wie seinem eher linksgerichteten geistlichen Beistand.

Unsere prinzipielle Klarstellung von Herr und Hund in den USA sollte jedoch niemanden zu schematischen Vereinfachungen verleiten. Ganz gewiß sind die beiden Kontrahenten zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen trotz aller Abstriche an Obamas ursprünglichem Glanz nicht gänzlich über einen Kamm zu scheren. McCain wäre eine lediglich etwas niveaullere Verlängerung der Ära des politischen Psychopathen Bush. Obama müßte sich nicht nur an der Leine der eigentlich Regierenden führen lassen, sondern hätte auch dem Umstand Rechnung zu tragen, von einem Querschnitt jener Bürger ins Weiße Haus gebracht worden zu sein, die auf Veränderungen hoffen.

Immerhin haben 80 % der bei einer unlängst erfolgten Meinungsumfrage Angesprochenen den Standpunkt vertreten, ihr Land befände sich „auf einem schlechten Weg“. Wie alle USA-Amtshaber vor ihm würde Obama deshalb seiner Präsidentschaft in begrenztem Umfang eigene Züge verleihen können.

Es ergäbe sich also eine widersprüchliche Situation, zu der vor allem Schatten und vielleicht auch etwas Licht gehören. Castro ist zuzustimmen: Obama muß trotz aller Zugeständnisse an die Reaktion und deren mächtige Hintermänner immerhin einseitig als liberaler Demokrat betrachtet werden. Das aber ist in einem Land, wo schon europäische Sozialdemokraten für tiefrot gehalten werden, in Rechnung zu stellen. Alles in allem: Von einem Team Obama/Clinton kann man nur eines erwarten: alten Wein in neuen Schläuchen.

Kein Verzicht auf Hammer und Sichel

Wie Fausto Bertinotti Italiens Kommunisten beerdigen wollte

Fausto Bertinotti war vor dem PDL-Politiker Lothar Bisky einige Zeit Chef der Europäischen Linkspartei. Diese setzt bekanntlich – und zwar ganz im Gegensatz zu den großen marxistisch-leninistischen Parteien Griechenlands und Portugals, die sich weiter am sozialistischen Ziel orientieren – auf die „sozialere Ausgestaltung“ der prinzipiell durch sie bejahten Europäischen Union. Mit anderen Worten: auf einen Euro-Kapitalismus „mit menschlichem Gesicht“. Doch Bertinotti, noch vor wenigen Monaten römischer Parlamentspräsident, war zugleich auch für etliche Jahre Vorsitzender der als Rifundazione bekanntgewordenen Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC), die unter ihm schon bald in verschiedene Flügel und Tendenzen zerfiel.

Jetzt hat dieser Mann, der erklärtermaßen niemals Marxist gewesen ist, bei seinen Staats- und Parteiämtern das Handtuch werfen müssen. Wie kam es dazu?

Die jüngsten italienischen Parlamentswahlen am 13. und 14. April brachten nicht nur den Sieg der faschistoiden Kräfte um den milliardenschweren Medienmogul Berlusconi – Italiens reichsten Mann – und den Ex-MSI-Führer Fini – einen Anbeter Mussolinis. Sie hatten außer dem Regierungswechsel in Rom auch noch eine weitere schlimme Folge: Zum ersten Mal seit 1945 verfügen Italiens Kommunisten – ihre Partei war einst neben der gleichfalls durch Opportunisten zugrundegerichteten FKP der Stolz der revolutionären Arbeiterbewegung Westeuropas – über keinen einzigen Abgeordneten oder Senator mehr.

Wie erklärt sich dieses Desaster einer Bewegung, die noch vor zwei Jahren die Stimmen von rund drei Millionen Italienern auf sich vereinen konnte und für welche diesmal nur noch rund eine Million Wahlberechtigte votierte, was ein Überspringen der Sperrklausel ausschloß?

Vor dem Abstimmungstag hatte Bertinotti plötzlich erklärt, die Parteien sehr unterschiedlicher Art zusammenschließende Koalition l'Arcobaleno (Regenbogen) sei nicht nur eine zeitweilige Wahlallianz, sondern verkörpere auch die künftige gemeinsame Partei aller Beteiligten.

Die Kommunisten betrachteten diesen provokatorischen Appell des Rifundazione-Vorsitzenden als eindeutigen Versuch, sie politisch kaltzustellen. In einem Interview bestätigte Bertinotti diese Absicht, wobei er unumwunden erklärte, in der aus dem „Regenbogen“ entstehenden neuen Partei werde „der Kommunismus lediglich noch eine kulturelle Tendenz sein“. Hammer und Sichel gehörten als Symbol der Vergangenheit an.

Die PRC-Wähler wurden durch den Renegaten an der Spitze vor ein Dilemma gestellt. Stimmt man für die Regenbogen-

Koalition unter Einschluß ihrer Genossen, dann gaben sie ihr Votum zugleich auch für einen Politiker ab, der seine Absicht bekundet hatte, die PRC aufzulösen. Die nun einsetzende heftige Debatte im linken Lager führte dazu, daß sich ein erheblicher Teil der Kommunisten diesmal zur Stimmenthaltung entschloß, während nur eine Minderheit „Regenbogen“ unterstützte, obwohl in dessen Reihen ja offiziell auch die Rifundazione steckte.

Der sich aus dieser Situation ergebende Triumph der Rechten, dem bald noch die Wahl eines neofaschistischen Bürgermeistermeisters in der Hauptstadt folgen sollte, war ohne Zweifel ein Akt sozialer und politischer Revanche. Zugleich aber erlitt das „Projekt“ des Partei-Liquidators Bertinotti eine deutliche Abfuhr. Die Kommunisten zeigten sich offensichtlich nicht bereit, die PRC an andere zu verscherbeln, sich von Hammer und Sichel zu trennen. Auch der zweite Versuch, die kommunistische Bewegung Italiens zu zerschlagen – der erste erfolgte 1991 mit der Umwandlung der traditionsreichen IKP Gramscis und Togliattis in eine obskure Demokratische Partei reformistischer Tendenz, was zur Gründung der PRC führte –, wurde zurückgeschlagen.

Viele Genossen der Rifundazione, vor allem aber auch die Mitglieder der 1998 aus einer Abspaltung von ihr hervorgegangenen Partei der Italienischen Kommunisten,

unternehmen jetzt große Anstrengungen, die dem Marxismus treugebliebenen Kräfte unter einem gemeinsamen Dach zu versammeln. Diesen Bemühungen haben sich inzwischen auch andere linke Gruppierungen, von denen einige über Einfluß verfügen, angeschlossen. Während bereits von einer möglichen Auflösung der PRC zugunsten eines solchen Zusammenschlusses gesprochen wird, steht in jedem Fall eine neue Etappe in der Geschichte der kommunistischen Bewegung Italiens bevor.

Inzwischen sind sich übrigens nicht wenige Genossen des Apenninlandes darüber im klaren, daß der wiederholte Eintritt beider kommunistischer Parteien in diffus orientierte Mitte-Links-Regierungen der Bourgeoisie ein ernster politischer Fehler gewesen ist, der den eigenen Handlungsspielraum zugunsten anderer Vorstellungen stark eingeschränkt und die revolutionäre Arbeiterbewegung zurückgeworfen hat. Kompromisse könne man zweifellos eingehen, aber nur dann, wenn die eigene Sache dadurch vorangebracht werde, stellte der namhafte kommunistische Gelehrte Prof. Domenico Losurdo zu dieser Thematik fest. Sonst bestehe die Gefahr, die ideologische und politische Unabhängigkeit der Partei aufs Spiel zu setzen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Herzlichen Glückwunsch unseren mit dem „RotFuchs“ verbundenen Jubilaren!

Ihren **85. Geburtstag** begehen: **Kurt Walther** (1. 8.), **Kurt Krahe** (18. 8.), beide aus Leipzig, und **Hermann Schuldt** (18. 8.) aus Rostock.

Ihr **achtens Lebensjahrzehnt** schließen ab: **Werner Held** (9. 8.) und **Hans-Joachim Roeseler** (24. 8.), beide aus Neubrandenburg.

In die Reihen der **75jährigen** treten ein: **Hans-Joachim Zober** (28. 8.) aus Cottbus, **Horst Förster** (29. 8.) aus Pirna und unsere RF-Aktivistin **Edeltraud Rost** (30. 8.) aus Berlin.

Zu den **70jährigen** rücken auf: **Ernst-Leo van Elsberg** (3. 8.) aus Strausberg, **Jürgen Sedler** (11. 8.) aus Berlin, **Dr. Ulryk Gruschka** (13. 8.) aus Luckenwalde und **Dieter Junge** (22. 8.) aus Dresden.

Auch die **65jährigen** bekommen Zuwachs: **Anneliese Lewalder** (2. 8.) aus Berlin, **Günter Schmidt** (8. 8.) aus Chemnitz, RF-Autor **Dr. Peter Nitze** (19. 8.) aus Lutherstadt Wittenberg und **Marianne Fernholz** (29. 8.) aus Koblenz.

Allen Genossinnen und Genossen wünschen wir optimale Gesundheit und Mut zum Durchhalten.

Reime für den „RotFuchs“

Gedanken am Grabe von Karl Marx

Er war und er ist der am meisten Gehäßte
auf uns'rem Planeten, dem irdischen Rund,
obwohl er ein geistiges Feuer entzündet
all jenen, die suchen nach menschlichem Glück,
die kämpfen für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden,
für weltweiten Frieden auf irdischem Feld,
dem blauen Planeten im grenzenlosen
Weltraum,
der Stecknadelkuppe im ewigen All.

Die Büste seines urgewaltigen Hauptes,
einst menschlichen Schädels mit Wissen als
Macht,
beherrscht jenen Friedhof auf britischer Erde
gleich einer stolz-ehernen Wächtergestalt.
Und zahllose Blumen und Pflanzengestecke,
die Zeichen der Achtung des einfachen Volks,
sie schmücken jahüber in gleitender Folge
die letzte Ruhestätte dieses Genies.

Ob Sonnen-, Nebel-, Regentage –
stets Farben über diesem Grab
gleich einem handfesten Regenbogen,
der alle Vielfalt dieses Seins,
der Menschen Leben und ihr Wirken,
hell, bunt hier demonstrieren möcht' –
und trotz der Diktatur des Goldes
das Licht der Wahrheit ewig nährt.

Erinnernd Skeptiker und Gegner,
daß die Natur ihm Geist beschert:
Durch Studium kam er zur Erkenntnis,
daß Handeln nur das Sein bestimmt,
nicht irgendwelche Geister-Gottheit,
die's Volk als Ausweg sich erdacht
aus dem Dilemma manchen Lebens,
das Egoismus hat gebracht.

Wer dies Grab aufsucht,
glaubt ans Morgen,
glaubt an den Sieg von Geist, Verstand,
auch wenn rundum die Welt in Ketten des
„Kapitals“;
das alle Macht, das Licht der Freiheit nur im
Flackern,
Sturm „Kapital“ es löschen möcht', um,
was noch frei, zu unterjochen,
für die Profite, die sein „Gott“.

Johannes Konopka

Der Käfer

In meinem Wasserbecken
da mußte ich erschrecken
ein großer Käfer drinnen
der konnte sogar schwimmen
den hab ich mir gefangen
mit einer langen Stangen
im Netz hat er gehangen
so könnt ich ohne Bangen
ihn ziehen mir an Land

Lydia Kuhnt

Mama, ich will zur Bundeswehr

Die Tochter zu der Mutter spricht:
Eine Stelle krieg ich nicht.
Letztens kam von ungefähr
ein Bundeswehrbeamter her,
ist auf dem Schulhof rumgekrochen,
hat Aufstiegschancen uns versprochen.

Mama, ich will zur Bundeswehr. Ich werd
Soldat, vielleicht auch mehr. Ich reis umsonst
zum Hindukusch, scheuch Terroristen für den
Bush, erfüll der Patrioten Pflicht, sagt sie mit
Strahlemanngesicht.

Entgeistert staunt die Mutter, stumm. Mädchen
bist du derart dumm? Wir brauchen keine
Bundeswehr, und Frauen sind ganz falsch im
Heer. Packe besser Kisten aus, putz für Geld
im fremden Haus.

Mama, ich will zur Bundeswehr.
Ich werd Soldat, vielleicht auch mehr.
Laß Dich nicht mit denen ein,
lieber sollst Du Nutte sein!
Kriegst' unter deutschen Tisch kein Bein?
Wandre aus, nach Schweden rein!

Mutter, bei der Bundeswehr krieg ich ein
schönes Schießgewehr! Willst du damit auf
Menschen zielen und dich als starke Heldin
fühlen? Keine noch so große Not rechtfertigt
als Beruf den Tod.

Edda Winkel

1989

den Haß meiner Feinde atmend trug ich
die Fahne ins Leere

die Macht lag verdutzt auf der Straße
ich stieg drüber weg
bückte mich nicht sie aufzuheben
war in der Menge allein

Plakate hielt die in den Himmel
und lauschte Reden von
improvisierten Tribünen
war high von Freiheit die

wir uns nahmen von der wir glaubten
sie sei es

den Haß meiner Feinde atmend rollt' ich
bespuckt und verhöhnt

die Fahne zusammen ging in
die Legalität des Waldes zu
Bäumen – meinen Genossen – hundert
Setzlinge pflanzte

ich diesen Tags um die Stange
trocknete Schweiß und Tränen
im Tuch
Wenn diese ein Wald sind
sagte ich ist eine andere Zeit

Christa Müller

Der Tag verrinnt

Und kehrt nie mehr zurück
Unwiederbringlich ist die Gelegenheit
für Wort und Tat
Erst jetzt und endlich
Da in Raum und Zeit
Mir Sparsamkeit
geboten, behandle ich den Tag
und jede Stunde wie eine Kostbarkeit.

Käthe Seelig

Total verrückt

Heute lebe ich;
Um mich her:
Atomwerke
Genmanipulation
verseuchte Erde
Politmafia
abhanden gekommene Kultur
Übervölkerung ohne Ende
und über allem ein Lügennetz ...
Heute lebe ich
und freue mich
über das Gänseblümchen
im Scherbentopf.
Ich muß total verrückt sein!!!

Gisela John

Nicht nur Mindestlohn

nicht nur Mindestlohn
auch Höchstprofit-Grenze

Mindestforderung:
die kleinen Portemonnaies
von Millionen Menschen
mit ein wenig Würde füllen

lohnender
zusätzlich die Forderung
(viele profitieren davon):
Diktatur dicker Kontostände
schwächen

für die Menschen am lohnendsten
Maximalforderung:
Diktatur der Profit-Völlerei
abschaffen

Jürgen Riedel

Effi als Aquarellist

Der weit über Mecklenburg hinaus bekannte Schweriner Künstler Karlheinz Effenberger ist vieles in einer Person: Maler, Grafiker, Zeichner, Plakatmacher und ... Hören wir hier auf, seine vielfältigen Vorzüge und Talente ins Feld zu führen. Effi ist nicht zuletzt ein einfühlsamer, den Zauber faszinierender Landschaften einfangender Aquarellist. Ihm, der mit Farbklingen sensibel umzugehen weiß, der Tiefe und Harmonie sucht, räumen wir anlässlich seines 80. Geburtstages von Herzen

gerne diese Seite zur Vorstellung eines winzigen Ausschnitts seines reichen Schaffens ein.

Dem langjährigen Vorsitzenden des Verbandes Bildender Künstler im Bezirk Schwerin, dem lieben Freund und lebensweisen Kommunisten, dem treuen „RotFuchs“-Künder aus dem Norden gehört statt einer weiter ins Detail gehenden Laudatio jetzt selbst das schöpferische Wort. Es ist unsere Art einer herzlichen Umarmung des Jubilars.



„Die Beke“ (1995)



„Wald“ (1989)



„Die Warnow“ (1995)



„Mecklenburg“ (1995)

„Man lebt, wenn man nach vorn sieht“

Interview mit dem Schweriner Künstler Karlheinz Effenberger

Grafiker, Maler, Kunsthandwerker, seit der „Wende“ auch Schriftsteller und Aphoristiker – alles gebündelt charakterisiert Dich. Freunde nennen Dich Effi, es ist ein Markenzeichen für Nähe. Acht Jahrzehnte Leben in zwei Jahrhunderten. Welche Gedanken bewegen Dich dabei?

Was mich in meinem Alter natürlich am meisten bewegt ist, wie schnell ein Leben vergeht, wie schnell die Zeit läuft, wie schnell die Kinder und Enkel groß geworden sind. Dieses Tempo plagt mich. Plötzlich ist man alt mit all seinen Besonder-

während des 2. Weltkrieges. Mein Ausbilder und Betriebsleiter war Kommunist, der mit mir durch die Lande zog, mir zeigte, was gute Zimmermannsarbeit bedeutet. Dabei machte er aus seiner politischen Haltung kein Hehl. Durch ihn entwickelte sich meine große Aversion gegen alles Militaristische und Faschistische. Ich bin nicht in die SS gegangen, trotz aller Werbeversuche. Ich habe mich dagegen gewehrt. Bei all dem hat mir der alte Genosse geholfen. Überzeugungen habe ich dann versucht, auch künstlerisch auszudrücken.

Gefühl, daß man dem wehrlos und hilflos gegenübersteht. Das ist das Schlimmste. Man hat den Eindruck, an einem Abgrund zu stehen, weil politischer Dilettantismus und Dummheit regieren.

Seit Jahren lieferst Du überzeugende Karikaturen für den „RotFuchs“, außerdem veröffentlicht das ND seit 1990 fast jede Woche Deine aphoristischen Zeitzeichen „Denkzettel“, die Du selbst finanzierst. Warum gibst Du nicht auf, Dich einzumischen?

Das fragt mich meine Familie hin und wieder auch. Ich glaube dennoch an die Vernunft und Veränderbarkeit des Menschen. Ich kann nicht tatenlos in der Ecke sitzen und zusehen, wie die Dummheit regiert. Ich kann das einfach nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Ich will zumindest Denksignale, und wenn sie noch so klein sind, geben. Man muß den täglichen Politikerlügen und Desinformationen etwas entgegenhalten.

Zu Deinem 80. Geburtstag am 10. August ist ein sehr schönes Büchlein über Dein Leben und Dein Werk mit Aussagen von Freunden und Zeitgenossen erschienen. Herzlichen Glückwunsch dazu! Hast Du noch viele Pläne?

Ohne Pläne kann man nicht leben. Man lebt, wenn man nach vorn sieht. Ob all das, was ich mir vorgenommen habe, noch realisierbar ist, steht auf einem anderen Blatt. Da sind auch körperliche Grenzen gesetzt. Ich möchte gern noch ein Buch schreiben mit dem Titel „An die Nachgeborenen“, gewissermaßen als Bilanz meines Lebens. Ich möchte den Lesern damit sagen: Glaubst nicht alles, was man euch einredet. Nehmt euch vor den Lügen in acht, die die DDR nur diskreditieren. Vieles ist anders gewesen, historisch und international bedingt, viel menschlicher, als es die heutige offizielle Geschichtsschreibung und Politikerdeutungen vermitteln wollen. Trennt Weizen von Spreu, vermeidet die begangenen Fehler und packt es neu an! Meine gesellschaftlichen und menschlichen Erfahrungen könnten hierbei vielleicht hilfreich sein. Und solange es meine Sehkraft zuläßt, will ich auch politische Grafik machen.

Vielen Dank für das Gespräch. Auf ein neues Jahrzehnt, lieber Effi!

Das Gespräch führte das Mitglied des RF-Redaktionsbeirates Dr. Hans-Jürgen Audehm, Schwerin.



In der Werkstatt des Vielseitigen

heiten. Ich denke darüber nach, was ich alles geschafft habe und was ich gern noch machen würde.

Du bist immer ein politischer Künstler gewesen, ein Linker, dessen Ideale durch den Marxismus bestimmt wurden. Hast Du in den Wirren der Zeit auch mal gezweifelt?

Nein, nie. Ich war immer davon überzeugt, daß die Sache, die wir nach dem fürchterlichen zweiten Weltkrieg in Angriff genommen hatten, richtig war und lohnenswert ist. Und das bei allen unverzeihlichen Fehlern, die begangen wurden. Dazu stehe ich noch heute. Mich bestärkt, daß sich auf der ganzen Welt immer wieder Menschen finden, die für Gerechtigkeit, gegen Krieg, Faschismus, Unrecht und Unterdrückung auftreten. Ich habe immer versucht, diesen Kampf mit meiner Arbeit zu unterstützen.

Wer hat Dich künstlerisch und politisch besonders beeinflusst?

Das Fundament für meine politische Überzeugung wurde in meiner Lehrzeit als Zimmermann und Bauzeichner gelegt. Das war

Weißt Du, ich bin froh und stolz darauf, daß ich mich auch dann eingebracht habe, wenn mir etwas nicht paßte. Egal, wer es war, egal, was es war. Es gab viel Übereinstimmendes, aber auch Konträres mit hohen Funktionären der Partei und des Staates, was einmal sogar mit einer strengen Parteirüge endete. Ich bereue heute nichts. Der Mensch soll sagen, was ihm nicht gefällt. Ich will hier keine Beispiele ausbreiten, aber der produktive Streit war mir immer der liebste, nicht diese subjektiv dummliche, überhebliche Beckmessererei, die es leider auch gab.

Welche Alarmzeichen der Gegenwart beunruhigen Dich besonders?

Viele. Deutschland ist ein Notstandsstaat geworden, d. h., es gibt viel Not. Sie ist überall: Bildungsnotstand, Gesundheitswesennotstand, Kulturnotstand, Armut, Arbeitslosigkeit, Anwachsen der Korruption und Selbstbereicherung. Und mich beunruhigen gleichermaßen die Nöte in der Welt, die Bedrohung der Menschheit und der Erde, der Rüstungswahnsinn, die verbrecherischen Kriege und die deutsche Teilnahme daran. Ich verhehle nicht das

Ein geschichtreiches Turnier

Im November findet in Dresden die 38. Schach-Olympiade statt

Rund 150 Ländervertretungen werden im November in Dresden erwartet, wo die 38. Schach-Olympiade stattfindet – nach Leipzig 1960 bereits zum zweiten Mal in Sachsen. Das Turnier zählt heute zu den drei größten Sportveranstaltungen überhaupt. „Universelles Schachfest“, „Fest der Nationen“ oder „Schach-Festival“ sind nur einige der Umschreibungen für jenes Ereignis, in dessen über 80jähriger Geschichte sich gleichsam das 20. Jahrhundert spiegelt. Denn wie die Spiele des IOC, so waren auch die Schach-Olympiaden stets ein Politikum. Mitunter wurde das Fest durch die Verweigerung von Teilnahmen, Einreisen oder Handschlägen geprägt.

Hier nur einige Schlaglichter: In den 20er Jahren gab es Auseinandersetzungen um den Amateurstatus, der in Hamburg 1930 aufgehoben wurde. Nicht ohne Proteste fand 1936 in München eine inoffizielle Schach-Olympiade statt, die der Großdeutsche Schachbund zur Propaganda nutzte – ähnlich wie bei den Olympischen Spielen unmittelbar zuvor in Berlin. Bei dem Turnier in Buenos Aires 1939 kam es zu Eklat, als das faschistische Deutschland am 1. September Polen überfiel. Einige Mannschaften traten nicht gegeneinander an, und die Engländer reisten vorzeitig ab. Unterdessen konnten manche Teilnehmer das Turnier als Sprungbrett zur Emigration nutzen, darunter der Top-ten-Spieler Miguel Najdorf, der anders als seine polnisch-jüdische Familie damit dem Konzentrationslager entging. Was in der Schachgeschichtsschreibung bislang keine Erwähnung fand: Im bolivianischen Team spielte der Arbeitersportler Paul Baender, der als KPD-Mitglied nach Lateinamerika emigriert und nebenbei zum bolivianischen Landesmeister avanciert war. Bei der Olympiade trat der im Exil engagierte Antifaschist gegen den Deutschen Paul Michel an, der den Hakenkreuz-Wimpel neben dem Brett stehen hatte.

Das WM-Match Spasski-Fischer von 1972 zeigte, welche Brisanz in den Schachbegegnungen zur Zeit des kalten Krieges lag. Während der Umgang der Spieler untereinander meist vom olympischen Geist geprägt war, wurden die politischen Fäden oftmals hinter den Kulissen gezogen. Boykotts und Einreiseverbote trugen zumeist eine anti-kommunistische Handschrift. Offenbar auf Druck aus Bonn verweigerte der Deutsche Schachbund 1966 die Teilnahme an der viel gelobten Olympiade in Havanna, obwohl sogar die USA teilnahmen. In den 70er Jahren wurde Südafrika wegen der Apartheidpolitik aus der Schachfamilie ausgeschlossen. 1976 boykottierten die sozialistischen Staaten sowie arabische Länder das Turnier in Israel, und es kam zu einer Gegenolympiade der blockfreien Länder in Tripolis. 1978 wurde die Olympiade unter der Militärdiktatur in Buenos

Aires ausgetragen, wo kurz zuvor auch die Fußball-WM stattgefunden hatte. Die westdeutschen Olympioniken hoben sich dabei wohltuend von ihren ballspielenden Kollegen ab. DFB-Präsident Hermann Neuberg hatte verkündet: „Die Wende zum Besseren trat mit der Übernahme der Macht der Militärs ein.“

Überaus kontrastreich waren die beiden Olympiaden München 1958 und Leipzig 1960. In München saß der bayerische Kultusminister Theodor Maunz, der später wegen seiner NS-Vergangenheit zurücktreten mußte, im Ehrenprotektorat der Olympiade. Politisch befand er sich bekanntlich in entsprechender Gesellschaft, und auch beim Schach gab es Kontinuitäten. So beauftragte der Deutsche Schachbund für das olympische Turnierbuch Alfred Brinckmann, der in den 20er Jahren deutsche nationale Positionen vertreten und später das NS-Kampfschach mit propagiert hatte.

Dagegen war Leipzig 1960 auch Ausdruck eines antifaschistischen Selbstverständnisses. So gehörten zum Rahmenprogramm ein Veteranenturnier von Arbeiterschachsportlern und eine Exkursion nach Buchenwald. Im ND hieß es: „Schachsportler von fast allen teilnehmenden Mannschaften der XIV. Schacholympiade unternahmen an ihrem letzten Ruhetag am Montag eine Besichtigungsfahrt zum ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, in dem die faschistischen Henker in den Jahren von 1937 bis 1945 Zehntausende Menschen aus vielen europäischen Ländern bestialisch ermordeten. Ergriffen folgten die Schachspieler, unter denen sich auch ein Rumäne und ein Belgier befanden, die selbst in diesem KZ qualvolle Jahre verbringen mußten, der Führung eines früheren KZ-Häftlings. Im Glockenturm der heutigen Nationalen Gedenkstätte ehrten sie mit einer Minute des Schweigens die unzähligen Opfer des Faschismus.“

Die Olympiade von Leipzig fand auch im Westen große Anerkennung. So äußerte Isaac Kashdan, Mannschaftskapitän der USA: „Ich habe mich nie auf einem Turnier so wohl gefühlt wie hier in Leipzig. Nicht nur die Spieler, sondern auch die Zuschauer, die Journalisten und alle übrigen finden ausgezeichnete Bedingungen. Eine andere wunderbare Sache ist die Ausstellung des Schachmaterials, die man immer wieder anschauen kann. Falls je ein Mannschaftsturnier in den USA stattfindet, wollen wir dem glänzenden Beispiel von Leipzig folgen.“

Daß seine Mannschaft mit dabei sein konnte, war nicht selbstverständlich. „Die Beamten vom State Department“, heißt es im Turnierbuch, „wollten die Fahrt über den Ozean verhindern. Das Washingtoner Außenministerium hatte der Schachorganisation in den USA ‚empfohlen‘, auf die Teilnahme an der Olympiade zu ver-

zichten, weil das gastgebende Land, die Deutsche Demokratische Republik, für die Diplomatie der Vereinigten Staaten damals noch gar nicht existierte. Erst der energische Protest der Schachwelt – allen voran ‚Fischers resolute Mama‘ – mobilisierte die Öffentlichkeit und ‚zauberte‘ die Ausreisevisa schließlich doch in die Pässe der amerikanischen Schachmeister.“

Regina Fischer war vor dem Weißen Haus für sechs Tage in einen Hungerstreik getreten. Sie wird es nicht allein für ihren Sohn, den späteren Weltmeister „Bobby“, getan haben. Während der ersten Etappe ihrer Emigration aus Deutschland hatte sie in den 30er Jahren in Moskau die Komintern-Schule absolviert. Olympische Werte drückten sich bei ihr im Kampf gegen den Antikommunismus aus. Ob daran auch bei dem diesjährigen Großereignis in Dresden erinnert wird, bleibt abzuwarten.

Mario Tal

Im September soll vom Autor der Titel „Bruderküsse und Freudentränen“. Eine Kulturgeschichte der Schach-Olympiaden im Papyrossa-Verlag (großformatig, mit zahlr. Abb. u. Diagr., ca. 400 S., ISBN 978-3-89438-393-0) erscheinen.

Voraussetzung ist, daß ausreichend Vorbestellungen eingehen.

Bis zum 31. August kann das Buch für nur 23,90 Euro, danach für 29,80 Euro (zzgl. Porto) bestellt werden.

Adresse:

*Papyrossa-Verlag
Luxemburger Str. 202
50937 Köln
oder: mail@papyrossa.de*

Ein engagierter RF-Leser, Mitglied seines Fördervereins, hat unsere Kampfreihen verlassen müssen.

**Dr. rer. oec.
Gerhard Steinmüller**

aus Schulzendorf – Wissenschaftler, Förderer freier Erfinder und RF-Autor – ist am 21. Juni einem Herzinfarkt erlegen.

Seiner Familie gehört unser Mitgefühl.

Leserbriefe an RotFuchs



Zeter und Mordio, mit dem die gesamte Reaktion, aber auch einige rosa bis rötlich gefärbte Politiker den 40. Jahrestag des Einmarsches von Truppen des Warschauer Vertrages (die NVA der DDR war daran bekanntlich nicht beteiligt) in die ČSSR begleiten, beweist nur eines: Damals ist der schlechenden und immer offener zutage getretenen Konterrevolution für zwei Jahrzehnte ein Riegel vorgeschoben worden. In der ČSSR und anderswo. Erst 1989 kamen deren Verfechter zum Zuge, als es eine intakte sowjetische Schutzmacht nicht mehr gab.

Was wurde aus den Helden von damals?

Der große Vorkämpfer des „Prager Frühlings“ Vaclav Havel erhielt aus den Händen von George Bush – einem Kriegsverbrecher – die USA-Freiheitsmedaille. Und nicht zufällig schloß sich Alexander Dubček nach 1989 der Sozialdemokratischen Partei an, wie übrigens auch Michail Gorbatschow in Rußland.

Hans J. Richter, Leipzig

Ich danke für die Zusendung der Zeitschrift „RotFuchs“. Es ist ein lebhaftes, politisch scharfes Material, sehr mannigfaltig, mit guten Reproduktionen. Habe die Ausgaben alle bereits durchgesehen und werde sie im Urlaub aufmerksam lesen.

Wir haben schon Kontakt mit Genossen, die den Namen des großen deutschen Arbeiterführers Ernst Thälmann hochhalten. Wir möchten auch Mitglieder der Berliner Gesellschaft der Freunde Thälmanns werden. Ich schicke Ihnen und Ihren Genossen die jüngsten Ausgaben unserer Zeitung „Lenin und das Vaterland“. Wir würden gerne einige Ihrer Beiträge (zu unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Themen) veröffentlichen.

Ich begrüße Sie als Vorsitzende des Koordinierungsrates der überregionalen Organisation „Lenin und das Vaterland“.

Irma Nikolajewna Kowaljowa, Moskau

Anfang Juli habe ich meinen 91. Geburtstag begangen. Aus diesem Anlaß ist es mir ein Bedürfnis, mich bei allen zu bedanken, die mir geholfen haben, mich vom armen Arbeiterjungen zum Arbeiter-Akademiker zu entwickeln.

Über 30 Jahre habe ich an der Betriebsberufsschule „Edgar André“ in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde unterrichtet. Auch Philosophie gehörte dazu. Doch bevor es soweit war, mußten viele Steine aus dem Weg geräumt werden.

1945 wollten wir alle sterben, weil alles um uns herum am Ende zu sein schien. Das Völkermorden hatte aufgehört. Königsberg (Kaliningrad) war von der Roten Armee eingenommen worden, und wir Soldaten gingen in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Dort brachte ich vier Jahre zu. Die Schule meines Lebens! Ich wurde Antifaschist. Anfang 1949 war ich auf die Unions-Antifa-Schule in Tallinn delegiert worden. Dafür danke ich den sowjetischen Genossen noch heute. Sie haben mir das zweite Leben geschenkt. Nach der herzlichen Verabschiedung von der Schule kam ich in die Deutsche Demokratische Republik. Dort durfte ich Mensch sein. Ein weiterer Höhepunkt meines Lebens war – nach der ersten und zweiten Lehrprüfung – die Annahme als Student an der Humboldt-Universität.

2006 bin ich in ein tiefes Loch gefallen. Meine liebe, gute Frau und Genossin ist gestorben. Ihr vom „RotFuchs“ habt mich wieder etwas aufgerichtet.

Herbert Meyer, Zwickau

Es ist bemerkenswert, daß jetzt Vorschläge für das Präsidentenamt „auf dem Markt“ sind. Nachdem Wolf Biermann die (Schnaps-)Idee geboren hatte, die Chefin der deutschen Inquisitionsbehörde Marianne Birthler auf den Präsidentenstuhl zu hieven, antwortet die FAZ vom 27. Juni ganzseitig auf

die Frage: „Soll man Gesine Schwan das Scheitern wünschen?“ Die (nicht nur) von der FAZ bevorzugte Antwort gibt der Molekularbiologe Jens Reich, der sich 1994 chancenlos für die Grünen um das hohe Amt bewarb.

Was verkündete Reich dem Leser? „Ein deutscher Präsident muß ein klares Urteil zu Hitlers und Stalins Tyrannei haben.“ Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus gilt Reich als das Eintrittsbillet ins Schloß Bellevue. Das „klare Urteil“ steht natürlich uneingeschränkt ihm (und den Regimenter von „Totalitarismusforschern“) zu, bei Gesine Schwan tauchen „Probleme“ auf: „Bleibe sie sich treu, wäre sie für die Linke nicht wählbar.“ Woher weiß Reich das? Hat die „Linke“ nicht das Recht, einen eigenen Kandidaten zu stellen und zu entscheiden, wen sie unterstützt? Weiß denn Reich schon heute, wie in einem knappen Jahr die Bundesversammlung zusammengesetzt sein wird und wie ihre Mitglieder in geheimer Abstimmung ihrem Gewissen folgen?

Mit der BRD-Schriftstellerin Monika Maron (früher DDR) ist sich Reich darin einig, daß das Projekt „Gesine Schwan for president!“ scheitern wird. Nur so ist ihre Seele zu retten, denn allein ein Scheitern bewahrt sie davor, mit den „Linken“ „Geschichtsklitterung und Demagogie“ betreiben zu müssen. Den Molekularbiologen ergreift Entsetzen ob der Perspektive: „In den Medien, aber auch in den Schulen ... verfestigt sich immer mehr ein Geschichtsbild, das die Epoche des ‚realen Sozialismus‘ in mildem Licht darstellt ... Es kann nicht angehen, daß die abgewickelten Eliten der DDR die Definitionsmacht über die Geschichte übernehmen.“

Reich meint das Geschichtsbild. Geschichte ist Vergangenes und damit unkorrigierbar. Aber selbst wenn seine Furcht berechtigt wäre (diese ist nicht jedermanns Sicht): Was hat die Kandidatur Gesine Schwans damit zu tun?

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Mit großem Interesse las ich Dr. Sarges Beitrag „Ein Terrorist als Held?“ im RF 126. Einfach genial fand ich die Empfehlung an die Adresse des Gartenschläger-Anbeters und Brunnenvergifters Knabe, er solle eine ähnliche Aktion, selbstverständlich bewaffnet und schußbereit, an der türkisch-griechischen Grenze oder einer anderen militärisch gesicherten Sperrlinie durchführen.

Helmut Holfert, Berlin

Ich begrüße es sehr, daß sich der RF entschlossen hat, in einer Sonderbeilage zur Nr. 125 die Botschaft von Hans Heinz Holz und die Festrede von Götz Dieckmann abzudrucken. Dies erscheint mir wichtig und notwendig in einer Zeit, in welcher der Eindruck vermittelt werden soll, Marx habe an Bedeutung verloren. Sehr zu Recht unterstreicht Bruni Steiniger in ihrem Bericht über die Festveranstaltung in derselben Ausgabe, daß das Gegenteil der Fall ist. Ich kann dem nur zustimmen: „Wir bleiben bei Marx, Engels und Lenin!“ Dies erscheint um so notwendiger, als man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß bei einem Teil der Linkspartei die Erinnerung an und die Berufung auf Marx in einer Weise in den Hintergrund getreten ist, daß man sich dafür schämt.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Sportliche Höhepunkte wie die jüngste Fußball-EM haben zwei Gewinner: Kommerz und regierende Politiker. Letztere können fast ungestört volksfeindliche Politik betreiben, weil ein Großteil der Bevölkerung durch das faszinierende Rasenspiel vom politischen Tagesgeschehen abgelenkt wird. Medien (darunter das ND) und öffentliche Übertragung auf Großleinwänden, neudeutsch: „public viewing“, unterstützen das Spektakel. So ging z.B. kein Aufschrei durch die Bundesrepublik, als die Regierungskoalition das BKA-Gesetz, welches bürgerliche Rechte und Datenschutz aushebelt, auf den parlamentarischen Weg brachte. Das alte Rom benötigte immerhin noch Brot und Zirkusspiele, um seine Bewohner zu beherrschen. Beim deutschen Volk genügen einige Kicker.

Günther Röska, Leipzig

In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 8. 6. hat der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Werner Liersch einen ganzseitigen Artikel veröffentlicht. Überschrift: „Erwin Strittmatters unbekannter Krieg“. Der Autor hat herausgefunden, daß der fünffache Nationalpreisträger der DDR Erwin Strittmatter 1941 zur Ordnungspolizei einberufen wurde, ins Polizei-Gebirgsjäger-Regiment 18. Strittmatter wurde eingezogen, er ist nicht wie viele andere freiwillig in den Krieg gegangen. Auf Anweisung Himmlers wurde dieses Regiment 1943, wie andere auch, in SS-Polizei-Gebirgsjäger-Regiment 18 „umgetauft“. Somit war Strittmatter unfreiwillig SS-Mann. Der Autor kritisiert, daß Strittmatter diese Mitgliedschaft in der DDR angeblich verschwiegen hat. Mal abgesehen davon, daß hier ein großer deutscher Volksschriftsteller demontiert werden soll, geht es vor allem um die Delegitimierung der DDR.

Als im Mai 1959 Strittmatters „Einsatz als 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes“ zur Debatte stand, sei ein Dossier für das Sekretariat des ZK der SED fertiggestellt worden. „Politisch hatten der Kulturbefauftragte des Politbüros, Alfred Kurella, sowie die Abteilungen Kultur und Kaderfragen keine Bedenken.“ Zwischen den Zeilen liest man, daß ein SS-Mann zum 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes der DDR habe avancieren dürfen. Nach dem Motto – sieht, in der DDR konnten sogar SS-Männer etwas werden – wird hier verfahren.

Wenn sich die BRD auch nur annähernd, wie die DDR, mit ihrer Nazivergangenheit beschäftigt hätte, wäre es dort nicht möglich gewesen, daß Faschisten in höchste Staatsämter hätten gelangen bzw. lebenslange hohe Staatspensionen beziehen können.

Im „Fall Strittmatter“ wird auf Kosten eines hochgeachteten DDR-Literaten schmutzige Politik betrieben.

Wilfried Steinfath, Berlin

Seitdem ich regelmäßig den „RotFuchs“ erhalte, besitze ich eine feine „Waffe“ für Diskussionen. Ich treffe mich nämlich des öfteren mit Studenten und Gymnasiasten in einem Asia-Lokal beim Mittagessen. Die Lieblingsthemen unserer Debatten sind: Deutschland im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, unter Hitler, im Sozialismus und heute. Da vermittelt mir der RF wertvolle Anregungen, stichhaltige Argumente und auch die nötigen Termini.

Ich stelle immer wieder fest, wie unvollkommen sich unsere Jugend in der überdies maßlos verfälschten deutschen Geschichte auskennt. Aber auch in der Geographie ist es oft zappenduster. Da bin ich „alter Knopp“ doch froh, manche Denkanstöße geben zu können.

Übrigens: Die RF-Exemplare finden in meinem Männerchor reißenden Absatz.

Gerhard Bränlich, Jena

Mir geht es um den Beitrag des Genossen Kurt Gossweiler über „Nationalkommunismus“ im Juni-RF – konkret um die sowjetisch-jugoslawische Deklaration vom 2. Juni 1955.

Könnte man die zitierte Passage nicht auch anders interpretieren, als es Genosse Gossweiler tut? Ist sie nicht eigentlich ein schlagkräftiges Argument gegen die immer wiederkehrende Behauptung, die Sowjetunion habe alle bevormundet und ihnen vorgeschrieben, was zu tun sei?

Nichteinmischung bedeutet in meinen Augen keineswegs, daß sich jeder selbst der Nächste ist. Hat die UdSSR nicht Kuba bis zum letzten Augenblick ihrer Existenz unterstützt!? Diese Formulierung der Deklaration ist für mich ein Ausdruck dessen, daß es Moskau wirklich um die Souveränität der befreundeten Länder ging. So ist z.B. aus den Aufzeichnungen von Vasil Bilak zu erkennen, daß die sowjetische Regierung ernsthaft bemüht war, eine Einmischung in innere Angelegenheiten der ČSSR zu vermeiden, und wie sie dabei hingegangen wurde.

Dr. Ilse Surmeli, Berlin

Helmut Timm hat mit seinem Beitrag eine breite Diskussion über die Ursachen unserer Niederlage 1989 ausgelöst. Das war wichtig, und vieles und

viele wurden offen angesprochen. Es war auch richtig, zunächst „den Dreck vor der eigenen Tür“ wegzukehren.

Aber: Wir wohnten in der DDR nicht in einem „Eigenheim“, sondern in dem „Mehrfamilienhaus“ des sozialistischen Staatenbundes (Warschauer Vertrag, RGW), ohne den wir nicht hätten existieren können. Deshalb stimme ich mit Klaus Panster und Kurt Gossweiler (beide in RF 125) überein, die auf diesen bisher vernachlässigten Zusammenhang verweisen.

Die Dialektik von nationalen Interessen der einzelnen Bruderstaaten und proletarischem Internationalismus wurde schon 1955 mit der sowjetisch-jugoslawischen Deklaration zugunsten egoistischer einzelstaatlicher Interessen aufgeweicht. Dieses Abgehen von prinzipiellen Positionen nahm über die Jahre zunächst schleichend zu und erwies sich dann, unter Gorbatschow immer offener zutage tretend, als wesentliche Ursache des Gesamtverfalls.

Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde

Dr. Gossweiler schreibt, daß mit der sowjetisch-jugoslawischen Erklärung von 1955 der „Nationalkommunismus“ – d. h. die Aufgabe des Solidaritätsprinzips zwischen sozialistischen Staaten – eingeführt worden sei.

Das kann ich selbst bei „scharfem“ Lesen der Deklaration nicht erkennen. Kurt Gossweiler bezieht sich auf den Halbsatz: „... da die Frage der inneren Einrichtung, des Unterschieds in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder ist“.

Hier haben sich doch lediglich zwei Regierungen über wechselseitigen Respekt und ihren künftigen Umgang miteinander verständigt. So sollte es allgemein sein.

Von einem sozialistischen Land zum anderen gab es erhebliche Unterschiede in Struktur und Wirtschaft – bis zum Schluß. Das mußte berücksichtigt werden. Nichts aber spricht gegen zwei- und mehrseitige Beratungen sowie dagegen, getroffene Vereinbarungen zu nationalen Gesetzen zu machen. Die entscheidende Frage ist allerdings: Wie wurde es in der Praxis gehandhabt? Was ist hier belegbar? Dazu müßte der Nachweis noch erbracht werden.

A. Zahn, München

Der Beitrag von Kurt Gossweiler animiert mich zu einer Wortmeldung. Es war sicherlich so, daß es in dem einen oder anderen Land des RGW auch „nationalkommunistische“ Überspitzungen gegeben hat. Aber weit wichtiger erscheint es mir, daß der RGW erstens keine auf politische Tätigkeit gerichtete, sondern vor allem eine wirtschaftliche Organisation gewesen ist. Wie ich aus eigener Beschäftigung mit dem Leben Bruno Leuschners (er war ja bis zum Tode ein exponierter Vertreter der DDR beim Rat) und auch aus Berichten meines als Außenhändler tätig gewesen Bruders weiß, kam der RGW nicht über eine Abstimmung in Planungsangelegenheiten hinaus. Zweitens zeigte sich, daß jedes Land, in erster Linie aufgrund seiner jeweiligen materiellen Ressourcen, vor allem auf das „eigene Wohl“ bedacht war. Drittens kam es wegen der Preisgestaltung selbst bei ausgehandelten Vereinbarungen im Zuge der tatsächlichen Abwicklung noch immer zu großen Schwierigkeiten. Viertens waren alle übrigen RGW-Staaten wegen der dominierenden Rolle der UdSSR als Rohstofflieferant über Gebühr von Moskau abhängig. So wurde das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen den sozialistischen Staaten immer mehr zu einer Fiktion. Fünftens wirkte sich die Stagnationsperiode im letzten Jahrzehnt Breshnews auf alle Partnerländer lähmend aus. Und schließlich ging es – sechstens – um eine Jagd nach Devisen, was sich vor allem zu Lasten Kubas und Vietnams auswirkte, die erst spät RGW-Mitglieder geworden waren. Das, was man ihnen versprochen hatte, wurde nicht eingehalten. **Gernot Bandur, Berlin**

Danke! Auf eine solche Antwort und Klärung wie im Beitrag zum „Hitler-Stalin-Abkommen“ (Juli-RF) habe ich schon lange gewartet. Mein Vater war tschechisch-deutscher Kommunist und als Emigrant seit 1938 in der Sowjetunion. Er kannte die politische Situation und die ihr entsprechende Politik. Nach 1945 hat er die damalige Lage und ihre Aspekte (z. B. Zeitgewinn) seinen Genossen und Familienangehörigen verdeutlicht. So groß war die Unklarheit nicht, wie es manche darzustellen versuchen.

Heinz Gaida, Erfurt

Zur Bestätigung der Aussagen von Roland Döring in seinem Beitrag „Nie wieder Schönfärberei“ (RF 126) folgendes Beispiel: Ein Bekannter von mir war Leiter einer Kreisdienststelle des MfS im Bezirk Halle. Er hatte ein gutes Verhältnis zum 1. Kreissekretär der SED. Eines Tages schlug er diesem vor: Wir könnten doch unsere monatlichen Berichte miteinander abstimmen, so werden diese sicher informativer. Gesagt, getan. Wenige Tage nach Eingang des ersten „gemeinsamen“ Monatsberichts bei der SED-Bezirksleitung erschien eine Kontrollgruppe beim 1. Kreissekretär und eröffnete ihm: Wenn Dein Monatsbericht der Wahrheit entspricht, mußt Du abgelöst werden, weil Du Deine Aufgaben nicht erfüllt hast.

Das Ende vom Lied: Der Kreissekretär hat seinen Bericht neu geschrieben und mein Bekannter wurde in einen anderen Kreis versetzt.

Herbert Kierstein, Bestensee

Zur Jahresmitte 1953 vollzog sich in Görlitz ein Akt von großer politischer Bedeutung. Im damaligen VEB Görlitzer Ostsachsendruck, in der ehemaligen Jugendherberge Scheunenhof und im Staatsreservelager Ostritz vollzogen sich geheimnisvolle Dinge. Die Jugendherberge war für mehrere Wochen geschlossen und wurde militärisch gesichert. Dennoch gab es Personen, die zwischen dieser Unterkunft und dem Ostsachsendruck hin und her pendelten. Was trieben diese Leute? Was transportierte man von dort in das Staatsreservelager Ostritz? In der Gerüchteküche brodelte es. So wurde erklärt, im Ostsachsendruck würden Einberufungsbefehle für die NVA gedruckt. Was seinerzeit tatsächlich dort geschah, wußte ich genau, trug ich doch für die Geheimhaltung die Verantwortung. Es tauchte unter den Mutmaßungen aber nicht auf. Erst mit der Veröffentlichung des Regierungsbeschlusses über die Abschaffung der Lebensmittelkarten und die Aufhebung der Rationierung löferte sich der Schleier. Das bis dahin gültige unterschiedliche Preisgefüge zwischen rationierten Lebensmitteln und jenen, welche ohne Lebensmittelmarken zu erstehen waren, mußte abgeschafft werden. Die neuen einheitlichen Preislisten wurden im Görlitzer Ostsachsendruck hergestellt. Man deponierte sie im Staatsreservelager Ostritz. Von dort kamen sie in der gesamten Republik zur Verteilung.

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

In seinem Artikel „Mehr Licht als Schatten“ im Juni-RF setzt sich Prof. Schneider mit dem von den DDR-Hassern bis zum Erbrechen strapazierten Begriff des „Unrechtsstaates“ auseinander. Es fällt immer wieder auf, daß die DDR-Fresser diese Vokabel vor allem an der Zahl der durch die Spalterpolitik der Westmächte und ihrer deutschen Nachbeter umgekommenen Bürger diesseits und jenseits der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten festmachen.

Es steht außer Zweifel, daß jeder, der damals sein Leben verlor, ein Toter zu viel gewesen ist. Doch daran allein der DDR die Schuld zuzuweisen, ist eine Verfälschung der obwaltenden Umstände. Zum andern: Der durch das Kaiserreich ausgelöste 1. Weltkrieg kostete etwa 20 Millionen, der vom Hitlerfaschismus verursachte 2. Weltkrieg gar mehr als 50 Millionen Menschen das Leben. Ich habe bisher von keinem der sich gegenüber der DDR so kritisch gebenden Politiker gehört oder gelesen, daß z. B. das Kaiserreich ein Unrechtsstaat gewesen wäre. Im Gegenteil:

Die „militärischen Taten“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden der heutigen jungen Generation

durch Landerhefte und Kasernenbenennungen nach Massenmördern der zwei Weltkriege als vorbildlich angepriesen. Eine widerliche Doppelmoral!

Helmuth Hellige, Berlin

Prof. Schneider zitiert in „Mehr Licht als Schatten“ (RF 125) die Haltung Gunther Emmerichs zur selbst-erlebten DDR-Geschichte. Für ihn sei sie „eine Diktatur mit allen tragischen Konsequenzen“ gewesen. Leidet Emmerich wirklich derart unter Gedächtnisverlust? Er hat fünf Jahre an der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar studiert und erfuhr dort allseitige Förderung von sehr kompetenten Lehrern. Er hat sogar mein Gedicht „Einer vom Zirkel“ in der Vertonung von Manfred Schmidt Anfang der 70er Jahre uraufgeführt. Das geschah im Rahmen eines Programms des Zirkels Schreibender Arbeiter vom VEB Weimar-Werk, dessen kultureller Pate u. a. die Liszt-Hochschule war. Schämt sich Emmerich dessen heute, so daß er seine Biographie zur „Tragik“ umfrisiert? Viele Weimarer haben ihn ganz anders in Erinnerung.

Werner Voigt, Kromsdorf

Der Beitrag von Jean Ziegler (RF 125) zu dem Flüchtlingsdrama an den Außengrenzen der EU macht betroffen. Beinahe ist man geneigt, die fast täglichen Kurzmeldungen über Tote im Atlantik und im Mittelmeer zu überlesen, sich daran zu gewöhnen. Im Fernsehen kommt das Thema ohnehin kaum vor. Und dennoch ist es eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes, die täglich Menschenleben fordert, fast wie in einem Krieg. Die Leute der Frontex-Flotte werden sich wohl auch so fühlen.

Laut ist das Getöse um Menschenrechte im Allgemeinen und Freizügigkeit im Besonderen, wenn damit politische Ziele der herrschenden Klasse erreicht werden sollen. Betrifft es die Ärmsten der Armen, dann sind solche Rechte wie weggeblasen. Um den ganzen Zynismus zu begreifen, muß man wissen, daß ein ertrunkener Afrikaner für die EU am billigsten ist, denn Rettung, Unterkunft und selbst Abschiebung kosten Geld, von wirklicher Hilfe für den schwarzen Kontinent ganz abgesehen.

Andererseits können die Gedenkstätten für die Opfer des kalten Krieges, die man einseitig der DDR anlastet, nicht zahlreich, groß und teuer genug sein. Wir werden erleben, wie man am 20. Jahrestag der Grenzöffnung 2009 wieder Krokodilstränen vergießt.

Dr. Rolf Ziegenbein, Dresden

Soll man Preissteigerungen bei Molkereierzeugnissen befürworten? Fast aberwitzig erscheint die Unterstützung von Bemühungen der „Milchbauern“ um höhere Erzeugerpreise ausgerechnet durch die Verbraucher bzw. deren Organisationen. Denn die Zeche bezahlen allein die Konsumenten. Die kapitalistische Groß-Milchwirtschaft wird ihre Gewinnspannen nicht zugunsten der Milchbauern verkürzen. Im Gegenteil. Und was heißt, „gerechte Forderungen der Bauern“ zu unterstützen, wenn es hierzulande fast keine Kleinbauern mehr gibt und nur eine geringe Anzahl Mittelbauern? Der „Rest“ sind Agrarunternehmer, quasi Gutsherren und Kulaken, die seit Jahren hochsubventioniert auf Kosten der Masse der Steuerzahler hier und der Landwirtschaft in der Dritten Welt absahnen – und dies auch noch weithin höchst umweltschädigend. Sogenannte Streiks und Milch-Vernichtungsmaßnahmen solcher landwirtschaftlicher Kapitalisten haben mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen überhaupt nichts zu tun. Sie verdienen deshalb auch keine Solidarität gar durch Sozialisten. Deren Aufgabe wäre der Kampf für Formen echter Gemeinwirtschaft auch auf dem Lande.

Hansjörg Schupp, Appeltshofen

Kurt Loge schreibt in seinem Artikel über Fiete Schulze (RF 125), daß dessen Totenmaske 1989/90 bald verschwunden war. Als ehemals langjähriger Mitarbeiter des Museums für Deutsche Geschichte, jetzt Deutsches Historisches Museum, Berlin, Unter den Linden, weiß ich, daß im Fundus Totenmasken ermordeter Widerstandskämpfer aufbewahrt wurden. Sie sind unmittelbar nach der Hinrichtung angefertigt worden und z. T. mit Blut verschmiert. Ob sich

darunter auch die Maske Fiete Schulzes befand und ob sie heute noch im Fundus liegt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Auch in Hamburg sind solche Masken angefertigt worden. Das war sogar gesetzlich vorgeschrieben und wurde zunächst auch entsprechend gehandhabt.

Michael Horn, Berlin

Dieser Tage habe ich bei Wilhelm Busch wieder einmal diese grundgescheiten und noch heute höchst aktuellen Worte gelesen:

„Die über Nacht sich umgestellt,
und sich zu jedem Staat bekennen,
das sind die Praktiker der Welt,
man könnte sie auch Lumpen nennen.“

Sie gehörten 1989/90 so manchem damaligen Mitglied der SED wie auch der anderen Blockparteien ins Stammbuch geschrieben. Etliche konnten gar nicht schnell genug die Fahne wechseln und Kohls CDU wählen. **Friedhelm Schulz, Hoyerswerda**

Durch die DEUTSCHE POST AG wurde und wird neofaschistischen, militaristischen und revanchistischen Kräften im Rahmen der Aktion „PLUSBRIEF“ Vorschub geleistet. Gestaltung und Druck von Briefumschlägen mit Postwertzeichen, auf denen Hitlers Militärs, sein Stellvertreter Rudolf Hess und schleische Städtewappen mit den einstigen deutschen Namen abgebildet sind, werden dadurch ermöglicht. Das geschieht unter grober Mißachtung des Potsdamer Abkommens und der 1950 durch die DDR und erst nach 1990 auch durch die BRD anerkannten deutschen Ostgrenze. **Armin Lufer, Berlin**

Ich bin Jahrgang 1938 und kann es nach dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, einfach nicht lassen. Seit 1990 a. D., war ich zwei Jahre in meinem Grundberuf als Schlosser in einer Gärtnerei tätig. Dort wollte man mich erschlagen und bedrohte mich, weil ich mein „geheimes Wissen“ über die Zukunft preisgab und Massen von Arbeitslosen und sozial Gedemütigten voraussagte. Die Gärtnerei ging dann pleite, weil auf einmal Gurken und Tomaten aus Holland angeblich besser schmeckten. Heute bevorzugt man wieder solche Vitaminträger, die auch wie Tomaten und Gurken schmecken.

Ich habe mich noch einmal auf die Schulbank gesetzt und bin Finanzdienstleister geworden. So kann ich noch etwas zur unrechtmäßig gekürzten Rente hinzuverdienen. Immerhin so wenig, daß ich keine Steuern zahlen muß.

Ich gehe davon aus, daß mir der RF eine gute Argumentationshilfe bei Kundenbesuchen sein wird. Das Blatt erinnert mich an Zeitungen, Schriften und Bücher, die ich 1945 mit meinem Vater unter den Kohlen im Keller hervorbuddelte, aber natürlich erst Jahre danach verstand. Alle Erinnerungen an ihn, auch die aus der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Rotfrontkämpferbund, hatte ich dem „Tivoli“ in Gotha für Ausstellungen gegeben. Mit der Konterrevolution verschwand sämtliches Material.

Jürgen Siegel, Gotha

Beim Lesen des Artikels „Pulverfaß Balkan“ – Kosovo soll Schule machen - (Autor Vladimir Astardjiev, Juni 2008), stolperte ich über die Aussage: „... allgemein bekannt ist, daß Kosovo ... eines der ärmsten Gebiete Europas ist. Ein Land ohne Rohstoffe, ohne nennenswerte Industrien“... In der UZ vom 28. Mai 1999 habe ich ganz anderes gelesen: „... Der Wert des Kosovo besteht jedoch nicht nur aus den reichhaltigen Erzadern in den Bergwerken ... Die jugoslawische Website ... beschreibt das Industriegebiet von Trepca als ‚reichstes Blei- und Zinkbergwerk in Europa‘ ... Die Kapazität der Blei- und Zinkraffinerien steht weltweit an dritter Stelle.“

Sollte es sich beim UZ-Artikel um Tatsachen handeln, bin ich der Meinung, daß die Aussage im RF-Beitrag dahin gehend ergänzt oder korrigiert werden müßte.

Herzlichen Dank übrigens für die sehr interessante Festrede von Prof. Dr. Götz Dieckmann, die dieser Ausgabe beilag.

Regine Kaatz, Berlin

In einem Leserbrief stellt H.-J. Wagner die drängende Frage: „Wie lange wollen wir also mit unserer Theorie vom Sozialismus in diesem Jahrhundert“ warten? (RF 123). Es müsse endlich „Bewegung in die Theorie“ gebracht werden, damit „diese wichtige Botschaft positiv besetzt wird“. Die Lösung so brennender Probleme, wieviel Marktwirtschaft der Sozialismus vertragen, was vergesellschaftet werden müsse, was nicht, und wie eine „wahrhaft sozialistische Demokratie“ zu gestalten sei, dürfe man nicht einfach dem Lauf der Geschichte überantworten.

Nun kann man aber eigentlich nicht behaupten, daß die angesprochenen Fragen in RF-Ausgaben der vergangenen Monate und Jahre überhaupt nicht thematisiert worden wären. Erinnert sei an die Diskussion über Warenproduktion im Sozialismus. H.-J. Wagner selbst benennt den Beitrag seines Namensvetters Prof. Ingo Wagner (RF 116) „Absage an Dieterichs Alchimie“. Auch in Artikeln, die sich nicht ausdrücklich mit solchen Themen befassen, sind nicht selten Hinweise oder Meinungsäußerungen zu ihnen enthalten.

Das „Diskussionsangebot der KP Böhmens und Mährens“ (RF 122) bot explizit eine Abhandlung darüber an, wie der Sozialismus des 21. Jahrhunderts beschaffen sein müßte.

Es beruft sich (natürlich) auf die Klassiker Marx und Engels, drückt Lenin locker in den Skat, hat angeblich den modernen Kapitalismus analysiert und die Schlußfolgerungen aus den Mängeln des in Europa sieglos gebliebenen Sozialismus gezogen.

Die neue sozialistische Wirtschaft werde viel demokratischer und durch pluralistische Eigentumsformen gekennzeichnet sein. Aus diesen unterschiedlichen ökonomischen Interessen resultieren dann zwar auch gewisse Konflikte zwischen Klassen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, doch gemacht und keine Panik. Da keiner mehr den Anspruch erheben dürfte, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, wird unter diesen Bedingungen alles schön und dramatisch, demokratisch und natürlich unbürokratisch pluralistisch ausdiskutiert, so daß die lichten Höhen von Freiheit, Wohlstand, Freizeit und Kultiviertheit schnell immer näher rücken.

Jürgen Gedicke, Beelitz

Vor einigen Monaten fand in Erfurt eine Veranstaltung zu dem Thema „Hat Demokratie noch eine Chance? – Überwachungsstaat Bundesrepublik Deutschland“ mit dem Bremer Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner statt. Dabei ging es vorrangig um die Terrorismus-Hysterie. Ich erinnerte mich an drei Gerichtsverfahren in der DDR. In einem handelte es sich darum, daß der Täter einem Regulierungsposten der Sowjetarmee die Maschinenpistole entrisen hatte. Im zweiten Prozeß wurden mehrere DDR-Bürger verurteilt, von denen das gleiche Verbrechen begangen worden war. Den Angeklagten des dritten Verfahrens hatte man überführt, auf seiner Arbeitsstelle, einem Kaliwerk, Sprengstoff gestohlen zu haben. Alle Delikte dienten der Vorbereitung von bewaffneten Grenzdurchbrüchen.

Sämtliche damals vor Gericht Gestellten und Abgeurteilten erhalten heute vermutlich eine Sonderrente für ihren „mutigen Kampf gegen den Stalinismus“. Würden sie solche Taten erneut begehen, dann dürfte ihre Entdeckung als Erfolg der Schlapphüte des Herrn Schäuble gepriesen werden, da sie als das bezeichnet würden, was sie tatsächlich waren: Terroristen.

Hans Schneider, Erfurt

Im Zusammenhang mit dem reißerischen antisowjetischen „Gustloff“-Film möchte ich wiedergeben, was mir mein Cousin 1943 erzählte, als er Schnellbootfahrer im Schwarzen Meer war. Seine Einheit lag in Rumänien. Als die deutschen Truppen bei ihrem Vormarsch nach und nach auch die Krim einnahmen, liefen meist nachts Schiffe der Verteidiger, die in Kertsch mit vielen zivilen Flüchtlingen beladen waren, aus, um das andere, noch sicher gewählte Ufer zu erreichen. Um diese Flüchtlingstransporter

zu versenken, mußten die Nazi-Schnellboote die Krim in größerem Bogen umfahren, weil sie sonst nicht unentdeckt geblieben wären.

Im Feuerschein der Brände auf den mit Torpedos und Bordwaffen angegriffenen Schiffen erkannten die Schnellbootbesatzungen viele Frauen mit weißen Kopftüchern. Mein Cousin war stellvertretender Kommandant eines solchen Bootes und mußte wiederholt in diese Menschenansammlung schießen. Fürchterliches Schreien habe man bei der Annäherung gehört. Die sowjetische Gegenwehr war damals noch zu schwach, um die Angreifer zurückzuschlagen. Auch hatte man mit Attacken auf Frauen und Kinder offenbar nicht gerechnet.

Karl-Heinz Walter, Wismar

Ich bin 1931 geboren und mußte den Krieg mit seiner ganzen Zerstörungswut und Grausamkeit im ehemaligen Ostpreußen kennenlernen. Diese Generation glaubte an eine „Idee“, die sich als völkerfeindlich erwies. Als endlich Frieden war, hungerten wir nach Wissen und neuen Erkenntnissen, suchten wir nach Wegen, die uns aus der damaligen Not herausführen sollten. 1949, im Gründungsjahr der DDR, fand im Klubhaus der Gewerkschaften in Halle ein Vortrag des sowjetischen Professors Rosenthal über historischen und dialektischen Materialismus statt. Vor allem Jugendliche erwarteten den Gastredner in dem mehr als 1000 Plätze bereithaltenden Saal. Wir rechneten mit einem trockenen Vortrag. Doch dann erlebten wir eine große Überraschung. Prof. Rosenthal, einer der ersten marxistischen Philosophen, die in der DDR auftraten, ging auf unsere Sorgen und Nöte ein. So wich die anfängliche Skepsis zunehmendem Interesse. Am nächsten Abend mußte die lebhaft diskutierte Diskussion fortgesetzt werden. Atheisten wie Gläubige nahmen die der Verständigung dienende Botschaft positiv auf.

Damals begriff ich zum ersten Mal in meinem Leben, wie wichtig die Freundschaft mit dem Lande Lenins war. Diese Erkenntnis wurde später bei Treffen mit sowjetischen Kulturschaffenden und Bibliothekaren vertieft. Sie wirkte sich auf meine jahrzehntelange gesellschaftliche Tätigkeit aus.

Bibliotheksrat Egon Szamiteit, Dessau

Ich halte eine Auflistung der Manager-Gehälter wie im RF 125 für ein falsches Signal, da die finanziellen und damit die faktischen Machtverhältnisse im Kapitalismus hierdurch nur unzureichend (eher gar nicht) charakterisiert werden. Und der im vorangestellten Zitat erwähnte Profit hat mit den Manager-Gehältern nur eines gemein: In beiden Fällen geht es um Geld.

Allerdings bin ich mir auch sicher, daß sowohl die in der Liste erwähnten als auch andere Top-Manager durch ererbten oder erworbenen Besitz (z. B. an Aktien) Nebeneinkünfte erzielen, die ihre Manager-Vergütung bei weitem übersteigen. Aber darüber spricht oder schreibt man gerade nicht. Ausgelassen bleibt auch, daß die Einkünfte der reichsten Familien die Gesamtbezüge eines Top-Managers um ein Vielfaches übertreffen – sonst wäre die Anhäufung eines „Familien-Vermögens“ von mehreren Milliarden Euro gar nicht denkbar.

Übrigens: Wenn in den bürgerlichen Medien und in politischen Kreisen über Manager-Gehälter diskutiert wird und selbst Umfragen zur Rechtmäßigkeit oder Gerechtigkeit ihrer Höhe gestartet werden, dann ist auch das ein Ausdruck von Bestrebungen, mit allen Mitteln von den eigentlichen Machtzentren des Kapitalismus abzulenken.

Die Einkünfte und Vermögen von Albrecht, Piëch, Quandt, Bertelsmann und anderen hat keines dieser Medien bisher je in Frage gestellt.

Helmut Müller, Berlin



Die „Menschenrechtler“ kommen

Grafik: Klaus Parche

Am **15. August um 16.30 Uhr** spricht Genosse
Wolfgang Mäder

ehemaliges Mitglied des CDU-Hauptvorstandes,
heute Vorsitzender der RF-Regionalgruppe
Neubrandenburg, in der

Begegnungsstätte der Volkssolidarität,

Torstraße 203–205, auf einer Veranstaltung der
RG Berlin über das Thema

**„Welche Rolle spielte die CDU beim
sozialistischen Aufbau in der DDR?“**

Botschafter a. D. Rolf Berthold
in Neubrandenburg

Am **16. August um 10 Uhr** spricht der
Vorsitzende des RF-Fördervereins in der

Gaststätte Rema-Klaus,

Speicherstraße 3, auf einer Veranstaltung der
RG Neubrandenburg zum Thema

„Wem nützt die Tibet-Kampagne?“

**Militärpolitik und Strategie der
Russischen Föderation**

Dazu spricht am **23. August um 9.30 Uhr**

**Generalmajor a. D.
Hans-Werner Deim**

in der **Begegnungsstätte der Volkssolidarität,**

Gerhart-Hauptmann-Straße 6, auf einer Veran-
staltung der RG Strausberg und Umgebung.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete **„RotFuchs“** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin,
Tel: 030/561 3404
Fax 030/56 49 39 65
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout:

Egon Schansker, Rüdiger Metzler

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

**Internet-Präsentation und
akustische Ausgabe:**

(für Sehbehinderte)
Sylvia Feldebinder

**Redaktionsschluß ist jeweils
der 10. des Monats.**

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

*Karlheinz Effenberger,
Klaus Parche, Heinrich Ruynat*

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Str. 35, 12559 Berlin
Tel: 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
*Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Hans Ludwig, Harry Schreyer,
Peter Barth, u. v. a. m.*

Finanzen:

Jürgen Thiele
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel: 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Konto-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00